

Thema der Woche:
»Reichsbürger«-Razzia
 Debatte über Gründe und Konsequenzen

ÜBERLASTUNG DROHT
 Eine Infektionswelle bringt
 Kinderärzte und -kliniken ans Limit **SEITE 5**

ENTLASTUNG NAHT
 Der Bundestag bringt die Preisbremsen
 für Gas und Strom auf den Weg **SEITE 6**

Das Parlament

Berlin, 19. Dezember 2022

www.das-parlament.de

72. Jahrgang | Nr. 51-52 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Erste Frau an der Spitze

Annemarie Renger Am 13. Dezember 1972 begann eine erfolgreiche Geschichte: Der Bundestag wählte mit Annemarie Renger (SPD), weltweit zum ersten Mal, eine Frau zur Parlamentspräsidentin. Renger begann ihr Berufsleben nach 1945 zunächst als Sekretärin des SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher, kandidierte 1953 für den Bundestag, dem sie dann 37 Jahre lang angehörte. 1972 hatte sie es längst an die Spitze ihrer Partei und Fraktion geschafft und als Parlamentarische Geschäftsführerin bewiesen, dass sie sich in der Männerdomäne Politik nicht unterbuttern lässt. Als Parlamentspräsidentin leistete sie in einigen Bereichen Pionierarbeit. Frauen in politischen Spitzenpositionen – auch ihrerwegen ist das längst Normalität geworden (mehr dazu auf Seite 5). *che*



ZAHL DER WOCHE

5,8

Prozent der Abgeordneten des 7. Deutschen Bundestages waren Frauen. Damit lag der Frauenanteil auf einem historischen Tiefpunkt, als Annemarie Renger 1972 Parlamentspräsidentin wurde. „Der Sache der Frauen zu dienen“ war eines ihrer zentralen politischen Anliegen.

ZITAT DER WOCHE

»Streit gehört zum Parlamentarismus.«

Annemarie Renger auf Kritik, auch aus den eigenen Reihen, an ihrer zuweilen als ruppig empfundenen direkten Art, Konflikte anzusprechen

IN DIESER WOCHE

INNENPOLITIK
Offene Türen Ausschüsse sollen mehr öffentlich tagen als bisher **Seite 4**

WIRTSCHAFT UND FINANZEN
Landwirtschaft Koalition setzt auf Kennzeichnung der Tierhaltung **Seite 7**

EUROPA UND DIE WELT
EU Korruptionsskandal um Ex-Vizepräsidentin des Europaparlaments **Seite 9**

POLITISCHES BUCH
Kultur Lektüreempfehlungen zum Fest **Seite 10-11**

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
 Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG
 64546 Mörfelden-Walldorf



Verteidiger der Demokratie

TERRORISMUS Debatte über Reaktion auf Reichsbürger-Razzia, harte Kritik an AfD

Die Pläne der mutmaßlichen Terrorgruppe aus der „Reichsbürger“-Szene hatten es in sich: Einen Umsturz wollte die Gruppe herbeiführen, ein „militärischer Arm“ sollte die Absicherung übernehmen. Dabei soll auch ein Angriff im Bundestag in Erwägung gezogen worden sein. Verletzte und Tote nahm man wohl in Kauf. Für die Zeit nach dem Putsch hatte man sich auch schon eine Art Kabinett überlegt. An der Spitze ein Adliger als Staatsoberhaupt und unter anderem eine Berliner Richterin und ehemalige AfD-Bundestagsabgeordnete als Justizministerin. Die Übergangsregierung wollte dann auch gleich Friedensverhandlungen mit den Alliierten – man wähnt sich in der Szene noch im Kriegszustand – aufnehmen, aber erstmal nur mit Russland. Das sind zumindest im Groben die Erkenntnisse und Verdachtsmomente, die Nachrichtendienste, Polizeibehörden und der Generalbundesanwalt in den vergangenen Monaten gesammelt haben – und die vorvergangene Woche zu einer der größten Anti-Terror-Razzien in der Geschichte der Bundesrepublik führten: Mehr als 3.000 Polizisten durchsuchten mehr als 150 Objekte und nahmen 25 Verdächtige fest, zwei davon im Ausland. Sie sind laut Bundesanwaltschaft dringend tatverdächtig, Mitglieder einer terroristischen Vereinigung zu sein oder diese zu unterstützen – und sitzen allesamt in Untersuchungsbefreiung in Auslieferungshaft. Gegen weitere 29 Personen besteht zumindest ein Anfangsverdacht.

Neue Details Am Montag vergangener Woche ließen sich der Rechts- und der Innenausschuss in Sondersitzungen sowie das Parlamentarische Kontrollgremium über die Ermittlungen von Vertretern der Sicherheitsbehörden informieren. Dabei kamen neue Details ans Licht. So soll die Zahl der Mitwisser über den Kreis der bisher Beschuldigten hinausgehen. Mitglieder des Rechtsausschusses berichteten nach der Sitzung, die Ermittler hätten eine dreistellige Zahl sogenannter „Verschwiegenerklärungen“ mit Unterschrift von Menschen gefunden, die von der Gruppe angesprochen worden seien. Die Gruppe habe zudem bundesweit 286 „Heimatschutzkompanien“ bilden wollen. Diese hätten nach Auskunft eines Vertreters der Bundesanwaltschaft im Falle eines Umsturzes Menschen „festnehmen und exekutieren“ sollen, sagte Clara Binger (Linke). Auch wenn es keinen Hinweis gebe, dass ein versuchter Staatsstreich unmittelbar bevorstanden habe, sei die Bedrohung hier we-



Der mutmaßliche Rädelführer der terroristischen Vereinigung, Heinrich XIII. Prinz Reuß, bei seiner Verhaftung Anfang Dezember im Frankfurter Westend

© picture-alliance/dpa/Boris Roessler

gen der hohen Gewaltbereitschaft der Beteiligten ernst zu nehmen, betonte der rechtspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Günter Krings (CDU), nach der Sitzung. Erste politische Konsequenzen aus der Reichsbürger-Razzia debattierten die Abgeordneten am Mittwoch in einer Aktuellen Stunde. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) bekundete, Reichsbürger seien viel zu lange unterschätzt und als „harmlose Spinner“ abgetan worden (siehe Seiten 2 und 3). Da unter den Verdächtigen auch aktive und ehemalige Soldaten, Polizisten und eine Richterin sind, will Faeser Extremisten durch eine Änderung im Disziplinarrecht schneller aus dem Staatsdienst entfernen können. „Es gibt keine Toleranz für die Feinde der Republik“, sekundierte in der Debatte der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Sebastian Hartmann. Während diese Forderung unstrittig scheint, stößt Faeser mit einem weiteren Vorschlag, einer Verschärfung des Waffenrechts, auf den Widerstand der FDP. Die Liberalen

dringen auf eine bessere personelle Ausstattung der Behörden und eine konsequente Anwendung der geltenden Regeln. Unterstützung erhielt Faeser in der Debatte von Hessens Innenminister Peter Beuth (CDU).

Lob für Behörden Beuth lobte – wie die Rednerinnen und Redner fast aller anderen Fraktionen – die Ermittlungen und den Einsatz der Sicherheitsbehörden. Diese seien ein „wichtiges Ausrufezeichen unserer wehrhaften Demokratie“. Faeser lobte Ermittler und Einsatzkräfte ebenfalls mit deutlichen Worten: „Sie haben unsere Demokratie letzte Woche verteidigt.“

Harte Kritik gab es in der Aussprache an der Rolle der AfD. Der Partei wurde fraktionsübergreifend vorgeworfen, die Geschehnisse zu verharmlosen. AfD-Chefin Alice Weidel sprach am Dienstag beispielsweise von einem „Rollator-Putsch“, Gottfried Curio am Mittwoch von einem „Operetten-Putsch“, an dem nur die „PR-Operation des Innenministeriums“

professionell gewesen sei. Gleichwohl sind für Curio nach eigenem Bekunden gewaltbereite Reichsbürger „kriminelle Staatsfeinde“. „Die Existenz und Arbeitsfähigkeit der AfD“ sei „die beste Versicherung des Parlamentarismus gegen politische Bestrebungen, die sich reichsbürgerhaft außerhalb des demokratischen Systems stellen“, meinte Curio. Er hob zudem die „auch nach der letzten Woche“ aus seiner Sicht guten Umfrageergebnisse der Partei hervor. Die Grünen-Abgeordnete Irene Mihalic wiederum hielt der AfD vor, sie sei der „Brandbeschleuniger dieser demokratiefeindlichen Bewegungen, auch wenn Sie sich noch so sehr bemühen, dass alles zu verharmlosen und zu relativieren“. Sozialdemokrat Hartmann bezeichnete die AfD als „Feinde der Demokratie“. Katrin Helling-Plahr (FDP) ging auf die Rolle der ehemaligen AfD-Abgeordneten Birgit Malsack-Winkemann bei den laut ihrer Darstellung im Verdacht stehenden „konkreten Vorbereitungen“, im Bundestag mit Waffengewalt einen Machtwechsel zu erzwingen, ein. „Birgit Malsack-Winkemann und ihre Verbündeten wollten offenbar hier beginnen, die Demokratie zu beseitigen“, sagte Helling-Plahr. *Sören Christian Reimer*

EDITORIAL

Gefährlicher Wahnsinn

VON CHRISTIAN ZENTNER

Es hätte viele Themen gegeben, über die es sich in dieser letzten Parlamentswoche des Jahres gelohnt hätte, breiter zu berichten: Die Energiepreisbremsen, den Europäischen Rat, die Situation der Kinderkliniken oder beispielsweise Fragen der Nutztierhaltung in Deutschland. Doch an einer mutmaßlich terroristischen Vereinigung in der Reichsbürger-Szene, die als Ziel wohl auch ein gewaltsames Eindringen in den Deutschen Bundestag hatte, sind am Ende auch wir mit dem Schwerpunktthema in dieser Ausgabe nicht vorbeigekommen. So absurd ein Putsch als übergreifender Tatplan auch klingen mag, so fremd die Spinneereien von Exilregierungen, Königreichen und Verschwörungsmethoden für wohl alle unsere Leserinnen und Leser klingen, es war unser Interviewpartner auf Seite 2, Konstantin von Notz (Grüne), der in der Debatte im Bundestag eines deutlich machte: Bei Pilzsammlern sei die Aussage „Kenne ich nicht, halte ich aber für harmlos“ potenziell tödlich. Und der hessische Innenminister Peter Beuth (CDU) betonte im Bundestag: „Auf dem Weg ihres Scheiterns hätten sie schweren Schaden für unsere Demokratie anrichten können.“

Die größte Razzia in der Geschichte Deutschlands ist ein beeindruckendes Zeichen dafür, wie gut die föderale Zusammenarbeit der Polizei über Landesgrenzen hinweg funktionieren kann. Gegen die Reichsbürgerszene hat eine konzentrierte Aktion schon einmal gut funktioniert: Im März 2020 gab es in zehn Bundesländern und mit 400 Einsatzkräften Razzien gegen Reichsbürger. Innenminister Horst Seehofer (CSU) verbot damals erstmals eine Gruppierung. Dessen Vorgänger wiederum hatte im Bundestag schon im November 2016 die Beobachtung der Reichsbürger durch den Verfassungsschutz verkündet. Der Rechtsstaat verteidigt seine Demokratie. Innenministerin Nancy Faeser (SPD) will nun weiter handeln und das Waffenrecht verschärfen. Sie dürfte jetzt ein politisches Momentum auf ihrer Seite haben. Könnte sie es für eine Gesetzesinitiative der Bundesregierung nutzen, wäre dies kein Verlust für die Sicherheit im Land. In den Fokus könnten dann auch wieder andere Entscheidungen im Bundestag rücken. Ein Blick auf die weiteren Seiten dieser Ausgabe sei immer empfohlen, diesmal aber in besonderer Weise. Auch dort wird beim Lesen deutlich: Die Demokratie funktioniert in diesem Land.

EU übt sich in Geschlossenheit

GIPFEL Einigung bei Gaspreisdeckel und weiteren Russland-Sanktionen. Bosnien und Herzegowina wird Beitrittskandidat

Beim letzten regulären Gipfel des Jahres haben die Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten etliche Streitpunkte aus dem Weg geräumt. Am Ende eines vom russischen Krieg gegen die Ukraine geprägten Jahres wahrten die 27 Staaten so nach einigen Blockaden die Geschlossenheit. Zu den Einigungen, die vergangene Woche in Brüssel erzielt wurden, gehören unter anderem das neue Paket mit Russland-Sanktionen sowie die Vereinbarung, diesen Montag einen europäischen Gaspreisdeckel zu beschließen. Die Bundesregierung, die bei dem Vorhaben skeptisch ist, setzt darauf, dass der Deckel nicht greifen wird. Er werde „so hoch sein, dass ich hoffe, dass er niemals relevant wird“, sagte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) nach dem Gipfel. Die EU-Kommission hatte unter dem Druck von Preisdeckel-Befürwortern vorgeschlagen, den Preis für Gas, das am Großhandelsplatz TTF verkauft wird, unter bestimmten Umständen bei 275 Euro pro Megawattstunde zu deckeln. Im Gespräch ist nun eine niedrigere Grenze von 180 bis 220 Euro. Auf den Weg gebracht hat der Gipfel das nunmehr neunte Sanktionspaket gegen Russland. Vorgesehen sind etwa Strafmaß-



Bundeskanzler Olaf Scholz bei der Ankunft beim EU-Gipfel in Brüssel

© picture-alliance/dpa

nahmen gegen russische Banken und zusätzliche Handelsbeschränkungen – aber auch Anpassungen, die unkomplizierte russische Nahrungsmittel- und Düngemittelexporte in Entwicklungs- und Schwellenländer ermöglichen sollen. Am Rande des Gipfels fiel auch der formale Beschluss für vier bereits zuvor vereinbarte Entscheidungen. Die tschechische EU-Ratspräsidentschaft sprach von einem Megadeal.

Dazu gehört, Ungarn wegen unzureichender Korruptionsbekämpfung bis auf Weiteres 6,3 Milliarden Euro aus dem EU-Gemeinschaftshaushalt vorzuenthalten. Zudem geht es um umfangreiche EU-Hilfen für die Ukraine, den ungarischen Plan zur Verwendung von Corona-Hilfen und die Richtlinie für die internationale Mindeststeuer – ein „Herzensprojekt“ und wichtiger Schritt für die globale Steuer-gerechtigkeit, wie Scholz sagte.

Gute Nachrichten gab es beim Gipfel für Bosnien und Herzegowina: Das Land gehört nach einer Entscheidung der Staats- und Regierungschefs ab sofort zum Kreis der EU-Beitrittskandidaten. Grund für den Beschluss ist auch die Sorge, dass sich das Balkanland mit etwa 3,3 Millionen Einwohnern ansonsten Richtung Russland oder China orientieren könnte. Für das kommende Jahr steht die EU vor der Aufgabe, eine Antwort auf ein umstrittenes milliardenschweres US-Investitionsprogramm zu formulieren. Vereinbart wurde beim Gipfel, dass die EU-Kommission von Ursula von der Leyen bis Ende Januar Vorschläge zum Schutz des Wirtschaftsstandortes Europa erarbeiten soll. Von der Leyen hatte sich bereits für eine weitreichende Reaktion ausgesprochen und wirbt für zusätzliches Geld zur Förderung sauberer Technologien mit einem „Souveränitätsfonds“.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

GASTKOMMENTARE

HAT DER STAAT „REICHSBÜRGER“ UNTERSCHÄTZT?

Lange bekannt

PRO



Stephan Hebel, freier Journalist

Es mag Menschen geben, die sich in der Vergangenheit beim Thema „Reichsbürger“ das Grinsen nicht verkneifen konnten. Bei denjenigen, die keine Verantwortung tragen für die Verteidigung des Rechtsstaats, mag das verständlich gewesen sein – abstrus ist es ja tatsächlich, mit selbstgemachten Ausweisen eines herbeifantasierten Staates herumzulaufen. Wer aber Verantwortung für dieses Land trägt, hätte längst handeln müssen. Seit Jahrzehnten geistert die krude Idee vom Fortbestand des einstigen Deutschen Reichs durch die rechte Szene. Und auch vor der jüngsten Razzia hatte es erschreckende Beispiele gegeben für die Gewaltbereitschaft und Gefährlichkeit, mit der sich diese Ideologie verbindet. Dass rechtsextremes Gedankengut bis in die Sicherheitskräfte reicht, ist ebenfalls lange bekannt. Innenministerin Nancy Faeser (SPD) gehört sicher nicht zu denen, die die Gefahr unterschätzen: Sie hat bereits in diesem Frühjahr eine konsequente Entwaffnung von Rechtsextremisten angekündigt. Aber warum musste sie das überhaupt? Was taten eigentlich ihre Vorgänger, nachdem sie Jahr für Jahr bei ihren eigenen Behörden nachlesen konnten, wie die Gewalt aus dieser Ecke zunahm? Seit Langem warnen Kundige aus der Zivilgesellschaft und Teilen der Politik davor, diese Umtriebe zu unterschätzen. Aber bis heute wollen viele Konservative und FDP-Leute das Problem nicht als ein strukturelles betrachten, obwohl längst klar ist, dass antidemokratisches Gedankengut von rechts bereits in die „Mitte der Gesellschaft“ vordringt. Und selbst jetzt wehrt sich die FDP gegen schärfere Regeln im Waffenrecht. Es fragt sich, ob man das noch „unterschätzen“ nennen kann – oder Verharmlosen durch Verweigerung.

Gefahr erkannt

CONTRA



Daniel Goffart, »Wirtschaftswoche«, Düsseldorf

Schon die groß angelegte und (inklusive Medienbegleitung) sorgfältig geplante Verhaftungsaktion gegen die Verschwörer deutet darauf hin, dass der Staat die sogenannten Reichsbürger weder unterschätzt noch sträflich unbeobachtet gelassen hat. Auch die an mehr als 150 Orten gleichzeitig durchgeführten Durchsuchungen und Festnahmen bilden ein weiteres Indiz dafür, dass sich der Verfassungsschutz sowohl auf Landes- wie auch auf Bundesebene einen offenbar recht weiten Überblick über die Umstürzler verschaffen konnte. Solche Erkenntnisse gewinnt man nicht binnen weniger Tage, sondern das setzt eine monatelange Beobachtung und vor allem intensive Ermittlungsarbeit voraus. Der Vorwurf früherer Tage, wonach der Verfassungsschutz auf dem rechten Auge blind sei, lässt sich im Fall der versuchten „Reichsbürger“-Revolution deshalb sicher nicht erhärten. Zudem wird eine koordinierte Aktion mit mehr als 3.000 Beamten verschiedenster Behörden nicht von höchster Stelle genehmigt, wenn Zweifel an der Bedeutung und der Gefahr bestünden, die von den Umstürzern ausgehen. Dass sich innerhalb der rund 23.000 Menschen umfassenden Szene ein gewaltbereiter und rechtsradikaler Kern bildete, der einen bewaffneten Staatsstreich vorbereitet, ist rechtzeitig erkannt und das Vorhaben mit staatlicher Entschlossenheit verhindert worden. Offen ist jedoch die Frage, wie tief die Vernetzung der Umstürzler in die Gesellschaft reicht. In Deutschland hat sich eine amorphe Szene gebildet, die bei Wutbürgern und Verschwörungstheoretikern aller Art beginnt und die bis in ein rechts-extremes, ja terroristisches Lager hineinreicht. Hier besteht noch Aufklärungsbedarf.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 3. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Herr von Notz, zur Einordnung, da es ja immer wieder Berichte über abstrus klingende Planungen sogenannter Reichsbürger und auch über zahlreiche Gewalttaten von Mitgliedern dieser Szene gibt: Reihensich die durch die jüngste Grofrazzia vereitelten mutmaßlichen Umsturzpläne da ein oder sehen Sie eine neue Dimension erreicht?

Ich glaube, die Razzia macht die wahre Dimension des Problems deutlich, auch wenn wir derartige Strukturen in ähnlicher Form in den letzten Jahren immer wieder gesehen haben. Verfahren wie das gegen Franco A., bei dem es ja auch zu einer empfindlichen Haftstrafe kam, haben die massive sicherheitspolitische Gefahr wiederholt vor Augen geführt, die von ihnen ausgeht. Insofern muss man die aktuellen Ermittlungen maximal ernst nehmen. Explizit warnen möchte ich davor, von der Abwegigkeit und Abgründigkeit der Ideologien von Extremisten auf deren Harmlosigkeit zu schließen. Personen können gefährlich sein, auch wenn ihre Thesen hanebüchen sind.

Nach dem Skandal um die rechtserroristische NSU-Zelle mussten sich die Sicherheitsbehörden harte Vorwürfe anhören. Hat sich der Rechtsstaat diesmal hinreichend wehrhaft gezeigt?

Ich finde: ja. Der Generalbundesanwalt und die Sicherheitsbehörden haben deutlich gemacht, wie wichtig es ist, entschlossen gegen extremistische, verfassungsfeindliche Entwicklungen einzuschreiten und militanten Verfassungsfeinden konsequent in die Parade zu fahren.

Nicht nur die Zahl sogenannter Reichsbürger nimmt zu, die Szene scheint auch immer mehr in die Mitte der Gesellschaft zu wachsen. Woran liegt das?

Ich finde das Bild der Extremisten, die ausschließlich am Rand der Gesellschaft agieren, schräg. Zu der aufgeflogenen Gruppe zählen neben Prinzen auch ehemalige Abgeordneten des Bundestags, Ärzte, Rechtsanwälte und Starköche. Auch Menschen mit einem soliden Bildungslevel sind offenbar für extremistische Ideologien anfällig. Das hat auch die deutsche Geschichte eindrücklich gezeigt. Ich glaube aber, dass der überragende Anteil der Menschen in der Bundesrepublik solche extremistischen Bestrebungen mit größter Sorge sieht und unseren freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat, gegen den sich das alles ja wendet, wertschätzt und bereit ist, diesen zu verteidigen. Insofern haben die Sicherheitsbehörden hier die volle Rückendeckung der – wenn Sie so wollen – Mitte der Gesellschaft. Damit ist aber eigentlich die überragende Mehrheit der Gesellschaft gemeint, die wehrhaft gegen Verfassungsfeinde steht.

Bundesinnenministerin Faeser hat als eine Konsequenz eine Verschärfung des Waffenrechts angekündigt, was indes in den Reihen der FDP auf Widerspruch stößt.

Ich finde, dass das bestehende Waffenrecht effektiv und konsequent durchgesetzt werden muss und dass wir Extremisten und Menschen, die mit Waffen unverantwortlich umgehen, entwaffnen müssen. Das ist der Anspruch, den wir für die Sicherheit unseres Landes politisch konsequent durchsetzen müssen. Da gibt es durchaus ein gemeinsames Fundament in der Ampel, aber auch mit Blick auf die Union. Zunächst steht für uns jedoch die weitere Sachaufklärung im Vordergrund.

Sehen Sie beim Waffenrecht auch gesetzesgeberischen Handlungsbedarf?

Wir sehen ja schon lange Handlungsbedarf bei der Frage der Entwaffnung von Extremisten. Um aus den jüngsten Ermittlungen konkrete politische Forderungen abzulei-

»Prüfen, wo es hakt«

KONSTANTIN VON NOTZ Der Grünen-Innenexperte über die »Reichsbürger«-Razzia und die Konsequenzen im Waffen- und Beamtenrecht



© picture-alliance/SULUPRESS.DE/Torsten Sukrow

muss man erst einmal deren Ergebnisse abwarten: Sind die betreffenden Personen, die weiterhin in U-Haft sitzen, auf legalem oder illegalem Weg an die Waffen herangekommen? Gibt es weitere Waffen, die in den nächsten Tagen und Wochen noch gefunden werden? Am Ende muss uns eines, dass Extremisten in einer freiheitlichen Demokratie keinen Zugang zu gefährlichen Waffen haben dürfen.

In der letzten Wahlperiode gab es einen vergeblichen Vorstoß für eine Melde-

pflicht, die verhindern sollte, dass Menschen mit psychischen Erkrankungen Waffen besitzen. Würde eine neue Initiative in diese Richtung Sinn machen?

Ein solches Warnsystem wäre ein bedeutsamer Schritt. Dabei dürfen Legalwaffenbesitzer wie Sportschützen und Jägerinnen nicht unter einen Generalverdacht gestellt werden. Vielmehr müssen wir zielgerichtet den Leuten den Zugang zu Waffen entziehen, bei denen es konkrete Anlasspunkte für potentiellen Missbrauch gibt. Losgelöst von den derzeitigen Geschehnissen ist es

richtig, dass man sich das nochmal sehr genau anschaut.

Es gibt auch Bedenken, dass die Waffenbehörden in den Ländern und Kommunen nicht hinreichend ausgestattet sind, etwa mit ausreichendem Personal...

Das ist tatsächlich ein relevantes Problem. Es ist zwingend erforderlich, die bestehenden Gesetze und vorgesehenen Kontrollmechanismen konsequent und einheitlich in allen Bundesländern und Kommunen anzuwenden. Die einfache Forderung nach einem schärferen Waffenrecht mag plausibel klingen, aber sie wird der Komplexität der Lage nicht gerecht. Wir müssen genau prüfen, wo es in der Umsetzung der bestehenden und vielfach guten Regelungen derzeit hakt, um zielgerichtet nachstufen zu können.

Die Ministerin will auch mit einer Verschärfung des Disziplinarrechts Verfassungsfeinde künftig schneller aus dem öffentlichen Dienst entfernen lassen können. Wie sollte das genau aussehen?

Es ist wichtig, dass der Staat nicht Menschen als Beamte beschäftigt, die sich gegen dessen freiheitlich-demokratische Grundordnung richten. Da sind die Reichsbürger ein gutes Beispiel. Daher braucht es Regelungen, die bei konkreten und relevanten Vorfällen eine Entfernung aus dem Staatsdienst nach objektiven Kriterien in einem rechtsstaatlichen Verfahren ermöglichen. Die derzeit bestehenden gesetzlichen Regelungen sind nicht ausreichend. Die Ampelpartner haben sich daher darauf verständigt, eine Möglichkeit zu schaffen, Verfassungsfeinde schneller als bisher aus dem Dienst zu entfernen. Wir warten auf die konkreten Vorschläge aus dem Bundesinnenministerium. Eine freiheitliche Demokratie wie unsere, die derzeit von vielen Seiten angegriffen wird, kann es sich nicht leisten, das Vertrauen in staatliche Institutionen zur Disposition zu stellen.

Gefordert wird auch eine genauere Überprüfung von Sicherheitskräften. Wo lässt sich da nachlegen?

Die Sicherheitsüberprüfungen sind ein kompliziertes und langwieriges Feld. Nachdem wir uns damit sehr lange beschäftigt haben, kann ich nur eine Reform anmahnen. Diese Überprüfungen müssen differenzierter und schneller werden und in bestimmten Fällen auch tiefschärfer.

Eine der jetzt Beschuldigten ist eine frühere Bundestagsabgeordnete der AfD, weshalb der Ruf nach einer stärkeren Überwachung dieser Partei durch den Verfassungsschutz zu hören ist.

Es steht der Politik und gerade als Mitglied der Legislative mir nicht an, das zu fordern. Das entscheiden die zuständigen Behörden im Zusammenspiel und nach den Bewertungen von Sicherheitsbehörden und Nachrichtendiensten unabhängig. Diese Entscheidungen werden von Gerichten nach Recht und Gesetz überprüft. Ich habe vollstes Vertrauen in diese Institutionen.

Müssen in Ihren Augen noch weitere Lehren gezogen werden?

Wir müssen wachsam bleiben. Selbst wenn die jetzigen Ermittlungen erfolgreich abgeschlossen werden und es am Ende zu Verurteilungen kommen sollte, gibt es zahlreiche weitere Gruppen, die ganz ähnlich ticken und agieren. Insofern muss unser Rechtsstaat aufmerksam bleiben und seine Wehrhaftigkeit weiter unter Beweis stellen.

Das Gespräch führte Helmut Stoltenberg.

Konstantin von Notz (51) gehört dem Bundestag seit 2009 an. Der Grünen-Fraktionsvize ist Vorsitzender des Parlamentarischen Kontrollgremiums sowie Mitglied des Innenausschusses.

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Hanseatische: Christoph de Vries

Weg vom Tor zur Welt hin zur kleinen Spree, diese politische Reise dauerte für Christoph de Vries, einen eingefleischten Hamburger, trotz seiner jungen Jahre recht lang. Da hatte er in seiner Hansestadt einiges an Politik erlebt. Es ist halb elf am Vormittag, er schreibt noch schnell eine Mail fertig, bald geht es ins Plenum, aber in den wenigen Minuten dazwischen fühlt man sich im Büro in der Adele-Schreiber-Krieger-Straße ein bisschen wie im Urlaub – vielleicht liegt es an den Holzwänden des Neubaus, der den nahen Bundestag weit weg scheinen lässt. Man könnte es Saunafloor nennen, „hier herrscht gutes Raumklima“, sagt de Vries, „manchmal knackt es auch“. Risse im politischen System erträumten sich wohl auch jene selbst ernannten „Reichsbürger“, die Anfang Dezember in U-Haft genommen wurden: „Ich kann nur warnen, das in irgendeiner Form zu verhängen“, sagt das Mitglied im Innenausschuss und im Parlamentarischen Kontrollgremium. „Das ist keine senile Spinnertruppe. 25 erwirkte Haftbefehle zeigen eine gravierende Dimension auf.“ Die Gruppe hatte im Sinn gehabt, den Bundestag zu stürmen, Mitglieder der Bundesregierung zu „verhaften“, so der Vorwurf. Sind die Gebäude genug gesichert? „Ich tue mich schwer, den Bundestag zu einer Festung zu machen“, sagt de Vries und lehnt sich zurück. „Wir sollten zugänglich bleiben.“ De Vries, 48-jähriger Bundestagsabgeordneter der CDU aus Hamburg-Mitte, merkt man das Hanseatische sofort an. In der

Partei gehört er zu den so genannten „Wertkonservativen“, früher pries er den österreichischen Kanzler Sebastian Kurz, als der noch nicht politisch abgestürzt war. Doch in seinen Worten klingt das gelassener, eben gediegen. Eine Verschärfung der Waffengesetze? „Wir müssen nun genau hinschauen, welches Arsenal genau gefunden wurde, wir haben schon das schärfste Waffengesetz Europas.“ Und was sagt er zum Vorwurf, die Union würde weniger scharf und laut auf diesen „Reichsbürger-



© DDBT/Ingo Haar

»Ich tue mich schwer, den Bundestag zu einer Festung zu machen. Wir sollten zugänglich bleiben.«

putschplan“ reagieren als auf die Klimaaktivisten der „Letzten Generation“? „Das ist völlig unsinnig“, wird er ein einziges Mal ein wenig ungehalten, um gleich temperiert fortzuführen: „Wir sind die einzige Partei, die immer vor allen extremistischen Bedrohungen warnt. Wir haben den 360-Grad-Blick.“ Für den Sohn eines Exportkaufmanns, der sein erstes Lebensjahr in Dubai verbrachte und an der Elbe in Iserbrook aufwuchs,

gab es Weitsicht im Alltag, „wir hatten oft Gäste aus aller Welt daheim zu Besuch“; Erdung kam durch die katholische Erziehung und die katholischen Schulen, die er bis zum Abitur durchlief. An der Hamburger Universität studierte de Vries Soziologie, da war das Interesse für Politik längst da. „Mit zehn ging es los, da stritt ich mich mit meinem Vater um den Politikteil des Abendblatts“, erinnert er sich. Mit 20 trat er in die Junge Union ein, sechs Jahre später, noch als Student, zog er in die Bezirksversammlung Hamburg-Mitte ein; da hatte er dann den ruhigen Westen der Stadt verlassen, hatte zeitweilig auf St. Pauli, 20 Meter neben dem Reeperbahn-Straßenschild gewohnt. Nach zehn Jahren dann der Wechsel in die Bürgerschaft, die er 2015 wegen Mandatsverlust verlassen musste. Ein Jahr später indes stellte ihn die Partei als Kandidat für die Bundestagswahl 2017 auf – seitdem pendelt er zwischen Hamburg und Berlin. Politik war also recht schnell im Blut. Doch auch Behörden lernte der junge Lokalpolitiker kennen, nach dem Studium arbeitete er als persönlicher Referent des Justizsenators, wechselte in die Finanzbehörde, war am Ende Vizereferatsleiter im Amt für Haushalt. Dennoch wurden die Finanzen weniger sein Arbeitsgebiet als Abgeordneter. In der Bezirksversammlung zuständig für Stadtentwicklung und Verkehr, in der Bürgerschaft für Familie, Kinder und Jugend beackert er nun im Bundestag die Innenpolitik. Wie kam es zu dieser Vielfalt? „Das sucht man sich nicht aus“, sagt er, „Chancen ergeben sich“. Er hat sie ergriffen. Und eilt nun zum Plenum.

Jan Rübel |

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-611 x
(verantwortlich: Bundeszentrale
für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion
(außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24
Internet:
http://www.das-parlament.de
E-Mail:
redaktion.das-parlament@
bundestag.de

Chefredakteur
Christian Zentner (cz) v.i.S.d.P.

Stellvertretender Chefredakteur
Alexander Heinrich (ahe)

Fotos
Stephan Roters

Redaktionsschluss
16. Dezember 2022

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei
GmbH & Co. KG
Kurhusenstraße 4–6
64546 Mörfelden-Walldorf

Leserservice/Abonnement
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363
82034 Daisenhofen
Telefon (0 89) 8 58 53-8 32
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 32
E-Mail: fazit-com@cover-services.de

Anzeigenverkauf,
Anzeigenverwaltung,
Disposition
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363
82034 Daisenhofen
Telefon (0 89) 8 58 53-8 36
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 36
E-Mail:
fazit-com-anzeigen@cover-services.de

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für
Schüler, Studenten und Auszubildende
(Nachweis erforderlich) 13,80 €
(im Ausland zuzüglich Versandkosten)
Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor
Ablauf des Berechnungszeitraums.
Ein kostenloses Probeabonnement
für vier Ausgaben kann bei unserer
Vertriebsabteilung angefordert
werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel
stellen nicht unbedingt die Meinung
der Redaktion dar. Für unvettingte
Einsendungen wird keine Haftung
übernommen. Nachdruck nur mit
Genehmigung der Redaktion.
Für Unterrichtszwecke können Kopien
in Klassenstärke angefertigt werden.

„Das Parlament“
ist Mitglied der
Informationsgesellschaft
zur Feststellung
der Verbreitung von
Werbeträgern e.V. (IVW)

Für die Herstellung der Wochenzeitung
„Das Parlament“ wird
Recycling-Papier verwendet.



Bei einer Demonstration im August 2020 in Berlin demonstrierten Rechtsextremisten, „Reichsbürger“ und „QAnon“-Anhänger Seite an Seite. Auch in der mutmaßlichen Terrorgruppe findet sich eine Melange der Verschwörungstheorien.

© picture-alliance/MV/SULUPRESS.DE

Wirre Gedanken, reale Gefahren

REICHSBÜRGER Sicherheitsbehörden haben die Verschwörungstheoretiker inzwischen auf dem Schirm

Die fernsehwirksamen Bilder der Festnahmen verfehlten ihre Wirkung nicht. 25 Menschen hatte die Bundesanwaltschaft am Mittwoch voriger Woche teils vor laufenden Kameras in Gewahrsam nehmen lassen, darunter frühere Bundeswehr-Offiziere und Polizeibeamte, die Richterinnen und ehemalige AfD-Bundestagsabgeordnete Birgit Malsack-Winkemann sowie Heinrich XIII. Prinz Reuß, der – so die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ – „verhinderte König von Deutschland“. Der Verdacht: versuchter Staatsstreich.

**23.000
»Reichsbürger«
und »Selbstverwalter«
zählt der Verfassungsschutz
aktuell.**

Zwar wurden hinterher bisweilen Zweifel geäußert, ob die Gruppe aus vielfach bereits in die Jahre gekommenen Mitgliedern zu einer Art Putsch denn überhaupt in der Lage sei. Gleichwohl werfen die Karlsruher Ermittler 22 der Festgenommenen vor, Mitglied einer terroristischen Vereinigung zu sein, die das politische System stürzen wollte. Drei Festgenommene gelten als Unterstüzer. Das wiederum bestärkt den Eindruck, der sich unter Sicherheitsexperten bereits seit längerem breit macht: Dass die Szene der „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ ernst zu nehmen sei, als es für manche früher den Anschein hatte.

Zu Beginn wurden Menschen, die die Existenz der Bundesrepublik Deutschland und die staatlichen Organe nicht anerkennen, deshalb eigene Pässe ausstellen und keine Steuern zahlen, bespöttelt. Es war von „Spinnern“ die Rede, die man außer Acht lassen könne – obwohl aus Bundespolitik und Ländern teils auf eine verschärfte Gangart gedrängt wurde. Noch im November 2016 verlaute aus Berliner Sicherheitskreisen, das damals von Präsident Hans-Georg Maaßen geführte Bundesamt für Verfassungsschutz werde sie nicht überwachen. Denn es gebe zwar „einige hundert“ „Reichsbürger“, darunter auch gefährliche. Doch sie seien nicht allesamt rechtsextremistisch und überdies nicht bundesweit vernetzt. Kurz zuvor hatte ein „Reichsbürger“ in Franken vier Polizisten attackiert, einer von ihnen starb. Seit Dezember desselben Jahres führt das Bundesamt für Verfassungsschutz Reichsbürger und Selbstverwalter allerdings als Beobachtungsobjekt.

Tatsächlich ist die Szene vielfältig. Sie zerfällt in zahlreiche Gruppen sowie vermeintliche Einflussgebiete. Für besonde-

res Aufsehen sorgte zum Beispiel Peter Fitzek, der in Lutherstadt Wittenberg (Sachsen-Anhalt) 2012 das „Königreich Deutschland“ ausrief, eigenes Geld ausgab und dabei Anhänger um sich scharte. Die folgende Auseinandersetzung des immer aggressiveren Fitzek mit den Behörden dauerte Jahre. Ruhe kehrte erst ein, als er zu einer Haftstrafe verurteilt und Zwangsgelder gegen ihn vollstreckt wurden. Dennoch galt eine ganze Weile: Eine bundesweite Vernetzung sei nicht zu sehen. Deshalb: keine Gefahr! Mittlerweile hat sich die Einschätzung grundlegend geändert. Im jüngsten Jahresbericht zählt der Verfassungsschutz 23.000 „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“, 2.000 mehr als im Vorjahr. Rund fünf Prozent gelten als Rechtsextremisten.

Die ideologische Bandbreite der Szene begünstigt ihr hohes Personenpotenzial, heißt es in dem Papier. Die Zeiten der Verharmlosung sind vorüber. Das hat mit der Militanz zu tun, die sich in Zahlen offenbart. Der Inlandsnachrichtendienst hält 2.100 „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ für gewaltbereit. Das umfasst nicht zuletzt Personen, die laut Bericht durch Drohungen oder gewaltbefürwortende Äußerungen sowie entsprechende ideologische Bezüge auffallen. So wurden laut Zahlen des Bundesinnenministeriums von Mai 2022 der Szene im Jahr 2021 1.335 extremistische Straftaten zugerechnet, beinahe doppelt so viele wie im Vorjahr – darunter 239 Gewalttaten.

Toter Polizist Nur wenige wurden überregional bekannt. Da war zunächst der bereits erwähnte Polizistenmord im fränkischen Georgensgmünd, der 2016 für Entsetzen sorgte und zeigte, was auch im Verfassungsschutzbericht steht: Dass „Reichsbürger“ eine hohe Affinität zu Waffen haben. Das zuständige Landratsamt Roth hatte eine Durchsuchung bei dem 49-Jährigen angeordnet, um Waffen, die er legal besaß, wegen Unzuverlässigkeit sicherzustellen. Daraufhin eröffnete der Mann das Feuer. Der Bürgermeister von Georgensgmünd, Ben Schwarz (SPD), sagte, Anlass zur Besorgnis habe es im Vorfeld nicht gegeben. Der Täter galt als seltsam, sonst nichts

Weniger Wochen zuvor hatte ein anderer Reichsbürger bei einer Zwangsäumung ebenfalls das Feuer auf Polizeibeamten eröffnet und einen Beamten verletzt. Ein ähnlicher Fall ereignete sich im April dieses Jahres in Boxberg-Boxstadt (Baden-Württemberg). Dort schoss ein Mann auf ein Sondereinsatzkommando; zwei Polizisten wurden verletzt. Sie wollten das Haus wegen des Verdachts auf illegalen Waffenbesitz durchsuchen. Schließlich sprengte die Polizei eine Gruppe, die Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) in einer Talkshow überwältigen und als Geisel nehmen wollte. Rädelsführerin soll eine 75 Jahre alte Frau aus Sachsen gewesen sein. Diese Gruppe war gerade im Begriff, sich Waffen zu besorgen, und wurde dabei festgesetzt.

Oft wirken die Pläne zumindest auf den ersten Blick größer als das Vermögen derer, die sie in die Tat umsetzen wollen. Vielleicht kommt auch daher der Glaube mancher in der Öffentlichkeit, die Gefahr sei zu vernachlässigen. Das ändert an der Gefahr gleichwohl nichts. Dies zeigt zum Beispiel der Sturm auf die Reichstagsstiege im August 2020 am Rande einer Demonstration von Rechtsextremisten und Verschwörungstheoretikern.

Die nun aufgeflogene Gruppe speiste sich ideologisch nicht nur aus dem Spektrum der Reichsbürger, auch auf die noch bizarrereren Verschwörungsmethoden aus dem „QAnon“-Dunstkreis stießen die Ermittler. Diese 2017 in den USA im Netz entstandene Szene hat sich übers Internet inzwischen global und auch in Deutschland verbreitet. Ihre Anhänger wännen sich in einem Kampf gegen die Eliten des Deep State (Tiefen Staates). Den Eliten werden unter anderem satanistische und pädophile Handlungen unterstellt, die Mythen sind teils stark antisemitisch aufgeladen. „QAnon“-Verschwörungstheoretiker waren unter den Anhänger des abgewählten US-Präsidenten Donald Trump, die versuchten, Anfang 2021 das Kapitol zu stürmen, um die Zertifizierung der Wahl zu verhindern.

Als „merkwürdige Mischung“ bezeichnete der Präsident des Bundesverfassungsschutzes, Thomas Haldenwang, jüngst in den „Tagesthemen“ diese Melange. „Wir sehen Reichsbürger, die gemeinsam mit Personen aus dem Rechtsextremismus agieren, aber auch aus der Verschwörungstheoretiker-Szene. Viele „QAnon“-Leute fühlen sich angesprochen durch die Reichsbürgerideologie“. All diese Gruppen eine: „Sie wollen diesen Staat überwinden“, warnte Deutschlands oberster Verfassungsschützer.

Extremisten in Behörden Dass die Sicherheitsbehörden aufmerksamer geworden sind, hat außerdem damit zu tun, dass unter den Festgenommenen stets aufs Neue Soldaten oder Polizisten sind. Der bekannteste Fall der vergangenen Jahre ist der des Bundeswehroffiziers Franco A., der 2017 festgenommen und mittlerweile zu fünfeinhalb Jahren Haft verurteilt wurde. Er hatte sich als syrischer Flüchtling ausgegeben und bei Behörden sogar erfolgreich Asyl beantragt. Später gab Franco A. an, er habe mithilfe dieser falschen Identität die Schwachstellen im deutschen Asylsystem aufzeigen wollen. Die Bundesanwaltschaft glaubt hingegen, Franco A. habe die Absicht gehabt, nach einem möglichen Anschlag den Verdacht auf

Unter den Festgenommenen sind stets aufs Neue Soldaten oder Polizisten.

Flüchtlinge zu lenken. Verschiedene und sich erhärtende rechtsextremistische Verdachtsfälle wurden ferner beim Kommando Spezialkräfte (KSK) ruckbar, das als Konsequenz fast aufgelöst worden wäre. Auch im aktuellen Fall zählt ein KSK-Soldat zu den Verdächtigen, was Beobachter fragen lässt, ob von offiziellen Stellen mit der notwendigen Härte durchgegriffen wird.

Nicht zu vergessen sind die zahlreichen Rechtsextremismus-Fälle in der Polizei von Hessen oder Nordrhein-Westfalen. Der damalige Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) hatte nach der Erstellung des ersten Lagebildes zum Rechtsextremismus in den Sicherheitsbehörden im Oktober 2020 erklärt, er sehe „kein strukturelles Problem“. Der Bericht hatte 377 rechtsextremistische Verdachtsfälle bei Polizei und Nachrichtendiensten benannt – und 1.064 bei der Bundeswehr. Doch schon zum Zeitpunkt der Veröffentlichung tauchten neue Fälle auf. Unter allen Umständen bleibt das Pro-

blem, dass Mitarbeiter der Sicherheitsbehörden eine doppelte Gefahrenquelle darstellen: Sie besitzen in der Regel Waffen oder wissen, wie man an Waffen gelangt. Und sie verfügen über sensible Informationen – über potenzielle Opfer oder etwaige Lücken in den Sicherheitskonzepten von Institutionen und kritischen Infrastrukturen.

„Es sind mehr als Einzelfälle“, sagte Verfassungsschutzpräsident Haldenwang zu Extremisten im Staatsdienst, betonte aber, dass die „große überwältigende Masse (...) fest auf dem Boden des Grundgesetzes“ stehe. Er plädierte für eine obligatorische Sicherheitsüberprüfung, wenn Sicherheitsbehörden neue Mitarbeiter einstellen. Diskutiert wird auch eine Verschärfung des Disziplinarrechts, um verfassungsfeindliche Beamte schneller aus dem Amt entfernen zu können. Wer Umsturzphantasien habe und die demokratische Grundordnung überwinden wolle, der habe nichts mehr im öffentlichen Dienst zu suchen, hatte Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) kurz nach der Razzia als Losung ausgegeben. **Markus Decker**

Der Autor ist Hauptstadt-Korrespondent des Redaktionsnetzwerks Deutschland.

Vom Verdacht zur Anklage

STRAFRECHT Ermittlern und Staatsanwaltschaft steht noch viel Arbeit bevor

Für die Ermittler und Generalbundesanwaltschaft beginnt nach der großangelegten Razzia jetzt erst recht die Arbeit. Beweismittel müssen ausgewertet, die Beschuldigten verhört, mögliche weitere Verdächtige ermittelt, Verdachtsmomente erhärtet und gegebenenfalls eine Anklageschrift geschrieben werden. Das wird voraussichtlich Monate dauern, handelt es sich doch um ein komplexes Verfahren mit vielen Beschuldigten.

Über 50 Personen stehen im Verdacht, Mitglieder beziehungsweise Unterstüzer einer terroristischen Vereinigung im Sinne von Paragraph 129a Absatz 1 Nr. 1 Strafgesetzbuch zu sein. Das heißt, man wirft ihnen vor, zur Erreichung ihres Ziels der „Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung“ Mord oder Totschlag „mindestens billigend in Kauf genommen zu haben“ und dazu eine entsprechende Struktur aufgebaut zu haben, wie Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) am Mittwoch unter Berufung auf den Generalbundesanwalt im Bundestag ausführte. Sollte es zu einem Prozess gegen die Beschuldigten kommen, drohen Mitgliedern der Gruppe Freiheitsstrafen zwischen ei-

nem und zehn Jahren, Rädelsführern eine Freiheitsstrafe nicht unter drei Jahren und Unterstüzern eine Freiheitsstrafe zwischen sechs Monaten und zehn Jahren.

Dringender Tatverdacht Gegen 25 mutmaßliche Mitglieder und Unterstüzter besteht laut Generalbundesanwalt nicht nur ein Anfangsverdacht, sondern dringender



Generalbundesanwalt Peter Frank

Tatverdacht. Damit wird auch die Anordnung der Untersuchungshaft für die 23 in Deutschland festgenommenen Beschuldigten begründet. Besteht nach Abschluss der Ermittlungen „hinreichender Tatverdacht“, das heißt, die Staatsanwaltschaft geht von einer wahrscheinlichen Verurteilung aus, kann Anklage erhoben werden. Entscheidet dann das zuständige Gericht, die Anklage zuzulassen, beginnt der eigentliche Prozess, der sich ebenfalls über viele Monate hinziehen könnte.

Einige mutmaßliche Mitglieder der Gruppe stehen zudem unter Verdacht, „konkrete Vorbereitungen“ getroffen zu haben, „mit einer kleinen bewaffneten Gruppe gewaltsam in den Deutschen Bundestag einzudringen“, wie der Generalbundesanwalt mitteilte. Diesbezüglich bestehe noch Ermittlungsbedarf, auch hinsichtlich der Frage, ob sich die Verdächtigen der „Vorbereitung einer hochverräterischen Unternehmens“ (Paragraph 83 Absatz 1 Strafgesetzbuch) schuldig gemacht haben könnten. Bei einem Schuldspruch droht eine Freiheitsstrafe zwischen einem und zehn Jahren, in minder schweren Fällen zwischen einem und fünf Jahren. **scr**

Der Bundestag will vom nächsten Jahr an transparenter werden und seine Entscheidungen für die Öffentlichkeit nachvollziehbarer machen. Dazu hat er vergangene Woche eine Reform seiner Geschäftsordnung beschlossen. Zentrale Neuerungen sind öffentliche Ausschusssitzungen und lebendigere Regierungsbefragungen. Die Reform wurde auf Antrag der Koalitionsfraktionen SPD, Grüne und FDP (20/4331) in der vom Geschäftsordnungsausschuss geänderten Fassung (20/4808) mit Koalitionsmehrheit angenommen. Die Unionsfraktion und die AfD stimmten dagegen, Die Linke enthielt sich. Der SPD-Abgeordnete Johannes Fechner bezeichnete diese erste Generalrevision der Geschäftsordnung seit 1980 als ersten Schritt, dem 2023 ein zweites Reformpaket folgen soll, um die Parlamentsarbeit familienfreundlicher zu gestalten. Dagegen sprach Patrick Schnieder (CDU) von einem „Reformchen“.

Fechner kündigte in der Debatte an, dass im Januar die ersten sechs Ausschüsse beschließen werden, öffentlich zu tagen. Abhängig von den Übertragungskapazitäten sollen diese Sitzungen im Internet gestreamt werden. Schnieder bezweifelte, dass dies zu mehr Transparenz führt. Die Abgeordneten müssten sich auch äußern können, ohne jedes Wort abzuwägen. Die Folge werde sein, dass die geschützten Räume vorverlagert werden in andere Runden. Das Parlament als Herzammer der Demokratie darstellen zu wollen, werde nicht gelingen, wenn in immer mehr öffentlichen Formaten „letztlich nur Schaufensterreden gehalten werden“.

Die Grünen-Abgeordnete Filiz Polat hielt diese „Angst“ für unbegründet. Angesichts zunehmender Zweifel am demokratischen System sei es wichtig, Einblick zu gewähren. In zehn Bundesländern und im Europaparlament tagten die Ausschüsse bereits jetzt öffentlich. Stephan Thomae (FDP) sprach von einem „tieferen Blick in den Motorraum des Parlaments“. Ausschüsse seien keine vertraulichen Runden, sie vertieften einzelne Gesichtspunkte stärker als es im Plenum möglich wäre. Die Ausschüsse, die sich zuerst für öffentliche Sitzungen entscheiden, werden seiner Ansicht nach an Bedeutung gewinnen.

Einer statt zwei Minister Dass die Ausschüsse zwar nicht mehr grundsätzlich nichtöffentlich tagen wie bisher, aber über die Öffentlichkeit ihrer Sitzungen auch künftig noch beschließen müssen, reicht für die Linken-Abgeordnete Petra Sitte nicht aus. Die Ausschüsse müssten grundsätzlich öffentlich tagen, forderte sie, die Reform sei daher nur ein „halber Schritt“. Die Regierungsbefragung wird von jetzt 60 auf 90 Minuten verlängert, und statt einem sollen künftig immer zwei Regierungsmitglieder den Abgeordneten Rede und Antwort stehen. Für Johannes Fechner erlaubt dies, verschiedene Positionen einander gegenüberzustellen. Dadurch werde Politik erlebbarer und spannender. Patrick Schnieder hält dies indes für eine „Mogelpackung“, weil jeder Minister statt 60 nur noch 45 Minuten befragt werden könne. Auch dass die Regierung kurzfristig festlegen kann, wer sich der Regierungsbefragung stellen muss, schwäche die Kontrollfunktion des Parlaments. Sein Eindruck sei, dass das „gewollt ist“.

Aus Sicht von Filiz Polat liegt es an den Abgeordneten selbst, zu einer lebendigen Regierungsbefragung beizutragen: „Wir werfen mit dieser Reform Licht in die Maschinenräume unserer parlamentarischen Arbeit.“ Die Regierungsbefragung werde dynamischer und flexibler. Für Petra Sitte ist die Präsenz von zwei Regierungsmit-



Standard ist derzeit die nichtöffentliche Ausschuss-Sitzung. SPD, Grüne und FDP wollen das ändern.

© DBT/Thomas Köhler/photothek

Offene Türen

BUNDESTAG Auf Antrag der Koalitionsfraktionen sollen ab Januar mehr Ausschüsse öffentlich tagen und auch die Regierungsbefragung soll spannender werden.

dem das „absolute Minimum“, sie könnte sich nach eigenen Worten auch vorstellen, alle Minister zu befragen. Dass diese eingangs künftig acht statt fünf Minuten sprechen dürfen, sei eine „Selbstbeschränkung des Parlaments“. Problematisch sei die Halbierung der Fragestunde von 90 auf 45 Minuten. Dadurch sei nur noch ein Teil der Fragen öffentlich zugänglich.

Mehr Digitalisierung Die Reform umfasst eine Reihe weiterer Änderungen. So müssen Sachverständige, die in Anhörungen befragt werden sollen, künftig angeben, ob sie ein persönliches Interesse an dem jeweiligen Regelungsgegenstand haben. Die Abgeordneten wollten wissen, so Johannes Fechner, ob jemand das Gesetzgebungsverfahren beeinflussen will oder „wirklich neutral“ ist. Bundesbedienstete, vor allem des Bundesrechnungshofs, können künftig an öffentlichen Anhörungen teilnehmen. Wenn ein Gesetzentwurf ganz erheblich den Datenschutz betrifft, gilt dies auch für den Bundesdatenschutzbeauftragten. Schnieder

lobte, dass sich die Koalition beim Bundesrechnungshof den Argumenten der Unionsfraktion „gebeugt hat“. Filiz Polat ergänzte, auch Anregungen der Linken seien aufgenommen worden. Sie bedauerte, dass die Union nicht bereit sei, dieser „großen Reform“ zuzustimmen. Stephan Brandner (AfD) rief dazu auf, zuerst die unstrittigen Vorschriften der Geschäftsordnung umzusetzen, bevor über Reformen geredet werde. Seine Fraktion wolle keine parallelen Sitzungen von Plenum und Ausschüssen, sondern mehr Sitzungswochen. Darüber hinaus müsse die Gendersprache aus Bundestagsdrucksachen verbannt werden. Weiter vorangehen soll es mit der Digitalisierung. Während der Pandemie konnten Ausschusssitzungen online stattfinden. Diese befristete Möglichkeit wird nun als Dauerregelung übernommen. Während Patrick Schnieder nach eigenen Worten von Digitalisierung noch nichts spürt, ist der Bundestag nach Einschätzung von Filiz Polat während der Pandemie digitaler geworden. Volker Müller

> STICHWORT

Transparenz im Bundestag

> Arbeitsweise Die Geschäftsordnung des Bundestages regelt seine Arbeitsweise und wurde auch in den vergangenen Jahren immer wieder angepasst. Eine größere Reform ist jedoch 40 Jahre her.

> Ausschüsse Die Ausschüsse tagen regelmäßig nichtöffentlich, außer bei öffentlichen Experten-Anhörungen. Künftig sollen mehr Sitzungen öffentlich durchgeführt werden.

> Befragung Die Regierungsbefragung, bei der ein Minister den Abgeordneten Rede und Antwort steht, wird auf 90 Minuten verlängert, künftig sollen zwei Minister anwesend sein.

> Andere Parlamente In zehn Bundesländern und im EU-Parlament tagen die Ausschüsse bereits öffentlich.

Mehr Auskunft nötig

FRAGERECHT Kuhle (FDP) siegt im Organstreitverfahren

Die Bundesregierung kann sich nicht mit einem pauschalen Verweis auf das Staatswohl um die Beantwortung von Fragen von Abgeordneten zu Tätigkeiten der Nachrichtendienste drücken. Das hat das Bundesverfassungsgericht vergangene Mittwoch in Karlsruhe entschieden (2 BvE 8/21). Den konkreten Fall ins Rollen gebracht hatte der FDP-Abgeordnete Konstantin Kuhle. Kuhle hatte in der vergangenen Legislaturperiode ein Organstreitverfahren angestrengt, nachdem ihm das Bundesinnenministerium die Auskunft zu der Frage verweigert hatte, wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter das Bundesamt für Verfassungsschutz in den Jahren 2015 bis 2019 ins Ausland entsandt hatte. Das Bundesinnenministerium wollte die Frage weder öffentlich beantworten noch in Form einer Verschlusssache in der Geheimdienststelle des Deutschen Bundestages hinterlegen. Zur Begründung führte das Ministerium an, die abgefragten Informa-

tionen betrafen in besonderem Maße das Staatswohl. Sie liefen Rückschlüsse auf Arbeitsweisen des Inlandsgeheimdienstes zu. Diese Begründung überzeugte das Gericht nicht, es rügte eine Verletzung des parlamentarischen Fragerechts wegen nicht hinreichender Begründung. Die Versagung insbesondere aus Gründen des Staatswohls sei nicht gerechtfertigt. So sei nicht ersichtlich, wie die erfragte Auskunft die Funktionsfähigkeit des Verfassungsschutzes beeinträchtigen würde. Das Gericht wies in diesem Zusammenhang das von der Bundesregierung vorgebrachte Argument zurück, die Information könne anderen Nachrichtendiensten als „Mosaikstein“ in einem aussagekräftigeren Gesamtbild dienen. Dazu fehle die konkrete Darlegung, zumal nach der Argumentation die Folge ein „nahezu völliges Leerlaufen des parlamentarischen Fragerechts im Sinne einer Bereichsausnahme für die Tätigkeit der Nachrichtendienste“ wäre. scr

Kommunen an der Grenze

BILDUNG Unterstützung für Geflüchtete aus der Ukraine

Um die Unterstützung von Geflüchteten aus der Ukraine in den Bereichen Bildung und Forschung ging es in zwei Anträgen, die vergangenen Mittwoch im Bundestag debattiert wurden.

Laut Antrag (20/1856) der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP sind die Länder an ihre Verantwortung zu erinnern, die Bundesmittel in Höhe von einer Milliarde Euro für „Bildungsausgaben im Zusammenhang mit den Geflüchteten aus der Ukraine“ einzusetzen. Zusätzlich müssten Schulabschlüsse unbürokratisch anerkannt und deutsch-ukrainische Forschungs Kooperationen fortgesetzt werden. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Ampel-Fraktionen angenommen.

Die Kommunen seien an ihre Belastungsgrenze gekommen, daher müsse der Bund schauen, wo er besser unterstützen könne, sagte FDP-Politiker Peter Heidt. Ukrainische Geflüchtete seien eine Chance für

Deutschland, das dringend Fachkräfte brauche. Grünen-Politiker Kai Gehring mahnte an, dass die Unterstützung der Geflüchteten nicht von deren Nationalität abhängen dürfe. Ruppert Stüwe (SPD) forderte, dass Programme für geflüchtete Studierende und Forschende verfestigt werden müssten.

Die Opposition kritisiert, dass hinter dem Antrag wenig Konkretes stecke. So sei er für Nicole Gohlke (Die Linke) nicht mehr als ein „moralischer Kompass“. Als „Trittbrettfahrer“ bezeichnete Ingeborg Gräßle (CDU) die Vorgehensweise der Regierung. AfD-Politiker Götz Frömming forderte, dass Deutschland keine Geflüchteten mehr aufnehmen solle, wenn Bund und Länder diese nicht angemessen versorgen könnten. Der Antrag (20/1859) seiner Fraktion, der die Einstellung von zusätzlichen Lehrenden sowie ukrainischem Lehrpersonal forderte, wurde abgelehnt. des

Forschung zu unattraktiv

WISSENSCHAFT Debatte über Arbeitsbedingungen an Unis

Mit einem Antrag der Linken zur Novellierung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeitVG) hat sich der Bundestag vergangenen Donnerstag befasst. In dem Antrag (20/4588) fordert die Fraktion, die Befristungspraxis an Universitäten und Hochschulen zu beenden. Wissenschaftliches Personal dürfe nur unter bestimmten Voraussetzungen wie einer Promotion befristet eingestellt werden. Außerdem sollten die Laufzeiten von Arbeitsverträgen mindestens der Länge des zu bearbeitenden Projekts entsprechen müssen. Ein Evaluationsbericht vom Mai 2022 mache deutlich, dass die Novelle des WissZeitVG aus dem Jahr 2016 keine Verbesserungen gebracht habe. So hat sich die Zahl der befristeten Stellen laut Bericht zwischen 2000 und 2020 mehr als verdoppelt – von 87.405 auf 175.215.

Unterhalb der Professorebene hätten 80 Prozent der Beschäftigten an Forschungseinrichtungen befristete Verträge, ergänzte

Nicole Gohlke (Die Linke). Die Wissenschaft habe sich zu einer „Branche mit schlechten Arbeitsbedingungen“ entwickelt. Eine Novellierung brauche „mehr Fingerspitzengefühl“ und dürfe den Exzellenzstandort Deutschland nicht aufs Spiel setzen, sagte Unionspolitiker Lars Rohwer. Carolin Wagner (SPD) betonte den Handlungsbedarf und verwies auf die Pläne der Ampelkoalition, die im kommenden Jahr das WissZeitVG angehen wolle. Die Arbeit in der Forschung müsse planbarer, familienfreundlicher und diverser werden, forderte Laura Kraft (Bündnis 90/Die Grünen). Stephan Seiter (FDP) mahnte an, dass die „Hochschulautonomie“ bei Personalentscheidungen mit einem Gesetz nicht eingeschränkt werden dürfe. AfD-Politiker Marc Jongen kritisierte den „Akademisierungswahn“, der zu viele Menschen von der beruflichen Bildung fernhalte. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Bildungsausschuss überwiesen. des

Meilensteine vor und seit 50 Jahren

PARLAMENTARISMUS Bundestagspräsidentin Bas würdigt Annemarie Renger und Wolfgang Schäuble

Wolfgang Schäuble (CDU) scheint sich die jüngste Mahnung von Bundeskanzler Scholz, die Deutschen sollten doch bitte nicht zu früh in Rente gehen, schon vor Jahrzehnten zu eigen gemacht zu haben. Der 80-jährige Spitzenpolitiker, der fast alle Ämter (außer Kanzler, was er aber auch nicht bereut) innehatte, die Politiker allgemein attraktiv finden, gehört seit 50 Jahren dem Bundestag an. Da er damit alle Rekorde gebrochen hat und da auch die SPD-Politikerin Annemarie Renger im Dezember 1972, zeitgleich mit Schäubles Bundestagsdebüt, Geschichte schrieb, würdigte Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) am vergangenen Donnerstag beide in einer besonderen halben Stunde vor Eintritt in die reguläre Tagesordnung.

Denn am 13. Dezember 1972 wurde zum ersten Annemarie Renger, bis dato bereits sehr erfolgreich in ihrer eigenen Partei und Fraktion, zur ersten Parlamentspräsidentin weltweit gewählt. Das immerhin mit breiter Mehrheit von einem Parlament, das nur zu knapp sechs Prozent aus Frauen bestand. „Renger führte den Bundestag souverän mit natürlicher Autorität. Und mit Charme. Sie hat nicht nur bewiesen, dass Frauen es können. Sie prägte die Politik in vielen Fragen“, betonte Bas und würdigte unter anderem Rengers Rolle bei der Reform der Parlamentsarbeit und der Aussöh-

nung mit Polen und Israel und eben in Gleichstellungsfragen. Gleichwohl sei gerade bei letzterem noch viel zu tun, so Bas, die Beharrlichkeit Rengers könne auch heute noch als Vorbild dienen.

Politische Beharrlichkeit Schäuble wiederum war damals einer jener jungen Abgeordneten, die von Renger in ihrer Antrittsrede eigens begrüßt wurden, weil diese erstmals das Durchschnittsalter des Bundestages unter die 50-Jahre-Grenze ge-

drückt haben. Sehr viel weiter nach unten ist es seither nicht gegangen, derzeit liegt das Durchschnittsalter bei 47 Jahren. Was er aber im Laufe seiner langen politischen Karriere nach oben gedrückt hat, sind Maßstäbe an die eigene Arbeit, an die politische Beharrlichkeit, über die auch Annemarie Renger auf ihrem Weg durch die Männerdomäne Politik verfügen musste. „Sie haben die Geschichte unseres Landes in den vergangenen Jahrzehnten wie nur wenige geprägt“, sagte Bas. „Auch nach

50 Jahren dienen Sie dem Parlament mit Ihrer unvergleichlichen Erfahrung, mit Ihrer Weitsicht und Ihrem intellektuellen Scharfsinn“, würdigte die Bundestagspräsidentin den CDU-Politiker. Nicht verwunderlich also, dass Schäuble schließlich noch einmal selbst das Wort ergreifen durfte. Und er nutzte dies neben persönlichen Bemerkungen für einige, aus seiner Sicht nötige politische Denkanstöße. So regte Schäuble eine breite öffentliche Debatte darüber an, wie man den Staat „durch eine grundlegende Neuordnung der Aufgaben wieder effizienter machen“ könne. „Niemand behauptet ernsthaft, dass die föderale Ordnung unseres Landes, die ja im Grunde weitgehend unbestritten ist, derzeit in guter Verfassung sei“, sagte er. Vielmehr sei der Staat „durch perfektionistische Überregulierung ähnlich dem gefesselten Riesen Gulliver in zu Vielem fast schon handlungsunfähig geworden“.

Auch auf die Klimapolitik ging Schäuble ein: Die Mahnungen des Club of Rome, ebenfalls 50 Jahre alt, hätten in der Praxis leider zu wenig Beachtung gefunden. „Auch deswegen verstehe ich das Drängen der jungen Generation.“ Am Ende gab es Blumen von der CDU und stehende Ovationen aus dem ganzen Haus – und damit fast mehr Applaus als für einen Kanzler nach der Vereidigung. Claudia Heine



In Anwesenheit von Bundestagspräsidentin Bärbel Bas und des Malers Christoph Bouet wurde vergangene Woche ein Porträt des ehemaligen Bundestagspräsidenten Wolfgang Schäuble (Mitte) an den Bundestag übergeben.

© picture-alliance/dpa

Zank um Ordnungshüter

INNERES Union fordert mehr Befugnisse für Bundespolizei

Einer weiteren Stärkung der Bundespolizei wird von der Ampelkoalition ebenso das Wort geredet wie in den Reihen der Opposition; dennoch führte das Thema vergangene Woche zu einer scharfen Kontroverse im Bundestag. Die CDU/CSU-Fraktion kritisierte, dass das Personal der Bundespolizei unter Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) wieder abgebaut werde. Renger der Koalition betonten dagegen, dass die Bundespolizei in den kommenden Jahren weiter gestärkt werde, und wiesen Forderungen der Union etwa zur Quellen-Telekommunikationsüberwachung, Online-Durchsuchung und Wohnraumüberwachung zurück. Ein Antrag der Union (20/4881), der Bundespolizei hier mehr Befugnisse zu geben, wurde zur weiteren Beratung an die Ausschüsse überwiesen.

Michael Brand (CDU) sagte, 2023 gebe es in der Bundespolizeiverwaltung eine Personalkürzung um 1,5 Prozent, obwohl es seit 2016 einen Aufwuchs an Einsatzkräften von mehr als 30 Prozent gegeben habe. Die Bundespolizei brauche neben genug Personal und guter Ausstattung auch zeitgemäße Befugnisse, wie die Union sie in dem Antrag vorschläge.

Uli Grötsch (SPD) entgegnete, die Koalition habe die Bundespolizei im Etat 2023 weiter gestärkt. So erhalte sie 1.000 neue Stellen, um Anwärter übernehmen zu kön-

nen. Dabei habe keine Bundesbehörde in den vergangenen Jahren einen so großen Aufwuchs erfahren wie die Bundespolizei. Als nächstes werde auf diesem Weg mit einem neuen Bundespolizeigesetz zeitnah ein moderner Rechtsrahmen für die Bundespolizei folgen.

Steffen Janich (AfD) verwies darauf, dass zwischen 2017 und 2021 die Zahl der Planstellen bei der Bundespolizei von 42.000 auf zirka 50.000 gestiegen sei und der jährliche Haushalt von 3,3 Milliarden Euro auf 4,7 Milliarden Euro. Die Bundespolizei müsse auch künftig ausgebaut werden.

Marcel Emmerich (Grüne) betonte, die Ampel solle für einen kontinuierlichen Stellenzuwachs der Bundespolizei in den nächsten Jahren und investiere in deren technische Ausstattung. Der Union wolle dagegen vor allem Gesetzesverschärfungen. André Hahn (Linke) kritisierte die CDU/CSU-Forderung, die Koalition solle auf die Schaffung eines unabhängigen Bundespolizeibeauftragten verzichten. Ein solcher Auftraggeber werde „mehr denn je“ gebraucht. Manuel Höferlin (FDP) sagte, die Koalition arbeite intensiv daran, die Tätigkeit der Bundespolizei effizienter zu gestalten. Der Union gehe es hingegen um mehr Überwachung, doch seien ihre „fragwürdigen Projekte“ bereits bisher vor den Verfassungsgerechten gescheitert. sto

KURZ NOTIERT

Bundestag wählt drei neue Verfassungsrichter

Der Bundestag hat vergangenen Donnerstag eine Richterin und zwei Richter des Bundesverfassungsgerichts gewählt. Der an der Humboldt-Universität zu Berlin lehrende Rechtswissenschaftler Martin Eifert tritt im Februar 2023 im Ersten Senat die Nachfolge für Susanne Baer an. Rhona Fetzer wird im Zweiten Senat auf Monika Hermanns folgen, deren Amtszeit im November abgelaufen ist. Fetzer ist aktuelle Vorsitzende des VIII. Zivilsenats am Bundesgerichtshof. Thomas Offenloch wird die Nachfolge im Zweiten Senat die Nachfolge für Peter M. Huber antreten, dessen Amtszeit ebenfalls abgelaufen ist. Offenloch ist Richter am Bundesgerichtshof und gehört dort dem VI. Zivilsenat an. Die Amtszeit der Verfassungsrichterinnen beträgt zwölf Jahre, eine Wiederwahl ist nicht möglich. *scr*

AfD fordert generisches Maskulinum im Schriftverkehr

Die AfD-Fraktion fordert in zwei Anträgen (20/4894; 20/4895) die Beibehaltung des generischen Maskulinums im dienstlichen Schriftverkehr sowie eine Studie zu den Auswirkungen der Benutzung geschlechtergerechter Sprache auf die Bevölkerung. Beide Anträge wurden vergangene Woche zur Beratung an die Ausschüsse überwiesen. Die Fraktion bezieht sich unter anderem auf Wissenschaftler, die der These widersprechen, dass Menschen bei Verwendung des generischen Maskulinums vorwiegend an Männer denken würden. *che*

AfD will Corona-Impfungen für Minderjährige aussetzen

Die AfD-Fraktion fordert, Corona-Impfungen bei Minderjährigen auszusetzen. Studien hätten gezeigt, dass bei Kindern und Jugendlichen die meisten Covid-19-Infektionen als leichte grippale Infekte verlaufen, heißt es in einem Antrag (20/4891) der Fraktion, der vergangene Woche erstmals beraten wurde. In einer von der AfD-Fraktion beantragten Aktuellen Stunde ging es zudem am Freitag um Nebenwirkungen der Corona-Impfung. *pk*

Unionsantrag zur Sicherung der Kulturbranche abgelehnt

Die CDU/CSU-Fraktion ist mit ihrer Forderung nach einer Verlängerung des „Sonderfonds des Bundes für Kulturveranstaltungen“ bis Ende 2023 gescheitert. Der Bundestag lehnte den entsprechenden Antrag (20/4878) am Donnerstag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen das Votum der Union und der Linken bei Enthaltung der AfD ab. Die Union wandte sich in ihrem Antrag gegen die von der Bundesregierung vorgesehene Verwendung der Restmittel des Fonds zur Bewältigung gestiegener Energiekosten im Kulturbereich. *aw*

AfD will Kriminalitätsstatistik zu Messerangriffen

Die AfD-Fraktion fordert eine „aussagekräftige Kriminalitätsstatistik zu Messerangriffen“. In einem Antrag (20/4871), über den der Bundestag vergangene Woche erstmals debattierte, dringt die Fraktion darauf, dass spätestens ab dem zweiten Halbjahr 2023 deutsche und nichtdeutsche Tatverdächtige, die bei Gewaltdelikten ein Messer verwenden, einschließlich ihrer Staatsangehörigkeit bundesweit erfasst werden. *sto*

Union fordert Energiepreislösung für Hochschulen

Die CDU/CSU-Fraktion fordert, dass Hochschulen in die Härtefallregelungen der Strom- und Gaspreislösung aufgenommen werden. In einem Antrag (20/4874), der am vergangenen Mittwoch erstmals im Bundestag debattiert und an den Bildungsausschuss überwiesen wurde, heißt es außerdem, dass auch der wissenschaftliche Nachwuchs bedarfsgerecht finanziell unterstützt werden müsse. Die Energiekrise treffe die Hochschullandschaft hart, argumentieren die Abgeordneten in ihrem Antrag. So werde an vielen Hochschulen besonders energieintensive Forschung in beispielsweise Laserlaboren betrieben. *des*

Bundestag billigt Planung der Deutschen Welle

Der Bundestag billigt die von der Deutschen Welle (DW) vorgelegte Aufgabenplanung bis 2025 (20/1308). Der Bundestag verabschiedete eine Freitag einen entsprechenden Antrag von SPD, Grünen und FDP (20/4352) gegen das Votum der AfD. So soll die Transformation des Auslandssenders zum digitalen Medienunternehmen unterstützt und die Mittel für technische Weiterentwicklungen bereitgestellt werden. Dazu gehören auch das Bemühen, Zensur und repressive technische Blockaden in Diktaturen und autoritären Staaten zu umgehen. *aw*



Kinderkliniken und Arztpraxen werden derzeit von einer Infektionswelle überrollt. Die Versorgung der Kinder ist problematisch. Nun will die Bundesregierung entschlossen gegensteuern.

© picture-alliance/dpa/Guido Kirchner

Am Limit

INFEKTIONSWELLE Kinderkliniken und Arztpraxen sind überlastet, Medikamente knapp

So angespannt war die Lage in Kinderkliniken und Kinderarztpraxen lange nicht mehr. Seit Wochen klagen Mediziner über eine Infektionswelle, von der auch Ärzte und Pfleger nicht verschont bleiben. Somit kommt zu der Masse an Patienten noch fehlendes Personal. Das Robert Koch-Institut (RKI) ermittelte Anfang Dezember eine ARE-Rate (Akute respiratorische Erkrankungen) von 11,4 Prozent. Das entspricht rund 9,5 Millionen Personen mit neu aufgetretenen akuten Atemwegserkrankungen. Der Lungenfacharzt und Intensivmediziner Christian Karagiannis sagte der „Tagesschau“: „Was wir aktuell sehen, ist ein deutlicher und sehr früher Anstieg der Influenza- und RS-Virus-Infektionen, zusätzlich zu denen mit Sars-Cov-2.“ Das Respiratorische Synzytial-Virus (RSV) verbreitet sich laut RKI in den oberen und unteren Atemwegen. Das Virus gehört zu den wichtigsten Auslösern für Atemwegsinfektionen bei Säuglingen und Kleinkindern. Derzeit arbeiten mehrere Pharmafirmen an Impfstoffen gegen RSV, mit einer Zulassung wird in Kürze gerechnet.

»Das Profitsystem hat im Gesundheitsbereich nichts verloren.«

Ates Gürpınar (Linke)

grenzen bei Medikamenten für den „Versorgungsnotstand“ verantwortlich. Auch der Verband pro Generika erklärte, die Engpässe seien Folge des jahrelangen Drucks auf Preise und Herstellungskosten. Bei Fiebersäften seien die Margen ohnehin gering, in der Energiekrise gingen nun die Kosten durch die Decke. Als weiteren Grund nannte der Verband die Abhängigkeit von asiatischen Zulieferern. Rund zwei Drittel der Wirkstoffe kämen aus China und Indien. Manche Hersteller seien ausgetrieben, weil die Produktion sich bei den Erstattungspreisen gar nicht mehr rechne.

Weniger Betten Angesichts der dramatischen Lage warf der Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte (BVKJ) der Politik systematisches Versagen vor. Verbandschef Thomas Fischbach kritisierte, die Pädiatrie werde seit Jahren „ausgehungert“. 80 Prozent der Kliniken hätten in den vergange-

Schutz für Hinweisgeber beschlossen

RECHT Bundestag setzt EU-Vorgaben zu Whistleblowern verspätet um

Hinweisgeber auf Rechts- und Regelverstöße in Unternehmen und Behörden, sogenannte Whistleblower, sollen künftig einfacher und ohne Angst vor Repressalien auf Missstände aufmerksam machen können. Das bezweckt ein Gesetzentwurf der Bundesregierung (20/3442), den der Bundestag am Freitag in einer vom Rechtsausschuss veränderten Fassung (20/4909) mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen verabschiedet hat. Kern ist die Einrichtung von Meldestellen in Unternehmen, Behörden und Organisationen, an die sich Whistleblower wenden können. Damit werden – verspätet – EU-Vorgaben umgesetzt. Auf Veranlassung des Rechtsausschusses werden diese Stellen auch anonyme Meldungen bearbeiten und dazu eine anonyme Kommunikation zwischen Hinweisgebenden und Meldestellen ermöglichen müssen. Geschützt sein soll auch, wer verfassungsfeindliche Äußerungen von Beamtinnen und Beamten meldet. Das soll auch für Äußerungen unterhalb der Strafbarkeitsschwelle gelten. Hinweisgebende, die Repressalien erleiden, sollen eine Entschädigung in Geld auch dann verlangen können, wenn es sich nicht um einen Vermögensschaden handelt. Unverändert bleibt im Hinweisgeberschutzgesetz, dass Unternehmen mit mindestens

50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine interne Meldestelle einrichten müssen. Unternehmen mit bis zu 249 Mitarbeitenden können dabei Meldestellen gemeinsam aufbauen. Als externe Meldestelle soll, mit einigen Ausnahmen, das Bundesamt für Justiz dienen. Geschützt sein sollen nicht nur Beschäftigte der Unternehmen und Behörden, sondern etwa auch Beschäftigte von Zulieferern sowie Anteilseigner. Sofern ein Whistleblower nach einer Meldung berufliche Nachteile erfährt, sieht das Gesetz eine Beweislastumkehr vor. Es wäre dann zu beweisen, dass die Benachteiligung nicht auf der Meldung beruht. Wer allerdings vorsätzlich oder grob fahrlässig unrichtige Informationen meldet, begeht eine Ordnungswidrigkeit und muss für einen dadurch entstandenen Schaden aufkommen.

»Keine Schikane« „Hinweisgeberinnen werden in ihren Unternehmen drangsalieren, gekündigt und müssen um ihre wirtschaftliche Existenz fürchten“, erklärte Carmen Wege (SPD) in der abschließenden Debatte. „Dem schieben wir nun einen Riegel vor.“ Stephan Thomae (FDP) betonte, die meisten Unternehmen seien selbst daran interessiert, von Missständen zu erfahren, um sie beheben zu können. Die neuen Meldeverfahren seien daher keine Schika-

nen der Kinderkliniken voll, weil Kindern durch Masken und Abstand die Immunisierung fehle. Kinder müssten Infekte durchmachen, um Immunität zu entwickeln.

»Wir sind bei der Ökonomisierung zu weit gegangen.«

Karl Lauterbach (SPD) Gesundheitsminister

Die akute Infektionswelle und die Kinderheilkunde waren in der vergangenen Woche auch Thema einer Aktuellen Stunde im Bundestag. In der von gegenseitigen Vorwürfen geprägten Debatte machten Redner deutlich, dass neben aktuellen Problemlösungen die Versorgung der Kinder perspektivisch verbessert werden muss. **Behandlung im Flur** Die Opposition kritisierte in scharfer Form die teils prekäre Versorgungslage. Ates Gürpınar (Linke) sprach von einem „kaputtgesparten Gesundheitssystem“ und verwies auf eine Umfrage, wonach Krankenhäuser bereits Kinder abweisen mussten. Kinder seien zum Teil im Flur mit Sauerstoff versorgt worden. In den vergangenen 30 Jahren sei die Kommerzialisierung im Gesundheitswesen vorangetrieben worden, wobei mit der Versorgung von Kindern kaum Profit zu erwirtschaften sei. Die Zahl der Beschäftigten und der Betten sei in der Folge gesunken. So könne jede neue Krankheitswelle leicht zum Kollaps führen. Die Beschäftigten in Kliniken müssten das politische Versagen mit Mehrarbeit ausbaden. Gürpınar forderte ein Wiederaufbauprogramm für die Kinderheilkunde. Die AfD-Fraktion stellte einen Zusammenhang her zwischen der aktuellen Infektionswelle und der Coronapolitik der vergangenen Jahre. Martin Sichert (AfD) sagte, in der Coronakrise sei Stimmung gegen Kinder gemacht worden, von denen angeblich ein besonderes Infektionsrisiko ausgegangen sei. Heute seien die Intensivstationen

Budgetierung ausgesetzt Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) versprach, die Probleme zügig anzugehen. Das Personal in Kliniken und Praxen arbeite am Limit. Die Regierung habe reagiert und die Pflegepersonaluntergrenzen in Kliniken ausgesetzt. Zudem solle das Pflegepersonal flexibel eingesetzt werden. So könnten für einfachere Fälle Pflegekräfte von Normal- auf Kinderstationen delegiert werden, um Spezialpflegekräfte zu entlasten. Lauterbach kündigte ferner an, auf die Budgetierung zu verzichten, damit Ärzte für jede zusätzliche Leistung voll bezahlt werden. „Wir setzen die Budgetierung ab sofort für die Kinderkliniken und Praxen aus.“ Honorarkräfte, die in Kliniken zusätzlich arbeiten, sollen zudem über die Pflegebudgets vollständig abrechnet werden können. Der Minister kündigte einen Gesetzentwurf für die Neuregelungen an. Sollte sich die Lage in den Kinderkliniken nicht verbessern, will Lauterbach notfalls planbare Eingriffe bei Erwachsenen verschieben. Er versicherte: „Wir lassen hier kein Kind zurück.“ Er will außerdem Vorschläge unterbreiten, um Lieferengpässe für Arzneimittel zu überwinden. Simone Borchardt (CDU) erinnerte Lauterbach daran, dass er selbst und die SPD an der Einführung der umstrittenen Fallpau-

schalen (DRG) vor 20 Jahren beteiligt waren. Der Reformbedarf sei groß, es werde jedoch viel angekündigt und wenig gemacht. Benötigt würden mehr Effizienz und eine bedarfsgerechte Versorgung. Die Sektorengrenzen müssten aufgebrochen und innovative Versorgungsformen erprobt werden. Auch sollte der ärztliche Bereitschaftsdienst neu aufgestellt werden. Die CDU-Abgeordnete sprach von einer aktuell schwierigen Lage, wobei die Erkältungssaison erst am Anfang sei. Ihrer Ansicht nach gibt es aber keinen Grund für Panik. Zwar bestätigten die Kliniken den Krisenmodus, die Versorgung der Patienten sei aber gewährleistet.

Energiekosten Ricarda Lang (Grüne) hielt der Union vor, in der Vergangenheit falsche Weichen in der Gesundheitspolitik gestellt zu haben, und sprach von Mismanagement. Ärzte und Pfleger täten in dieser harten Zeit alles, um die Verwundbarsten, die Kinder, zu schützen. Sie erinnerte daran, dass unlängst Finanzierungsgarantien für Kinderkliniken gewährt worden sind. Hinzu komme der Ausgleich für die hohen Strom- und Gaskosten in Kliniken und Pflegeeinrichtungen. Lang sagte, die Kindermedizin werde gestärkt, die Ökonomisierung zurückgedrängt. Andrew Ullmann (FDP) warnte mit Blick auf die Linke vor scheinbar einfachen Lösungen. Es sei ein Irrtum zu glauben, dass mit dem Verzicht auf Fallpauschalen alle Probleme gelöst seien. Die „antiökonomische Propaganda“ zeige, dass die Linke die komplexe Problemlage nicht erkannt habe. Gleichwohl sei eine Strukturreform überfällig. Ullmann versprach: „Wir sind auf dem Weg, das gesamte System nachhaltig zu reformieren.“ *Claus Peter Kosfeld*

Anzeige

Das Standardwerk zum Regierungshandeln

Bundeskanzleramt und Bundesregierung
Handbuch für Wissenschaft und Praxis
Mit einem Vorwort von Olaf Scholz

Von Dr. Volker Busse und Prof. Dr. Hans Hoffmann
8., aktualisierte und erweiterte Auflage 2022,
515 S., brosch., 69,- €
ISBN 978-3-8487-7465-4
E-Book 978-3-7489-3252-9
(NomosHandbuch)

Das überarbeitete und aktualisierte Handbuch schildert umfassend und grundsätzlich Organisation, Aufgaben, Arbeitsweise und Funktion des Bundeskanzleramtes und der Bundesministerien sowie die Zusammenarbeit innerhalb der gesamten Bundesregierung und vermittelt dabei auch anschaulich und praxisnah die Regierungsarbeit und wie die Bundesregierung funktioniert.

Nomos eLibrary nomos-elibrary.de

Portofreie Buch-Bestellungen unter nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer

Entlastung naht

ENERGIE Der Bundestag beschließt Preisbremsen für Heizkosten und Stromversorgung



Heizöl und Holzpellets sind erheblich teurer geworden. Wer damit heizt, soll auch geschützt werden.

© picture-alliance/Ulrich Baumgarten

Die Bremsbeläge sind ausgesprochen teuer: Bis zu 200 Milliarden Euro kann der Staat jetzt ausgeben, damit die Preisbremsen für Gas, Wärme und Strom greifen. Mit den Stimmen der Koalitionsabgeordneten setzte die Ampel ihre entsprechenden Gesetzesvorhaben (20/4683 und 20/4685) durch. Der Gaspreis für Privatkunden sowie kleinere und mittlere Unternehmen soll so gedeckelt werden, dass für 80 Prozent des Vorjahresverbrauchs zwölf Cent pro Kilowattstunde anfallen. Für Fernwärme wird die Begrenzung auf 9,5 Cent pro Kilowattstunde festgelegt. Der Strompreis soll für diesen Verbraucherkreis auf 40 Cent pro Kilowattstunde festgeschrieben werden – gleichfalls bezogen auf 80 Prozent des Vorjahresverbrauchs. Die Preisbremsen sollen zwar erst im März aktiviert werden, dann aber rückwirkend ab Januar gelten. Die Gesetzesmaßnahmen laufen Ende April 2024 aus.

Industrie wird unterstützt Auch große Industrieunternehmen werden ab Januar bei Gas- und Strompreisen unterstützt. Dabei sorgte der Ausschuss für Klimaschutz und Energie dafür, dass in die Gesetze eine Regelung für Bonuszahlungen und Dividenden aufgenommen wurde. Unternehmen, die um mehr als 25 Millionen Euro

durch die Preisbremsen entlastet werden, dürfen keine Boni oder vergleichbare Leistungen gewähren und keine Dividenden auszahlen. Optimistisch versprach Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) namens der Bundesregierung in der Debatte: „Wir werden stärker aus dieser Krise herauskommen, als wir hineingegangen sind.“ Er verwies damit auf künftig größere Unabhängigkeit in der Energieversorgung und einen höheren Anteil an erneuerbaren Energien. Der Minister gab sich kämpferisch: Mit den Preisbremsen sei das Signal an Moskau verbunden, dass sich die Deutschen nicht erpressen lassen und Demokratie und Menschenrechte verteidigen.

So sah es auch Ricarda Lang (Grüne). Der russische Präsident Wladimir Putin habe die Stärke der Demokratie in Deutschland und die Solidarität mit der Ukraine unterschätzt: „Wir lassen uns nicht spalten.“ Freilich habe das Problem der teuren Energie schon vor Putins Angriffskrieg auf die Ukraine begonnen, nämlich durch die jahrzehntelange Abhängigkeit von russischem Gas. Jetzt zahlten die Bürgerinnen und Bürger den Preis dafür. Die Koalition

nehme Geld in die Hand und lasse niemanden in dieser Krise allein. So werde aus dem Winter der Wut ein Winter der Solidarität.

Andreas Jung (CDU) machte klar, dass Deutschland bei der Bekämpfung der Energiekrise noch nicht über den Berg sei. Es müssten alle Potenziale zur Energieeinsparung genutzt werden. Der Koalition hielt er vor, sie habe zu viel Zeit verstreichen lassen. Deshalb komme die Energiepreisbremse nicht vor, sondern erst nach dem Winter. Matthias Miersch (SPD) strich heraus, die Ampelkoalition stelle mit den Energiepreisbremsen unter Beweis, dass sie gestalten und Preissicherheit schaffen könne. Er hob hervor, dass nun auch die Nutzer von Öl und Pellets bei der Unterstützung ähnlich gestellt werden sollen wie die Gaskunden. Die Koalition werde aufpassen, dass die Maßnahmen auch wirken und gegebenenfalls nachsteuern. Der Ausbau der erneuerbaren Energien sei der Schlüssel zur Energiesouveränität.

Steffen Kotré (AfD) sagte, das „Abrissunternehmen Ampelkoalition“ mache Schulden, die nicht mehr rückzahlbar seien. Planwirtschaftlich würden Löcher mit Steu-

ergeldern gestopft, die ohne die Sanktionen gegen Russland gar nicht erst entstanden wären. Geboten sei, auf Kernenergie, Kohleverstromung und die Beendigung der Sanktionen zu setzen. Über Umwege komme weiterhin russisches Gas nach Deutschland. Russland bekomme also weiter Geld. Die Koalition gehöre wegen der Veruntreuung von Steuergeldern auf die Anklagebank.

Lukas Köhler (FDP) erklärte, die Koalition tue alles dafür, gegen den Krieg in der Ukraine zu arbeiten, dafür zu sorgen, dass der Mittelstand erhalten bleibe, dass Härten die Bürger weniger treffen, dass die Ukraine unterstützt werde. Mit den Gesetzen habe die Koalition einfache, schnelle und wirksame Instrumente vorgelegt. Perfekt seien die Maßnahmen nicht, aber die Koalition habe sich für Pragmatismus entschieden. Eine Gasmanigallage dürfe nicht passieren. Deshalb dürfe auch die deutsche Gasförderung nicht ausgeschlossen sein. Klaus Ernst (Linke) stufte die über Jahrzehnte niedrigen Gaspreise als Grundlage des Wohlstands der Bundesrepublik ein. Er freue sich, dass sich Ex-Kanzlerin Angela Merkel (CDU) nicht für ihre Politik gegenüber Russland entschuldige. Nach seiner Rechnung verdoppele sich der Gaspreis trotz der Gaspreisbremse. Die industrielle Basis Deutschlands werde gefährdet, erklärte Ernst.

Franz Ludwig Averdunk

Schnellere Verfahren

BAUEN Änderung zum Raumordnungsgesetz liegt vor

Mit einem Gesetz der Bundesregierung zur Änderung des Raumordnungsgesetzes (20/4823) hat sich der Bundestag in der vergangenen Woche befasst und es zur weiteren Beratung an die Ausschüsse überwiesen. Bundesbauministerin Klara Geywitz (SPD) betonte, „die Planungsprozesse in Deutschland sollen schneller werden“, vor allem, um den Ausbau von Infrastruktur voranzubringen. Die Parlamentarier waren sich einig darüber, dass die Verfahren beschleunigt werden müssen, jedoch dürfe das nicht zum Nachteil der Bürgerbeteiligungen oder des Föderalismus geschehen. Michael Breilmann (CDU) mahnte, es dürfe nicht sein, „dass Länder und Regionen aktiv ihre Pläne ändern müssen, wenn sie Bundesplänen widersprechen“. Das sei ein deutlicher Bruch mit der bisherigen föderalen Verfahrensstruktur. „Das ist systemwidrig und, ja, auch verfassungsrechtlich problematisch.“ Roger Beckamp (AfD) warnte vor zu viel Tempo. Raumordnung meine auch eine ausgewogene Siedlungsstruktur und die Gewährleistung angemessener Naturräume. Es solle genug Raum für Wohnbedarf geben, aber die Landschaft dürfe nicht zersiedelt werden. Für Susanne Hen-

ning-Wellsow (Linke) „klingt es erstmal ganz gut, Infrastrukturmaßnahmen zu beschleunigen“. Es gebe viele Gründe, „beispielsweise den Ausbau der erneuerbaren Energien zu beschleunigen“. Jedoch gab sie zu bedenken, dass Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger nicht beschnitten werden dürften. Die Frage stelle sich bei „der Lösung Digitalisierung“. Analoge Formen der Beteiligung seien für weite Teile der Bevölkerung unverzichtbar und müssten ohne Einschränkung erhalten bleiben. Franziska Mascheck (SPD) widersprach der Kritik von Union und Linke, vielmehr hole der Gesetzentwurf „das Raumordnungsgesetz jetzt ins 21. Jahrhundert“. Auch Christina-Johanne Schröder (Grüne) lobte das Gesetz. Denn beim Ausbau von Trassen oder von erneuerbaren Energien, „brauchen wir mehr Tempo“. Dem schloss sich Daniel Föst (FDP) an: „Es ist wichtig, dass wir das Raumordnungsgesetz modernisieren und flexibilisieren“. Zum einen würden Beteiligungsverfahren digitalisiert, zum anderen werde die Raumverträglichkeitsprüfung geändert. Da würden Doppelbelastungen vermieden, das entlaste die Verwaltung und Sorge für mehr Tempo.

»Aus dem Winter der Wut wird ein Winter der Solidarität.«

Ricarda Lang (Grüne)

Bundesbau vor Neuordnung

HAUSHALT Bundesregierung erhofft sich mehr Effizienz

Die Zuständigkeit für den Bundesbau soll neu geregelt werden. Ein entsprechender Gesetzentwurf der Bundesregierung (20/4284) in geänderter Fassung passierte am Donnerstagabend mit den Stimmen von SPD, Union, Grünen und FDP gegen die Stimmen der AfD bei Enthaltung der Linken den Bundestag. Konkret plant die Bundesregierung mit dem Gesetzentwurf, die Zuständigkeit für den Bundesbau der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) zu übertragen. Sie soll sich zur Durchführung ihrer Aufgaben der Bauverwaltungen der Länder sowie des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR) bedienen. Die BImA soll die Aufgabe mit mehr „Eigenständigkeit und Eigenverantwortung“ wahrnehmen. Dazu soll laut Vorstellung der Bundesregierung die ministerielle Steuerung auf die Rechtsaufsicht beschränkt und der Verwaltungsrat „als Beschlussorgan mit neuen Aufgaben und Entscheidungsbefugnissen ausgestattet und damit aufgewertet“ werden. Gegenüber dem Regierungsentwurf konkretisierten die Abgeordneten auf Änderungsantrag der Koalition die Aufgaben des Verwaltungsrates und das Vetorecht des

Vorsitzenden. Ferner ist nunmehr vorgesehen, dass die BImA bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben auch „bau-, wohnungs-, stadtentwicklungspolitische und ökologische Ziele des Bundes zu unterstützen“ hat. Thorsten Herbst (FDP) sagte, der Gesetzentwurf sei „notwendig und sinnvoll“, denn auch der Bundesbau dauere „manchmal“ zu lange. Thorsten Rudolph (SPD) betonte, mit der Neuordnung sowie der neu gefassten Richtlinie für den Bundesbau werde die BImA künftig „sehr viel schneller und sehr viel besser“ bauen können. Markus Uhl (CDU) verwies auf Bauprojekte des Bundes, die deutlich teurer und zeitlich länger ausfielen. Die „Neuausrichtung“ sei daher grundsätzlich richtig, es blieben aber auch Bedenken, sagte Uhl. Wolfgang Wiehle (AfD) kritisierte Doppelstrukturen: „Effizienz geht anders.“ Markus Kurth (Grüne) sagte, die BImA können sich nun weiterentwickeln und eine „aktive dauerhafte Rolle im Immobilienbereich“ spielen könne. Caren Lay (Die Linke) kritisierte, die BImA sei „völlig falsch ausgerichtet“, denn immer noch privatisiere sie Wohnungen. Ein Entschließungsantrag ihrer Fraktion dazu fand keine Mehrheit.

scr

Debatte über die Zukunft der PCK Schwedt

ÖL-RAFFINERIEN Opposition befürchtet Lieferengpässe

Kurz vor dem Start des Ölembargos gegen Russland konnte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, Michael Kellner (Bündnis 90/Die Grünen), Entwarnung geben: Die Bundesregierung sei mit den Partnern in Polen zu einer Einigung gelangt; es habe eine Zusage für Öllieferungen aus dem Nachbarland an die Raffinerie PCK in Schwedt gegeben.

„Wir haben jetzt die Zusage der polnischen Seite, ab Januar ausreichende Ölmengen zu liefern, die dem PCK eine komfortable Auslastung von rund 70 Prozent ermöglichen“, sagte Kellner am Donnerstag im Plenum. Die angekündigten Öllieferungen aus Polen sollen zusammen mit Lieferungen aus Rostock sowie künftig auch aus Kasachstan eine kontinuierliche Belieferung der PCK-Raffinerie sicherstellen.

„Die genannte Auslastung, die mit 70 Prozent im Januar beginnen und stetig ausgebaut werden soll, ist eine gute Basis“, zeigte sich auch Jörg Steinbach (SPD), Wirtschaftsminister in Brandenburg, zufrieden. Mit der Ankündigung kam die Bundesregierung einig der Forderungen nach, die die drei Oppositionsfraktionen von CDU/CSU, AfD und Die Linke in mehreren Anträgen gestellt hatten und die am Donnerstagmittag im Plenum diskutiert wurden.

Transformation notwendig Kurz vor dem Beginn des Öl-Embargos stehe die Raffinerie PCK Schwedt „vor einem hausgemachten Fiasko“, befand Christian Görke (Die Linke): „Wenige Tage, ja wenige Stunden vor dem Embargobeginn sind die angekündigten Ersatzlieferungen aus Polen und Kasachstan immer noch nicht garantiert“, sagte Görke als erster Redner – und erfuhr später von Staatssekretär Kellner, dass es die Einigung bereits gibt. Dass die Raffinerie eine „Lebensader“ für Deutschland sei, sei unbestreitbar, sagte Markus Hümpfer (SPD). Sie sei insbesondere für die neuen Bundesländer äußerst wichtig und gehöre deshalb „in europäische Hände“. Wenn es gelinge, die PCK als Hochtechnologiestandort zu einer „Le-

bensader der klimaneutralen Energie“ zu transformieren, dann habe Schwedt die Chance, zum „Herzschrittmacher unserer industriellen Zukunft“ zu werden, sagte Hümpfer.

»Für Polemik kein Platz.« Einen „Wortbruch“ sah hingegen die Unionsfraktion: Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen) habe im April zur Rohölvorsorgung der Raffinerie Schwedt gesagt: „Diese Alternative ist Aufgabe der nächsten Tage“, zitierte der CDU-Abgeordnete Sepp Müller: Dieses Versprechen habe Habeck gebrochen: „Sie haben Vertrauen zerstört“, sagte Müller in Richtung des Ministers.

Der AfD-Abgeordnete Karsten Hilsa (AfD) kam auch nach der Rede Kellners zu dem Schluss, dass bislang keine Ersatzlieferungen garantiert worden seien. In Bezug auf den Antrag der CDU/CSU-Fraktion zum Thema sagte Hilsa, die Union bemängelt zurecht nicht nur das Fehlen von Ersatzmengen für Schwedt zu fairen Preisen, sondern auch den Mangel einer Rechtsgrund-

lage für das Embargo.

Für die Polemik, mit der die Opposition argumentiere, sei in der Debatte kein Platz, kritisierte Konrad Stockmeier für die Liberalen. Die Linke bleibe „in der Vergangenheit hängen“ und die Union bediene sich „Tiraden vom Vertrauensbruch“. Dabei seien es die massiven strategischen Fehlentscheidungen der Vergangenheit unter Führung der Union gewesen, die die aktuelle Regierung nun ausbaden müsse, so Stockmeier. Bernhard Herrmann (Bündnis 90/Die Grünen) bekräftigte die Aussage Kellners, dass die Versorgung Ostdeutschlands mit Erdölprodukten gesichert sei.

Im Anschluss an die Debatte wurden die Vorlagen der Linken (20/4762) und der AfD (20/4890) in die Ausschüsse überwiesen, der Ausschuss für Klimaschutz und Energie übernimmt die Federführung Zwei AfD-Anträge (20/1863 und 20/1862) lehnte der Bundestag ab. Ebenfalls keine Mehrheit fand ein Antrag der Unionsfraktion (20/4875).

Elena Müller

Union will späteren Start des Lieferkettengesetzes

UNTERNEHMEN Sorge wegen »zusätzlicher Belastung«

Vor eineinhalb Jahren von der großen Koalition beschlossen, soll das deutsche Lieferkettengesetz, namentlich „Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz“ (LkSG), am 1. Januar 2023 in Kraft treten. Doch 17 Tage vor Ablauf des alten Jahres hat die CDU/CSU-Fraktion in einem Antrag (20/4876) gefordert, das Gesetz bis zum 1. Januar 2025 auszusetzen.

Die deutschen Unternehmen seien gegenwärtig nicht nur angesichts der Auswirkungen der Corona-Pandemie, sondern auch durch die Folgen des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs auf die Ukraine „in ungeahnter Weise belastet“, schreibt die Unionsfraktion: „In einer Zeit, in der diese Verwerfungen schon jetzt zu tiefgreifenden Lieferkettenstörungen führen, bedarf es umso mehr eines regulatorischen Innehaltens und einer Aussetzung der Anwendung des LkSG.“ Das Lieferkettengesetz verpflichtet alle in Deutschland ansässigen Unternehmen dazu, den Schutz der Umwelt, von Menschen- und Kinderrechte entlang globaler Lieferketten zu verbessern.

Angespannte Lage „Die deutsche Wirtschaft ist eine andere, als im Juli letzten Jahres, deswegen brauchen wir jetzt auch eine andere Politik“, sagte der CDU-Abgeordnete Maximilian Mörseburg am Donnerstagabend in der Debatte zum Antrag. In der ohnehin wirtschaftlich angespannten Lage dürfe die Politik nicht „das Lüftchen sein“, dass die Unternehmen über die Klippe gehen lasse, so Mörseburg. Deutli-

cher Widerspruch kam von Bernd Rützel, SPD: „Menschenrechte sind nicht abhängig von irgendwelchen Situationen, sie sind nicht abhängig von irgendwelchen Großwetterlagen.“ Man habe den Unternehmen genug Zeit eingeräumt, sich auf den Start des Gesetzes vorzubereiten.

Nachweis nicht erbracht Auch für Bündnis 90/Die Grünen war die Sorgfaltspflicht unverhandelbar: „Ein wirksames Lieferkettengesetz schützt Menschen und Umwelt, aber auch die ehrlichen Unternehmen in unserem Land, die sich vielfach auch ohne gesetzliche Vorgaben bereits an Standards halten“, sagte Maik Aufsenдорf. Carl-Julius Cronenberg (FDP) erinnerte daran, dass es CSU-Minister Gerd Müller war, der „lautstark“ dafür geworben habe, das Lieferkettengesetz auf den Weg zu bringen. Auch die Fraktion Die Linke lehnte eine Verschiebung ab: „Allein die Tatsache, dass aktuell nur ein Prozent der Betriebe sicher den Nachweis erbringen kann, dass ihre Lieferketten sauber sind, macht überdeutlich, warum dieses Gesetz nötig ist“, sagte Bernd Riexinger.

Die AfD-Fraktion sprach sich gegen das Gesetz als Ganzes aus. Der Abgeordnete Markus Frohnmaier nannte es „asozial“: „Mit diesem Lieferkettengesetz sollen ausschließlich deutsche Unternehmen weiter belastet werden“, so Frohnmaier. Nach der Debatte wurde der Antrag zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Arbeit und Soziales überwiesen.

emu



Das Gesetz soll auch Kinderarbeit eindämmen. © picture alliance / ASSOCIATED PRESS | Ebrahim Norooz



Bundelandwirtschaftsminister Cem Özdemir (links) beim Besuch eines Schweinehaltungsbetriebes im Landkreis Celle im April dieses Jahres

© picture-alliance/dpa/Moritz Frankenberg

Ein erster Schritt

TIERWOHL Minister Cem Özdemir stellt Gesetz für staatliches Tierhaltungskennzeichen vor

Wir müssen endlich loslegen“, mit diesen Worten stellte Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir (Grüne) seinen Gesetzentwurf (20/4822) für ein staatliches Tierhaltungskennzeichen am vergangenen Donnerstag im Bundestag vor. Der Minister bezeichnete die verbindliche Tierhaltungskennzeichnung als „notwendigen ersten Schritt“, dem weitere folgen würden. Ziel der Agrarpolitik der Bundesregierung sei der Umbau der Nutztierhaltung, damit landwirtschaftliche Betriebe eine Zukunft hätten, erklärte Özdemir in der ersten Lesung des Gesetzesentwurfs.

»Der Umbau der Tierhaltung ist ein Marathon, das Gesetz ist der erste Schritt«

Cem Özdemir, Bundesagrarminister (Grüne)

Nach jahrelangen Debatten hat das Bundeskabinett im Oktober den Entwurf aus dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) auf den Weg gebracht, wonach ein verpflichtendes Kennzeichen für die Schweinehaltung ab 2023 starten soll – vorerst allerdings nur bezogen auf frisches Schweinefleisch. Schrittweise sollen weitere Bereiche wie Gastronomie und Außer-Haus-Verpflegung sowie Tierarten wie Rinder und Geflügel dazukommen. Vorgesehen ist ein Modell

mit fünf Haltungskategorien während der Mast: Stall, Stall und Platz, Frischluftstall, Auslauf/Freiland sowie Bio. Fleisch aus dem Ausland soll auf freiwilliger Basis gekennzeichnet werden können.

„Jetzt ist es Zeit für den nächsten großen Schritt, sonst gebe es künftig nur noch Fleisch aus dem Ausland“, sagte Özdemir. Dort würden Tiere jedoch nicht besser gehalten. Sein schrittweises Vorgehen sei auch den Erfahrungen der letzten 16 Jahre geschuldet, so Özdemir, „alles auf einmal“ habe beim Umbau der Tierhaltung nicht umgesetzt werden können.

Für die Pläne ermet Özdemir heftige Kritik, nicht nur Landwirte, Verbände, der Handel sowie Umweltschützer, auch Oppositionsparteien laufen Sturm gegen den Entwurf. „Für

das Gesetz gibt es die Schulnote fünf“, sagte Albert Stegmann (CDU). Ihm fehle ein Gesamtkonzept beim Umbau der Nutztierhaltung. Das hatte die Borchert-Kommission nach seiner Überzeugung jedoch bereits im Jahr 2020 vorgelegt, allerdings sei die Finanzierung von der FDP „weggesprengt“ worden. Die von Özdemir in Aussicht gestellten 150 Millionen Euro pro Jahr reichten laut Stegmann „bei weitem nicht aus“.

Sein Fraktionskollege Max Straubinger (CSU) sprach von „Schiffbruch“, den die deutschen Tierhalter erleiden würden. Mit dem in dieser Form vorliegenden Entwurf werde es zu massiven Schließungen landwirtschaftlicher Betriebe kommen. Auch Stephan Protschka (AfD) sieht vor allem den Bestand deutscher Schweinehalter bedroht. Das geplante Tierkennzeichen habe weder für die Verbraucher noch für die Tiere Vorteile, so der Abgeordnete. Lediglich die Mast der Tiere werde bewertet, die Herkunft und die Aufzucht bleibe im Dunkeln. Das Gesetz komme zudem „zum denkbar ungünstigsten Zeitpunkt“, weil sich die Lebensmittelpreise durch steigende Energiekosten und zweistellige Inflationsraten aktuell immer weiter verteuerten.

Zustimmung Ina Latendorf (Die Linke) begrüßte zwar die Gesetzesinitiative, doch aus ihrer Sicht sei eine Anpassung der Tierschutzgesetzgebung und der Nutztierhaltungsverordnung nötig. Die Anhebung des gesetzlichen Mindeststandards für alle Tierarten „ist längst überfällig“, so Latendorf. Zudem bemängelte sie, dass „konkrete Termine für die Erweiterung der Kennzeichnungspflicht für verarbeitete Produkte und weitere Tierarten“ fehlten.

Um von Anfang an Klarheit beim Umbau der Tierställe zu bekommen, fordert Carina Konrad (FDP), dass alle notwendigen Änderungen im Bau- und Immissionsschutzrecht

parallel zu den Beratungen zum Tierwohlkennzeichen laufen müssten. Neben dem Tierwohl stehe schließlich auch die Zukunftsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe in diesem Land auf dem Spiel. Es sei zwar zu begrüßen, dass die Bundesbauministerin bereits signalisiert habe, die Anliegen der Landwirte zu berücksichtigen, doch nun gehe es darum, „Worten Taten folgen zu lassen“.

Susanne Mittag (SPD) sprach von „einem guten Tag für die Tierhaltung“, da nun der erste Schritt hin zu tierwohlgerechteren Haltungformen getan sei. Innerhalb der

nächsten Monate würden weitere Pläne vorgestellt. Die Tierhaltung werde durch einheitliche staatliche Vorgaben „besser kontrollierbar und transparenter“, sagte Mittag. Gleichwohl räumte sie „Nachbesserungsbedarf“ ein, allerdings seien die „Verhandlungen dazu innerhalb der Ampel längst im Gange“.

Europaweit Renate Künast (Grüne) stellte sich demonstrativ hinter die Pläne Özdemirs. Mit der staatlichen Tierhaltungskennzeichnung werde „der erste Schritt für ein neues System in der Tierhaltung gemacht“, so die frühere Agrarministerin. Sie sei überzeugt, dass nicht nur der Grundstein für den Umbau der deutschen, sondern auch der europäischen Tierhaltung gelegt worden sei. Das nun vorliegende Gesetz müsse nun durch die Notifizierung der Europäischen Union in Brüssel, so die Grüne. Danach gehe es durch die parlamentarische Beratung. Anschließend werde „Verordnung für Verordnung kommen“. Als nächster Schritt stehe die Ausweitung der Kennzeichnungspflicht an. Ihrer Meinung nach seien Tempo und Entschlossenheit gefragt. Der Entwurf der Bundesregierung sowie der AfD-Antrag mit dem Titel „Eine transparente Herkunftskennzeichnung als Voraussetzung für eine freie und mündige Kaufentscheidung“ (20/4889) wurden zur weiteren Beratung an den zuständigen Ausschuss überwiesen. *Nina Jeglinski*

> STICHWORT

Schweinehaltung in Deutschland

> **Zahl der Tiere** In Deutschland werden 22,3 Millionen Schweine gehalten.

> **Betriebe** Die Zahl der Schweinehalter ist seit Jahren rückläufig, derzeit existieren noch 17.900 Betriebe. 1990 waren es 123.500 und 1980 etwa 511.215.

> **Umbau** Nach Berechnungen der Borchert-Kommission sind dafür zwischen 1,2 bis 3,6 Milliarden Euro pro Jahr nötig. Der Wissenschaftliche Beirat des BMEL kam 2015 auf drei bis fünf Milliarden Euro pro Jahr.

KURZ NOTIERT

Neue Richtlinie für Breitbandförderung gefordert

Der Bundestag hat erstmals über einen Antrag der Unionsfraktion (20/4877) debattiert, in dem diese fordert, unverzüglich den Entwurf einer neuen Breitband-Förderlinie auszuarbeiten und den Beteiligten in den Ländern und Kommunen vorzustellen. Zudem solle ein Zeithorizont mitgeteilt werden, bis wann diese voraussichtlich in Kraft trete. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Digitalausschuss überwiesen. *Ibr*

Umwandlungsgesetz nicht abgestimmt

Der Bundestag hat vergangene Woche auf einen Beschluss zum Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Umsetzung der Umwandlungsrichtlinie (20/3822) verzichtet. Stattdessen wurde die Vorlage an den Rechtsausschuss zurücküberwiesen. Hintergrund der Rücküberweisung war, dass der zuständige Ausschuss des Bundesrates der Fristverkürzungsbitten des Bundestages nicht zugestimmt hatte und das Gesetz nicht vor Februar 2023 in der Länderkammer abschließend beraten wird. Da das Gesetz aber zum 31. Januar in Kraft treten sollte, wäre durch den einseitigen Beschluss des Bundestages ein verfassungsrechtliches Risiko entstanden.

Union dringt auf Übergangsregelung beim Umweltbonus

Die Unionsfraktion fordert mit einem Antrag (20/4879) eine Übergangsregelung beim Umweltbonus. Verbraucher, die ein E-Auto bestellt haben, sollen noch bis Juni 2023 Förderung in der bisherigen Höhe beantragen können. Hintergrund sind die ab Januar geltenden neue Richtlinien zur Förderung von Elektrofahrzeugen. Danach sollen Plug-in-Hybride den Umweltbonus nicht mehr erhalten, für Stromer sind reduzierte Fördersätze vorgesehen. Der Antrag wurde in den Wirtschaftsausschuss überwiesen. *sas*

Mehr Geld für den Ausbau des ÖPNV

VERKEHR Die Bundesländer erhalten in diesem Jahr vom Bund eine Milliarde Euro mehr an Regionalisierungsmitteln für den Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Zudem steigt ab 2023 die jährliche Dynamisierungsrate der Regionalisierungsmittel von 1,8 Prozent auf drei Prozent. Bis 2031 erhöhen sich die Regionalisierungsmittel des Bundes so um 17,3 Milliarden Euro. Den entsprechenden Gesetzentwurf (20/4684) der Koalitionsfraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP zur Novellierung des Regionalisierungsgesetzes verabschiedete der Bundestag am vergangenen Donnerstag in zweiter und dritter Lesung gemäß einer Beschlussempfehlung des Verkehrsausschusses (20/4872).

Die Erhöhung der Regionalisierungsmittel soll einerseits der Abfederung von Preissteigerungen infolge des Ukrainekrieges dienen. Zudem soll der ÖPNV als umweltfreundlicher Verkehrsträger gestärkt und wettbewerbsfähiger werden.

Während die CDU/CSU- und die AfD-Fraktion gegen die Gesetzesnovelle stimmten, votierte die Linksfraktion dafür. Allerdings bezweifeln alle drei Oppositionsfraktionen, dass die erhöhten Regionalisierungsmittel für einen Ausbau des ÖPNV ausreichen werden. Damit könne allenfalls der Bestand erhalten werden, monierte Michael Donth (CDU). Einen Entschließungsantrag der Union (20/4904) für eine weitere Erhöhung der Regionalisierungsmittel lehnte der Bundestag aber mit den Stimmen der Koalition ab. Ebenfalls abgelehnt wurde eine Entschließungsantrag der AfD (20/4900), der gemäß der Kritik des Bundesrechnungshofes an der Erhöhung der Regionalisierungsmittel eine Ermittlung des Finanzierungsbedarfes für den künftigen ÖPNV einfordert.

Überlagert wurde die Debatte durch die Diskussion um das sogenannte 49-Euro-Ticket, das im April 2023 eingeführt werden soll. Unter dem Namen „Deutschlandticket“ soll es zur bundesweiten Benutzung des ÖPNV für 49 Euro pro Monat berechtigen. Bund und Länder hatten sich darauf geeinigt, die Kosten von geschätzt drei Milliarden Euro hälftig zu teilen. Die Finanzierung des Deutschlandtickets ist noch nicht in der Erhöhung der Regionalisierungsmittel enthalten. Dafür will die Koalition ein weiteres Gesetz einbringen. Doch in der Koalition scheinen noch nicht alle Fragen geklärt zu sein. So kündigte Nyke Slawik (Grüne) an, über die Ausgestaltung des Tickets, „beispielsweise über die barrierefreie analoge Ticketoption zusätzlich zur digitalen, über die Mitnahme von Kindern und Jugendlichen auf dem Ticket und über Lösungen für Menschen, für die 49 Euro noch immer zu teuer sind“, müsse noch verhandelt werden. *aw*

Metaverse: Zwischen Chancen und Hype

INTERNET Was auf das heutige Internet folgen könnte, ist in einer Anhörung im Digitalausschuss vor allem auf eins gestoßen: Skepsis

Anfang Dezember ließ der Facebook-Konzern Meta verlautbaren, dass der Technologieriese massiv in Forschung zum sogenannten „Metaverse“ investieren will: 2,5 Millionen Dollar Fördergelder sollen allein für europäische Universitäten bereitgestellt werden. Aus Deutschland ist die Hochschule Magdeburg-Stendal dabei. Mit dem Metaverse und dem Web3 sind Konzepte zur Weiterentwicklung des Internets auf Basis von Blockchain-Anwendungen, wie Kryptowährungen oder Avataren verbunden. Die Chancen und Risiken des möglichen Nachfolgers des Internets in 3D, auf das mittels Augmented Reality (AR) und Virtual Reality (VR) zugegriffen werden können soll, beschäftigten den Digitalausschuss vergangene Woche in einer Expertenanhörung. Dabei wurden mehrheitlich kritische Töne laut: Während einige der neun Sachverständigen die Potenziale hervorhoben, sprach die Mehrheit von einem „Hype“, der von der Angst getrieben sei, den Anschluss zu verpassen.

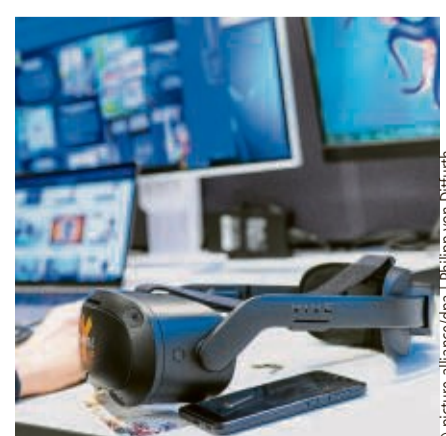
Sebastian Klöß (Bitkom e.V.) verwies darauf, die aktuellen Entwicklungen nicht in „überbordenden Bedenken“ zu ersticken. Die Anwendungsmöglichkeiten und Potenziale des Metaverse seien riesig, auch mit Blick auf den Industriesektor. Web3 und Metaverse böten große Chancen, dass Nut-

zer Inhalte selbst besitzen, kontrollieren und monetarisieren, sagte Klöß.

Forschung stärken Dass die Sichtbarkeit gesteigert werden müsse, betonte Philipp A. Rauschnabel von der Universität der Bundeswehr München. Er plädierte dafür, die Forschung dazu zu stärken. Im Unterschied zum Web3 werde das Metaverse Prozesse sichtbar verändern, sagte Rauschnabel – in absehbarer Zeit werde aber nicht das bisherige Internet ersetzt, sondern vielmehr das Bestehende erweitert oder ergänzt, stellte er klar. Wir seien es gewohnt, im dreidimensionalen Raum zu interagieren, deswegen würden Nutzer im Metaverse mehr „tauchen“ als „surfen“, da man Teil dessen sei, so Rauschnabel.

Der Journalist Ludwig Siegle (The Economist) sprach im Kontext des Metaverse von einem „Buzzword“, das über den Atlantik gewandert sei und warnte davor, die Pläne von Meta zu ernst zu nehmen – gleichzeitig fehle in Deutschland eine Debatte darüber, wie die digitale Wirtschaft der Zukunft aussehen soll. Grundsätzlich werde deutlich, dass ein neuer ökonomischer Raum entstehe, der immer wichtiger werde. Um europäische Werte durchzusetzen, müssten Lösungen gefunden werden, die technisch einen „dritten Weg“ darstellten und bei de-

nen Blockchain helfen könne, sagte er. Dass die Blockchain als dauerhaftes Speichermedium inkompatibel mit der EU-Grundrechtecharta und der Datenschutz-Grundverordnung sei, betonte Malte Engeler, Richter am Verwaltungsgericht Schleswig-Holstein. Ein zentraler Kritikpunkt sei die Einführung der Kategorie „Eigentum“ etwa in Bezug auf personenbezogene Daten. In diesem Kontext nannte Engeler auch das Recht auf Vergessenwerden, das mit der Blockchain-Technologie nicht ver-



Virtual Reality-Brillen sind ein Baustein für das Metaverse.

einbar sei, da Einträge nur ergänzt, aber nicht gelöscht werden können. Probleme beim Konzept des Eigentums an den eigenen Daten sprach auch die Sachverständige Molly White (Library Innovation Lab Harvard University) an. In einer Blockchain gespeicherte Nutzerdaten seien dadurch noch mehr Marketingfirmen und Datenanalyse-Unternehmen zugänglich, sagte sie. Die Machtverteilung bei Blockchain-Projekten bleibe enorm zentralisiert.

Gerechteres Internet? Informatikprofessor Boris Hollas von der HTW Dresden betonte, dass mit dem Web3 Hoffnungen, unter anderem auf ein „besseres und gerechteres“ Internet verbunden seien. Wie dies technisch funktionieren solle, sei jedoch unklar. Die Blockchain-Technologie benötige viel Speicherplatz, Bandbreite und Rechenleistung, da sämtliche Daten in der Blockchain gespeichert würden. „Für globales Internet ist die Blockchain denkbar ungeeignet“, sagte Hollas hinsichtlich der Skalierbarkeit. Für kleine Datenmengen funktioniere sie hingegen gut. Sehr kritisch äußerte sich auch Jürgen Geuter (Art+Com und Otherwise Network), der von „hyperkapitalistischen Strukturen“ sprach. Über Blockchain werde bereits seit 14 Jahren gesprochen und trotzdem hätten

die Verfechter nichts vorzuweisen. Das Internet habe „mehr Ernsthaftigkeit verdient“, sagte Geuter. Der digitale Raum müsse verteidigt und gestaltet werden, bestehende Regelwerke müssten angewandt und das partizipative Internet gefördert werden, lautete seine Einschätzung. Auch Softwareentwicklerin Lilith Wittmann betonte, dass die Blockchain-Technik insbesondere in Kombination mit personenbezogenen Daten eine „lange Liste von Risiken“ berge. Sie verwies auf den überschaubaren Nutzen von Blockchain-Projekten und kritisierte, dass Deutschland „der Innovation wegen“ signifikant in diese investiere. Nicht oder zu wenig berücksichtigt würden dabei soziale Auswirkungen der Technologie.

In Web3, Metaverse und Kryptowährungen sah auch Elizabeth Renieris (Hacklawyer, Oxford Institut für Ethics in Artificial Intelligence) Herausforderungen für Menschenrechte und Ethik. Es bestehe etwa die Gefahr, dass die kommerzielle Ausbeutung von Individuen durch digitale Interaktionen wie etwa durch intelligente Verträge (Smart Contracts) verschärft werde, sagte Renieris. Sie verwies auf die Notwendigkeit einer barrierefreien Gestaltung von virtuellen Räumen, um Inklusion und Zugänglichkeit zu fördern. *Lisa Brübler*

Vor den 27 Staats- und Regierungschefs der EU-Länder liegt ein „busy day“, hatte EU-Ratspräsident Charles Michel zum Auftakt des EU-Gipfels am vergangenen Donnerstag getwittert und damit nicht übertrieben: Denn tatsächlich war die Liste der Probleme, für die es eine einvernehmliche Lösung zu finden galt, lang: Ein milliardenschweres Hilfspaket für die Ukraine, neue Sanktionen gegen Russland, die Erweiterung der EU und des Schengen-Raums und nicht zuletzt das Dauerstreitthema Gaspreisdeckel, um nur die wichtigsten zu nennen. Am Ende des Gipfels, der trotz voller Agenda früher als erwartet bereits am Abend zu Ende ging, zeigten sich die Staats- und Regierungschefs demonstrativ geschlossen. Darauf hatten sie die tschechische Ratspräsidentschaft und vor allem der Ratspräsident auch eingeschworen: „Wir müssen es schaffen zu zeigen, dass wir geeint sind“, so Michel noch am Donnerstagmorgen.

Zumindest teilweise scheint die Bitte beherzigt worden zu sein: Die EU beschloss einstimmig weitere Hilfen für die Ukraine und ein neues Sanktionspaket gegen Russland (zu weiteren Ergebnissen des Gipfels siehe auch Seite 1). Beide Beschlüsse hatten Polen und Ungarn zunächst blockiert, um eigene Interessen durchzusetzen – am Ende ohne Erfolg: Ungarn muss weiterhin auf 6,3 Milliarden Euro aus dem EU-Haushalt wegen Verstößen gegen die rechtsstaatlichen Normen verzichten. Einen „Megadeal“ rühmte der tschechische Ministerpräsident Petr Fiala dieses Verhandlungsergebnis. Und auch Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) war ein „seltener Moment der Zufriedenheit“ vergönnt, wie er anschließend bekannte. Die EU hatte sich auf die Umsetzung einer globalen Mindeststeuer geeinigt, ein „Herzensprojekt“ des Kanzlers.

Doch wichtige Fragen blieben offen. Verschieben wurde die Diskussion über den Gaspreisdeckel. Dabei hatte sich Scholz zuversichtlich gezeigt, dass eine Einigung der EU-Staaten bei dem Treffen kurz bevorstehe.

„Gegen Großmachtswahn“ Dass es mit dem Streit aber nicht so schnell vorbei sein würde, darauf hatte bereits eine Debatte im Bundestag einen Vorgeschmack gegeben. Von Weihnachtsfrieden war hier noch nicht viel zu spüren. Vor seiner Abreise nach Brüssel hatte der Bundeskanzler am vergangenen Mittwoch im Plenum eine Regierungserklärung zum EU-Treffen, aber auch zum davor stattfindenden ersten EU-Südostasien-Gipfel abgegeben und dabei die Handlungsfähigkeit sowohl der EU als auch der von ihm geführten Ampel-Koalition hervorgehoben. Doch die Opposition sah entscheidende Versäumnisse, doch dazu später mehr.

Putin habe sich „fundamental verrechnet“, sagte Scholz zum Beginn seiner Rede. Er habe Europa und den Westen für „zu uneinig gehalten, um der Ukraine wirksam zu helfen“. Die EU aber widersetze sich seinem „Großmachtswahn und Imperialismus“. In der Unterstützung der Ukrainer werde man jedenfalls nicht nachlassen: „Finanziell, humanitär und auch mit Waffen“ werde Deutschland dem Land so lange weiter helfen, wie es erforderlich sei, bekräftigte der Kanzler.

Putin sei aber auch gescheitert in dem Bestreben, Energie als Druckmittel einzusetzen. Er habe geglaubt, er könne „Europas Solidarität austrocknen, indem er uns den Gashahn zudreht. Aber kein einziger von Putins Plänen ist aufgegangen“. Nie zuvor habe man ein EU in Energiefragen so eng zusammengearbeitet – ob bei Energieparzielen, der Abfederung von hohen Strompreisen oder dem gemeinsamen Einkauf von Gas, man handele zusammen.



Streit vorm Weihnachtsfest

EU-GIPFEL Scholz lobt in seiner Regierungserklärung die Einigkeit Europas und Deutschlands Hilfen für die Ukraine. Opposition sieht Kanzler isoliert

Auf dem Weg nach Brüssel: Bundeskanzler Olaf Scholz nach seiner Regierungserklärung im Bundestag © picture-alliance/dpa/Kay Nietfeld

Mit Stolz verwies Scholz auch auf die Eröffnung des ersten schwimmenden Flüssiggas-Terminals. Viele hätten daran gezweifelt, dass dies noch in diesem Jahr gelingen würde. Doch es habe geklappt.

Für die Opposition ist das nicht genug. Zwar teile er die Einschätzung des Kanzlers zum Ukrainekrieg, räumte Oppositionsführer Friedrich Merz zu Beginn seiner Rede ein, warf Scholz aber vor, Schützenpanzer und Kampfpanzern vorzuenthalten. Der Kanzler verstecke sich hinter den Nato-Partnern, die angeblich auch nicht liefern wollen. Doch das stimme nicht, so Merz. Es liege an Scholz „persönlich“, dass die Ukraine diese Hilfe nicht erhalte.

„Einzelgänger in der EU“ Auch Versäumnisse in der EU-Politik kritisierte Merz: Die deutsch-französischen Beziehungen seien „tief gestört“. Beobachter sähen den Kanzler vor dem Gipfel isoliert, bezeichneten ihn als „Einzelgänger in der EU-Politik“. Ein Vorwurf, den Katharina Dröge (Grüne) sofort parierte: Die EU gespalten und

Deutschlands Ruf geschadet habe doch in der Vergangenheit vor allem der Kurs der „elenden Austeritätspolitik“ des früheren Bundesfinanzministers Wolfgang Schäuble (CDU), meinte sie und hielt der Union vor, sich in die „Populismusopposition“ zurückgezogen zu haben. Deutschland und die EU dagegen handelten, sagte Dröge unter anderem mit Blick auf neue Sanktionen gegen Russland.

Für ein Ende der Sanktionen gegen Russland sprach sich hingegen Tino Chrupalla (AfD) aus: Deutschland als Land ohne Rohstoffe und mit hoher Inflation könne es sich nicht erlauben, „ständig wirtschaftliche Sanktionen im Namen einer feministischen Außenpolitik“ zu verhängen. Das schade dem Land und seinen Bürgern. Auch Dietmar Bartsch (Linke) ging die Bundesregierung wegen ihrer Rolle in der EU hart an: Europäischen Lösungen für Inflation und Energiekrise suche man vergebens. Das liege am mangelnden Engagement der Bundesregierung. Ob gemeinsame Gasinkäufe, Gaspreisbremse oder

Übergewinnsteuer – Deutschland mache zu wenig. „Ich sehe nur ein Maximum an Selbstgerechtigkeit“, sagte Bartsch. Solche Kritik wies Achim Post (SPD) strikt zurück: Die Bundesregierung agiere entschlossen – in Europa und in Deutschland. Post verwies als Beispiel auf die bisherigen Entlastungspakete und die 200 Milliarden Euro zur Deckelung der Energiepreise. In Europa reagiere man mit neun Sanktionspaketen auf den Angriffskrieg Russlands. Das seien Sanktionen, „die es so noch nie gegeben“ habe. Auch bei der EU-Erweiterung bilanzierte Post: Nach Jahren der Stagnation treibe Scholz die Integration des westlichen Balkans voran.

Auch Christian Dürr (FDP) wollte sich sichtlich ungenügend verhalten lassen – vor allem nicht beim Thema Freihandel. Die Bundesregierung positioniere sich eindeutig. Man wolle vorangehen mit Mercosur und einen Neustart des Freihandelsabkommens mit den USA, stellte Dürr klar. „Schauen sie hin, was wir machen“, forderte der Liberale. Sandra Schmid

Die Taliban fehlten auf dem Petersberg

ENQUETE Versäumnisse zum Beginn des Afghanistaneinsatzes

Grundlegende Fehler des zwei Jahrzehnte dauernden internationalen Afghanistan-Engagements, das im Sommer vergangenen Jahres im Chaos endete, sind bereits ganz am Anfang gemacht worden: So lautete in der vergangenen Woche die Einschätzung der Sachverständigen in der zweiten öffentlichen Anhörung der Enquete-Kommission „Lehren aus Afghanistan für das künftige vernetzte Engagement Deutschlands“. Es wäre besser gewesen, man hätte die Taliban als Konfliktpartei an dem Neuaufbau ihres Landes beteiligt und zu der Petersberger Konferenz in Deutschland Ende November 2001 eingeladen, alle Konfliktparteien konsequent entwaffnet, echte demokratische Strukturen zugelassen und die Zivilgesellschaft stärker einbezogen, darin waren sich die Expertinnen und Experten einig. Die Bedingungen und Versäumnisse zu Beginn der Afghanistan-Mission, rund um die Petersberger Konferenz (vom 27. November bis 5. Dezember 2001), sowie die Wahrnehmung des internationalen Eingreifens seitens der afghanischen Bevölkerung und Zivilgesellschaft standen im Mittelpunkt der Anhörung.

Wiederaufstieg Die afghanische Politikerin und Frauenrechtlerin Habiba Sarabi bezeichnete den Ausschluss der Taliban als „größten Fehler“. Damit sei die Grundlage für deren militanten Wiederaufstieg gelegt worden. Hätte man sie einbezogen, wären sie nicht in den bewaffneten Widerstand ge-

gangen die Nato-Koalition gegangen. Wäre eine Modernisierung des Landes das Ziel gewesen, hätte man zudem größeres Gewicht auf Recht und Gesetze legen müssen. Stattdessen sei der Loja Dschirga, als einendes Organ, das die Verfassung hervorbringe, „zu viel Aufmerksamkeit“ geschenkt worden.

Thomas Rüttig (Afghanistan-Analysts Network) bezeichnete es neben dem „Geburtsfehler“ des Afghanistan-Engagements, die Taliban auszuschließen, als einen „strategischen Fehler“, Repräsentanten der Zivilgesellschaft einen „Platz am runden Tisch des Hauptforums auf dem Petersberg verweigert“ und sie „nicht von Anfang an als selbständige Akteure in die Umsetzung der Bonner Vereinbarungen und die entstehende Interimsregierung eingebunden“ zu haben.

Susanne Schmeidl von der Schweizerischen Friedensstiftung Swisspeace erinnerte daran, dass es im Herbst 2001 nur wenige Tage Zeit gegeben habe, ein breites und repräsentatives Spektrum an Vertretern und Organisationen aus Afghanistan einzuladen. In dieser knappen Zeit hätte man längst nicht alle erreichen, geschweige denn nach Bonn bringen können. Schmeidl kam auch auf den Versuch des Demokratieexports zu sprechen: Statt die Petersberger Konferenz als Startschuss für einen „von unten“ inspirierten Staatsaufbau zu nutzen, sei später ein „Staat von oben nach unten“ aufgebaut worden, ein zentralistisches System, das der Vielfalt der provinziellen Machtzentren Afghanistans nicht gerecht geworden sei. Lucas Lyp

Unterstützung für Moldaus EU-Kurs

AUSWÄRTIGES Sorge wegen Abhängigkeit von Russland

Die Koalitionsfraktionen von SPD, Grünen und FDP setzen sich für die andauernde Unterstützung des EU-Beitrittskandidaten Moldau ein und haben dazu einen Antrag (20/4332) vorgelegt, den der Bundestag vergangene Woche mit ihren Stimmen und jenen der Union gegen die Stimmen der AfD bei Enthaltung der Linken angenommen hat.

Die Sorgen Moldaus angesichts des russischen Angriffskriegs im Nachbarland Ukraine seien begründet und nachvollziehbar, heißt es in der Vorlage. Gleichzeitig habe das Land seit der Wahl Maia Sandus zur Staatspräsidentin 2020 die Forderungen aus der Bevölkerung nach demokratischen und rechtsstaatlichen Reformen und einer Überwindung von Korruption und Vetterwirtschaft aufgegriffen, „einen mutigen und ambitionierten Reformkurs eingeschlagen und sich der Europäischen Union weiter angenähert“. Neben der andauernden Unterstützung der EU-Beitrittsperspektive soll die Bundesregierung Moldau direkte, zweckgebundene Budgethilfen für die Überwindung kurzfristiger Herausforderungen – Stichwort Energieabhängigkeit von Russland – in Aussicht stellen. Weitere Forderungen zielen unter anderem auf den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, die Mobilisierung von Investitionen sowie auf die Hilfe für Geflüchtete in Moldau und hier insbesondere den Schutz von Frauen und Kindern.

Merle Spellerberg (Grüne) argumentierte, dass Russland das Land mit seiner Energieabhängigkeit erpresse. „In Moldau versucht

Russland einen weiteren Krisenherd in Europa zu schaffen und unsere Solidarität zu testen.“ Knut Abraham (CDU) nannte den EU-Kandidatenstatus für das Land eine „epochale Entscheidung“. Nötig seien nun Zwischenschritte, etwa der schrittweise Zugang zum EU-Binnenmarkt. Eine „zweite Hängepartie“ wie beim Westbalkan dürfe es nicht geben. Johannes Schrap (SPD) hob hervor, dass alternative Verbindungen zwischen Moldau und Rumänien, zwischen EU und Moldau von EU-Seite weiter ausgebaut werden müssen, um die große Abhängigkeit von russischen Energieerzeugern langfristig abzubauen. Anikó Glogowski-Merten (FDP) sprach von der notwendigen Unterstützung „allierter, moderner und demokratischer Gesellschaften“ wie in Moldau, „die sich den oligarchischen Strukturen eines rückwärtsgegangenen Putinismus“ widersetzen.

Neutralität Kritik kam von AfD und Linken, sie verwiesen auf eine Gefährdung der Neutralität des Landes durch EU-Kurs und etwaige Nato-Perspektive. Matthias Moosdorf (AfD) sagte, die EU treibe Moldau „mit einer Schwarz-Weiß-Politik in den Blackout, in eine Schuldenfalle und eigentlich sogar in den Krieg.“ Sevim Dagdelen (Die Linke) begrüßte die geplanten Budgethilfen für Moldau, kritisierte aber den Anschluss an den EU-Militärpakt: Dies fördere Fliehkräfte in dem Land und sei Zeichen einer „Außenpolitik, die sich im Feuerlöscherzeug wähnt und zugleich mit Benzin hantiert.“ ahe

»Was im Iran gerade passiert, ist historisch«

NAHOST Abgeordnete stellen sich an die Seite der Protestbewegung. Ein Antrag der Union findet keine Mehrheit

Die Unionsfraktion ist mit ihrer Forderung nach einer entschlosseneren Unterstützung der iranischen Protestbewegung gescheitert. Ihr Antrag (20/3930) wurde vergangenen Donnerstag mit dem Votum der übrigen Fraktionen von SPD, Grünen, FDP, AfD und Die Linke im Plenum abgelehnt.

Die Abgeordneten hatten die Bundesregierung unter anderem aufgefordert, sich für die Einberufung eines Sonderrates der EU zur Lage im Iran einzusetzen und die Maßnahmen und Mittel zur Unterstützung der Protestbewegung und der iranischen Bevölkerung auszuweiten – so etwa durch Zugang zu verschlüsselter Telefonie, Internet und Satellitenkommunikation. Weitere Forderungen zielten auf eine Ausweitung der EU-Sanktionen auf „alle Personen und Organe des iranischen Regimes, die mit der Unterdrückung der aktuellen Proteste befasst beziehungsweise an dieser beteiligt sind“ sowie die EU-weite Listung der iranischen Revolutionsgarden und die Belegung ihrer Mitglieder mit Einreisepässen und Einfrieren von Vermögenswerten.

Die andauernden Proteste in der islamischen Republik Iran böten die „einmalige Chance“, systematische Verbesserungen für die Lage der Frauen und einen gesellschaftlichen Wandel hin zu mehr Freiheitsrechten zu erreichen, begründete die Unionsfraktion

ihren Vorstoß. Es bedürfe jetzt der „tatkraftigen“ Unterstützung der internationalen Staatengemeinschaft, insbesondere Deutschlands und Europas, und einer „echten frauenorientierten Außenpolitik, die die Verbesserung der Lage der Frauen konkret in den Blick“ nehme.

Lama Kaddor (Grüne) kritisierte eine „ideologiegetriebene und unüberlegte Wortklauberei“ der Antragsteller, die den Begriff „feministische Außenpolitik“ „wie der Teufel das Weihwasser“ scheuen würden. Im Iran gehe es um sehr viel mehr. „Neben der Gleichberechtigung von Frauen geht es um nichts weniger als den Protest gegen das Unrechtsregime der Mullahs.“

Johann David Wadeuph (CDU) warf der Bundesregierung vor, dem Anspruch einer feministischen Außenpolitik selbst nicht gerecht zu werden. Sie habe im Fall der ursprünglich vor allem von Frauen im Iran getragenen Proteste zu spät regiert und keine Antwort auf dieses historische Momentum gefunden. Für die Revolutionsgarden gebe es seitens der EU noch immer keine vollständige Sanktionierung und das „Islamische Zentrum“ in Hamburg sei „immer noch Drehscheibe der Spionage und der Auslandsrepression dieses Regimes“.

Derya Türk-Nachbaur (SPD) wandte sich gegen Versuche, die Frauen im Iran zum „Spielball irgendwelcher Parteipolitik“ zu machen. Sie bezeichnete die „willkürlich ausgesprochenen Todesurteile“ und Hinrichtungen von Demonstranten als „Signal der Schwäche und der Angst“ des Mullah-Regimes. Die Entscheidungsträger im Iran hätten das Geld, die Strukturen, einen Überwachungsapparat. „Aber sie haben keine Zukunft. Die Zukunft gehört der Freiheit.“



Solidarität in Berlin mit den Protesten im Iran © picture-alliance/dpa/Christoph Soeber

Eugen Schmidt (AfD) warnte vor einem weiteren Bürgerkrieg in der Region. Deutschland dürfe die Krise nicht anfeuern und müsse mit der iranischen Führung und iranischen Oppositionellen ins Gespräch kommen. Stattdessen zielten Union und Regierungskoalitionen auf den Regimewechsel ab. „Sie haben nichts aus den letzten 20 Jahren misslungener westlicher Interventionspolitik gelernt.“ Rainer Semet (FDP) begrüßte die neuen EU-Sanktionen gegen iranische Verantwortliche, darunter Einreisverbote in die EU und Kontosperrungen. „Mit den Sanktionen treffen wir auch Kommandeure, die die Befehle zu grausamen Taten gegeben haben.“ Die Listen würden fortlaufend ergänzt, die Bundesregierung werde alle Möglichkeiten ausschöpfen, „um Täter zur Verantwortung zu ziehen und die Profiteure des Regimes mit den Sanktionen zu treffen.“

Janine Wissler (Die Linke) lenkte den Blick auf den Generalstreik: „Was im Iran gerade passiert, ist historisch.“ Das Regime reagiere mit äußerster Brutalität, fast 500 Demonstranten seien getötet worden, fast 18.000 festgenommen, es gebe Berichte über Folter und Vergewaltigungen. Die Bundesregierung müsse den diplomatischen Druck auf das Regime erhöhen, die humanitäre Pass- und Visavergabe erleichtern und auf Abschiebungen in den Iran verzichten. ahe/s

Alternative zur Seidenstraße

ENTWICKLUNG Union will Investitionen beschleunigen

Die Europäische Union und die G7 wollen dem wachsenden Einfluss Chinas in Entwicklungs- und Schwellenländern und der chinesischen Investitionsoffensive („Neue Seidenstraße“) mit zwei milliardenschweren Initiativen etwas entgegenzusetzen: Für eine enge Verzahnung dieser Global Gateway-Initiative der Europäischen Kommission und der Partnerschaft für globale Infrastruktur und Investitionen der G7-Staaten setzt sich die Unionsfraktion in einem Antrag (20/4882) ein.

Infrastruktur Wie die Abgeordneten darin ausführen, sollen im Rahmen von Global Gateway der EU zwischen 2021 und 2027 Investitionen in Höhe von bis zu 300 Milliarden Euro für Infrastrukturinvestitionen in Entwicklungsländern mobilisiert werden. Im Rahmen der G7-Partnerschaft für globale Infrastruktur und Investitionen soll zusätzlich eine Summe in etwa gleicher Höhe mobilisiert werden, der besondere Schwerpunkt solle dabei auf nachhaltiger, inklusiver, klimaresistenter und hochwertiger Infrastruktur in Schwellen- und Entwicklungsländern liegen. Vor dem Hintergrund der zunehmenden globalen systemischen Konkurrenz sollten die Initiativen strategisch und zielgerichtet genutzt werden, „um

Partnerländern die Vorteile einer engeren Kooperation mit liberalen Demokratien aufzuzeigen“, schreiben die Abgeordneten.

Sie fordern die Bundesregierung unter anderem auf, „Infrastruktur und Investitionen nicht nur verbal zu unterstützen, sondern baldmöglichst die Finanzierung konkreter Projekte in diese Initiative einzubringen“ und zudem im Rahmen von Global Gateway neue Handelsabkommen mit anderen Wirtschaftsräumen zu forcieren, die zügig ausgehandelt und ratifiziert werden können. Eine weitere Forderung bezieht sich auf den Ausbau von Energiepartnerschaften im Rahmen der beiden Initiativen: „Die technologische Basis für diversifizierte internationale Energiepartnerschaften gilt es zu identifizieren und durch konkrete Technologievorhaben zu unterstützen, etwa mittels Technologien für Solarparks in sonnenreichen Regionen und Umwandlung des Stroms in Ammoniak, Methanol oder eFuels sowie auch die Technologie für entsprechende Infrastrukturen zum Transport nach Deutschland (primär Schiffe).“

Den Antrag der Union hat der Bundestagsplenar vergangenes Freitag in die Ausschüsse zur weiteren Beratung überwiesen. ahe

Katargate

EUROPA Katar und Marokko stehen im Verdacht, sich Einfluss erkaufte zu haben. Der Skandal stürzt das Europaparlament in eine tiefe Krise



Korruptionsvorwürfe gegen Eva Kaili, Ex-Vizepräsidentin des Europaparlaments: Die belgischen Behörden fanden in ihrer Brüsseler Wohnung große Mengen an Bargeld. Die griechische Politikerin beteuerte ihre Unschuld. © picture-alliance/abaca/PA/AA/Belgian Federal Police / Handout

Seit die belgische Polizei am vorletzten Freitag umfangreiche Mengen Bargeld in der Wohnung der mittlerweile abgesetzten Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, Eva Kaili, sichergestellt hat, werden täglich neue Details bekannt über einen Skandal, der das Europäische Parlament in eine der tiefsten Krisen seiner Geschichte stürzt. Parlamentspräsidentin Roberta Metsola kündigte eine gründliche Aufarbeitung der Vorgänge an. „Es wird keine Straflosigkeit geben“, sagte die maltesische Christdemokratin. „Es wird kein Weiter-so wie üblich geben.“ Quer durch die Fraktionen ist die Furcht vor einem massiven Vertrauensverlust groß. „Es sind Einzelpersonen, die mit den Bestechungsvorfällen konfrontiert sind, aber wir sind uns bewusst, dass individuelle Handlungen den Ruf des Parlaments als Ganzes schwer beschädigen“, sagt die innenpolitische Sprecherin der SPD, Birgit Sippel. „Das wirft uns um Jahre zurück“, befürchtet auch Rasmus Andresen, Sprecher der deutschen Grünen im Europäischen Parlament.

Korruption und Geldwäsche Noch ist nicht klar, was wirklich geschah, aber die Anschuldigungen sind massiv. Die belgischen Behörden werfen Kaili, ihrem Lebensgefährten Francesco Giorgi sowie des-

sen früherem Chef, dem ehemaligen Europa-Abgeordneten Antonio Panzeri, und weiteren Verdächtigen Korruption, Geldwäsche und die Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung vor. Länder wie Katar und auch Marokko sollen sich durch hohe Geldsummen Einfluss bei Abstimmungen im Europäischen Parlament erkaufte haben. Kaili streitet die Vorwürfe ab, ebenso das Scheitern Katar. Giorgi hat sich dagegen schuldig bekannt. In Brüssel haben sich filmreife Szenen abgespielt. Die Polizei hat bei Hausdurchsuchungen 1,5 Millionen Euro an Bargeld sichergestellt. In der Wohnung von Kaili und Giorgi fanden die Einsatzkräfte 200-, 100- und 50-Euro-Scheine, „wie sonst bei Drogenhändlern“, beschrieb es ein Ermittler. Weil Kaili auf frischer Tat ertrapt wurde, musste ihre Immunität nicht aufgehoben werden. Im Europäischen Parlament herrscht Entsetzen. Die griechische Sozialdemokratin Kaili galt als dynamisch und temperamentvoll, engagierte sich bei einer Gruppe Abgeordneter, die die Debatte im Parlament beleben wollten. Sie beschäftigte sich mit Technologie-Themen wie Block-

chain und dem digitalen Euro. Nun wird gegen die 44-Jährige ermittelt in einem Fall, wie ihn die EU-Hauptstadt noch nie gesehen hat. Belgische Medien berichten, dass die Geheimdienste von fünf Ländern bereits seit vergangem Jahr an dem Fall arbeiten, in dem nach bisherigem Stand nur Sozialdemokraten verwickelt sind. Der belgische Ministerpräsident Alexander de Croo kritisierte indirekt den Mangel an internen Kontrollmechanismen im EU-Parlament. „Die belgische Justiz macht nun das, was das Europäische Parlament sichtlich nicht getan hat.“ Antikorruptionsexperten sehen die Affäre Kaili als Extrembeispiel, das die Schwachstellen im Europäischen Parlament schonungslos offenlegt. „Dies ist kein Einzelfall“, sagt Michiel van Hulst, Europadirektor der Nicht-Regierungsorganisation Transparency International. „Das Europäische Parlament hat über viele Jahrzehnte zugelassen, dass sich eine Kultur der Straffreiheit entwickelt hat.“ Van Hulst, einst selbst Europa-Abgeordneter, fordert eine Generalüberholung der Lobbyregeln. In einem ersten Schritt haben die Europaabgeordneten am vergangenen Donnerstag

»Es wird keine Straflosigkeit, kein Weiter-so wie üblich geben.«

Roberta Metsola, EU-Parlamentspräsidentin

rekto der Nicht-Regierungsorganisation Transparency International. „Das Europäische Parlament hat über viele Jahrzehnte zugelassen, dass sich eine Kultur der Straffreiheit entwickelt hat.“ Van Hulst, einst selbst Europa-Abgeordneter, fordert eine Generalüberholung der Lobbyregeln. In einem ersten Schritt haben die Europaabgeordneten am vergangenen Donnerstag

Konsequenzen aus dem Skandal gezogen, der in Brüssel unter „Katargate“ läuft – in Anspielung auf den Watergate-Skandal in den USA Anfang der 1970er-Jahre.

Diskussion um Lobbyregeln Neben ersten konkreten Schritten haben die Europa-Abgeordneten beschlossen, einen Sonderausschuss einzusetzen, der Lobbyregeln neu aufsetzen soll. Allerdings ist jetzt schon absehbar, dass es nicht leicht sein wird, einen Konsens dazu herzustellen. Denn bisher besteht nicht einmal innerhalb der Fraktionen Einigkeit, wie weit die Transparenz künftig reichen muss. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Daniel Caspary, hält nichts von weitreichenden Änderungen: „Eine neue Debatte hinsichtlich unserer Transparenzregeln brauchen wir nicht.“ Sein Parteikollege Dennis Radtke fordert dagegen: „Wir müssen dringend überprüfen, ob das Lobbyregister und die Transparenzregeln ausreichen, um die Beeinflussung von Abgeordneten durch Drittstaaten und Interessengruppen auszuschließen.“ Auch die Suche nach konkreten Beispielen für die mögliche Einflussnahme Katar hat begonnen. Die abgesetzte Vizepräsidentin Kaili hatte sich auffallend positiv über den Wüstenstaat geäußert und kurz vor der Fußballweltmeisterschaft im Plenum dessen Reformen gelobt. Sie hatte Katar auch

kurz vor dem Turnier besucht, obwohl eine offizielle Parlamentsdelegation zuvor ausgelassen worden war. Die Vorsitzende des Verkehrsausschusses, die französische Grüne Karima Delli, will nun das Luftfahrtabkommen mit Katar genau überprüfen. Im vergangenen Jahr hatte das Parlament mit Mehrheit entschieden, Katar Zugang zu europäischen Flughäfen zu gewähren, obwohl die Luftfahrtbranche sich massiv dagegen ausgesprochen hatte. Delli möchte nun herausfinden, ob Katar die Entscheidung der Abgeordneten beeinflusst hat. Die Ratifizierung des Abkommens steht noch aus. Alle Katar betreffenden Entscheidungen hat das Parlament ausgesetzt. Eine Delegationsreise dorthin wurde abgesagt. Marokko ist erst in einem zweiten Schritt in den Fokus gerückt. Im EU-Parlament ist allerdings schon aufgefallen, dass Marokko schon lange nicht mehr in einer Entscheidung negativ erwähnt wurde. Die Arbeit des Unterausschusses für Menschenrechte dürfte deshalb in den kommenden Wochen stärker ins Visier geraten. Er wurde Jahre lang von Antonio Panzeri geleitet, ge-

gen den die Polizei genauso ermittelt wie gegen seine Frau und Tochter. Kailis Lebensgefährtin war lange Assistent Panzeris und hatte die NGO „Fight Impunity“ gegründet, die im Mittelpunkt der Ermittlungen steht. Die derzeitige Vorsitzende des Unterausschusses, die belgische Sozialistin Maria Arena, lässt das Amt vorübergehend ruhen.

Auch die Freundschaftsgruppen, informelle Zusammenschlüsse von Abgeordneten, die Kontakte mit Drittländern pflegen, werden mehr Aufmerksamkeit genießen. Bisher operieren sie in einer Grauzone, weil sie nicht Rechenschaft ablegen müssen. Antikorruptionsexperten halten es für wichtig, dass es künftig abschreckende Maßnahmen gibt, damit sich Europa-Abgeordnete gar nicht erst auf Bestechung einlassen. Katargate dürfte nicht der letzte Korruptionsfall im Europäischen Parlament bleiben, befürchten Beobachter. „Es ist keine Frage des Ob, sondern nur eine Frage des Wann“, sagt Vitor Teixeira von Transparency International. *Silke Wettach*

Die Autorin ist Korrespondentin der „Wirtschaftswoche“ in Brüssel.

»Das EU-Parlament hat eine Kultur der Straffreiheit zugelassen.«

Michiel van Hulst, Transparency International

FÜNF FRAGEN ZUR: BEKÄMPFUNG VON KORRUPTION



Frau Barley, wie sehr schadet der Bestechungsskandal dem EU-Parlament? Der Schaden ist gewaltig – für das Europaparlament, die EU, die Politik generell. Viele Menschen sehen sich in ihren Vorurteilen bestätigt. Das ist, was uns als Abgeordnete so wütend macht: Die Arbeit der Anständigen gerät mit in Verfall.

Parlamentspräsidentin Roberta Metsola hat umfassende Reformen angekündigt. Ja, wir haben zwar schon jetzt schärfere Transparenzregeln als zum Beispiel der Bundestag. Dennoch gehören sie komplett auf den Prüfstand. Wir sollten uns aber nichts vormachen: Wo kriminelle Energie am Werk ist, helfen keine Verhaltensvorschriften. Transparenz war im Fall Kaili auch nicht das Problem. Treffen mit Katarern hat sie nie verheimlicht

Drittstaaten-Kontakte sollen künftig meldspflichtig sein. Trotz der Aserbaidschan-Affäre im Europarat waren sie das bislang nicht. Warum?

Mit der Schaffung des Transparenzregisters sollte vor allem die gezielte Einflussnahme auf ein konkretes Gesetzgebungsverfahren nachvollziehbar werden. Vertreter von Drittstaaten haben in der Regel eher diplomatische Interessen. Das Parlament hat dies bereits verifiziert und eine Eintragungspflicht für Drittstaaten beschlossen.

Transparency International kritisierte eine Kultur der „Strafflosigkeit“. Die Einhaltung von Regeln werde im EU-Parlament nicht kontrolliert, Verstöße nicht geahndet. So machen zum Beispiel nicht alle Abgeordneten ihre Lobbytreffen öffentlich. Wird darauf der geplante unabhängige Ethikrat ein Auge haben? Ja, er kann ein nützliches Instrument sein, um Verstöße früher aufzudecken. Für die Offenlegung von Kontakten gilt bislang grundsätzlich: Nur Funktionsträger wie Ausschussvorsitzende oder Berichterstatter müssten Kontakte angeben. Eine generelle Vorschrift für alle Abgeordneten gibt es nicht,

auch weil dies dem Grundsatz des freien Mandats widersprechen könnte. Ich tue es dennoch, von wenigen Ausnahmen abgesehen, etwa, wenn ein Gesprächspartner dadurch gefährdet würde. Ich hoffe, dass der Schock – wie damals im Europarat – heilsam ist und Veränderungen bewirkt. Es muss klar sein: Fehlverhalten hat harte Konsequenzen.

Zur Korruptionsprävention gehört auch der Hinweisgeberschutz. Wie ist es darum im Europaparlament bestellt? Bislang gibt es gemäß des Verhaltenskodexes, den alle Mitglieder des Parlaments unterschreiben müssen, einen Beirat aus fünf Abgeordneten. Dieser soll die Einhaltung der Verhaltensregeln überwachen und auch als Anlaufstelle bei Problemen fungieren. Aber einen echten, effektiven Whistleblower-Schutz gab es nicht. Doch er wird kommen. Das haben wir im Parlament entschieden.

Die Fragen stellte Sandra Schmid.

Mehr Mittel fürs Lobbyregister

TRANSPARENZ Abgeordnete wollen zudem Nebeneinkünfte konkret offenlegen

Wegen des Korruptionsskandals um die ehemalige Vizepräsidentin Eva Kaili will das EU-Parlament das Lobbyregister ausbauen und seine gesamte Arbeit zu Katar auf Eis legen. Wenn die strafrechtlichen Ermittlungen in dem mutmaßlichen Bestechungsfall vorbei sind, soll auch ein Untersuchungsausschuss eingesetzt werden, hieß es in einer am vergangenen Donnerstag in Straßburg verabschiedeten Resolution. In Bezug auf Katar soll jede gesetzgeberische Tätigkeit zunächst ausgesetzt werden; das gilt insbesondere für die eigentlich geplante Visa-Liberalisierung, aber auch für geplante Besuche. Die Zugangsweise für Vertreter des Golfemirats werden demnach deaktiviert. Außerdem sprachen sich die Parlamentarier für eine Vermögensklärung zu Beginn und am Ende jedes Mandats aus. Sie verpflichteten sich, für vollständige Transparenz über die genaue Höhe ihrer Nebeneinkünfte zu sorgen und jegliche externe Finanzierung ihrer Bediensteten und der Fraktionen zu verbieten. Die Abgeordneten forderten auch neue Maßnahmen für Lobbyisten. Die Transparenzregeln sollen künftig auch für Nicht-EU-Länder gelten. Für das Lobbyregister – also die Datenbank, in der sich Interessensvertreter registrieren können – soll mehr Geld und Personal zur Verfügung gestellt werden, damit die darin enthaltenen Informationen besser überprüft werden

können. Außerdem sprachen sich die Parlamentarier für einen baldigen Vorschlag der EU-Kommission für ein Ethikgremium aus. Die Resolution wurde mit 541 Ja-Stimmen, zwei Gegenstimmen und drei Enthaltungen angenommen. Bisher unterhalten das Europäische Parlament, der Rat der Europäischen Union und die Europäische Kommission ein gemeinsames Transparenz-Register, in dem



Plenum des Europaparlaments

sich Interessenvertreter eintragen sollen – allerdings auf freiwilliger Basis. Um einen Zugangsausweis zum EP zu beantragen ist die Registrierung obligatorisch, auch dürfen „nur registrierte Interessenvertreter als Redner zu öffentlichen Anhörungen der Ausschüsse eingeladen werden und die Tätigkeiten der interfraktionellen Arbeitsgruppen und inoffiziellen Gruppierungen der MdEP unterstützen und daran teilnehmen“, wie das Europaparlament auf seinen Internetseiten schreibt. Abgeordnete, die Berichterstatter zu einem Vorhaben sind oder sogenannte Schattenberichterstattter, die Kompromisse zwischen den Fraktionen aushandeln, sind ebenso wie Ausschussvorsitzende verpflichtet, Informationen zu geplanten Treffen mit Interessenvertretern online zu veröffentlichen, die unter die Bestimmungen des Transparenz-Registers fallen: „Dies gilt für alle Treffen, die der Einflussnahme auf den Politikgestaltungs- oder Entscheidungsfindungsprozess der europäischen Organe dienen, unabhängig vom Ort der Zusammenkunft.“ Alle anderen EP-Mitglieder müssen das allerdings nicht. Freiwillig sind zudem Angaben zum „legislativen Fußabdruck“, mit dem Berichterstatter-Abgeordnete transparent machen, auf welches Fachwissen und welche Stellungnahmen sie vor der Schlussabstimmung im Plenum zurückgegriffen haben. *aheldpa*



Blick auf die Regierungsbank im Bundestag während der Plenardebatte am 14. Dezember dieses Jahres

© picture-alliance/Geisler-Fotopress/Frederic Kern

Hervorgehobene Randlage

BUNDESTAG Christoph Schönberger gewährt einen spannenden Blick auf die Regierungsbank

In den frühen Abendstunden des 23. Februar 1981 stürmen Angehörige der Militärpolizei Guardia Civil unter Führung von Oberstleutnant Antonio Tejero das spanische Parlament in Madrid. Nur sechs Jahre nach dem Tod von Diktator Francisco Franco wollen die Putschisten Spaniens Weg in die Demokratie rückgängig machen. Im Plenarsaal kommt es zu tumultartigen Szenen: Die Putschisten feuern Maschinengewehrsalven in die Luft, befehlen den Abgeordneten: „Auf den Boden! Alle auf den Boden.“ Angesichts der Schießerei ducken sich die Volksvertreter oder suchen Deckung hinter den Rückenlehnen ihrer Vorderleute. Der erst zuvor zurückgetretene, aber noch amtierende Ministerpräsident Adolfo Suárez hingegen lässt sich von der Soldateska nicht einschüchtern. Er sitzt seelenruhig auf dem Sessel des Ministerpräsidenten, während alle anderen Plätze auf der Regierungsbank verwaist sind. „Ausgerechnet dieser erschöpfte, einsame Politiker reagierte auf das Maschinengewehrfeuer im Plenarsaal mit der größten Geste in der Geschichte der Regierungsbank“, ist sich Christoph Schönberger sicher und fügt an: „Nie hat die körperliche

Präsenz eines Premierministers auf der Regierungsbank mehr bedeutet.“ Der Rechtswissenschaftler von der Universität Köln sollte es wissen, hat er doch mit „Auf der Bank“ eine fundierte Geschichte und Analyse der Bedeutung von Regierungsbänken in den Plenarsälen der Parlamente westlicher Demokratien vorgelegt. Schönbergers Hauptaugenmerk liegt neben Betrachtungen zu Großbritannien, Frankreich und den USA auf der Entwicklung und Bedeutung der Regierungsbank im deutschen Parlamentarismus – vom Kaiserreich über die Weimarer und Bonner zur Berliner Republik. Dem Deutschen Bundestag sei in den Jahrzehnten seiner Existenz eine Krisensituation wie beim Putschversuch in Spanien „glücklicherweise erspart geblieben“. Die Bemerkung Schönbergers ist angesichts der in der vergangenen Woche so dramatisch offenkundig gewordenen Umsturz-Fantasien in der Reichsbürgerszene alles andere als lapidar. Bereits

vor zwei Jahren hatte ein Mob aus Reichsbürgern, Rechtsradikalen und sogenannten „Querdenkern“ während einer Demonstration gegen die Corona-Maßnahmen die Treppen des Reichstags gestürmt und versucht, sich Zugang zur „Herzkammer der Demokratie“ zu verschaffen. Schönberger wirft die Frage auf, ob die demonstrative Geste des spanischen Ministerpräsidenten Suárez „auf der Berliner Regierungsbank überhaupt denkbar wäre, ob also eine Regierung im Abseits der Präsidiumsseite ebenfalls wie selbstverständlich für das Parlament als Ganzes einstehen würde oder auch nur könnte“. Im Gegensatz zum Bundestag sitzen die spanischen Regierungsmitglieder nicht separiert von den Abgeordneten neben dem Präsidium, sondern in der ersten Reihe des Halbrunds der Abgeordnetensitze; optisch unterscheidbar lediglich durch die blauen Sitzpolster von den roten Sitzpolstern der Parlamentarier.

Die Frage der Anordnung jener „37 lavendelblauen Sessel“ im Plenarsaal des Reichstagsgebäude ist für Schönberger eines der zentralen Themen seines Buches, wie der Untertitel „Die Inszenierung der Regierung im Staatstheater des Parlaments“ bereits erahnen lässt. Und der Autor empfindet jene Inszenierung für nicht sonderlich gelungen. **Monarchistisches Erbe** Schönberger erkennt in der Platzierung der Regierungsmitglieder nicht weniger als eine „Hinterlassenschaft des Deutschen Kaiserreichs“. Die Regierungsbank habe gemeinsam mit dem Präsidium den früheren Thronraum beerbt und partizipiere weiter an der „Aura überparteilicher Neutralität“, die „einst der monarchistische Obrigkeitstaat scheinheilich für sich in Anspruch nahm“. Die räumliche Anordnung der Regierungsbank „in hervorgehobener Randlage“ verhindere den Dialog zwischen Parlamentariern und Regierungsmitgliedern „Auge in Auge“ und gebe einer „kommunikativen Geheimtheit Ausdruck, welche die Kontrolle der Regierung durch die Abgeordneten auch unter der parlamentarischen Demokratie des Grundgesetzes weiterhin belastet“.

Schönbergers Buch ist alles andere als eine leichte Lektüre und dennoch spannend zu lesen und zu empfehlen. Die zudem reichhaltig bebilderte Darstellung mag den Blick des Lesers auf das parlamentarische Geschehen im Plenarsaal durchaus neu justieren. Von Interesse wäre, ob sich das von Schönberger konstatierte Verhältnis zwischen Regierungsmitgliedern und Parlamentariern, das sich in der Sitzordnung des Plenarsaals spiegelt, auch in den Köpfen von Abgeordneten und Minister eine greifbare Rolle und somit in der politischen Praxis spielt. Dies jedoch würde einen ganz anderen Untersuchungsansatz erfordern. **Alexander Weinlein**

»Die 37 lavendelblauen Sessel sind mehr als bloße Funktionsmöbel.«
Christoph Schönberger

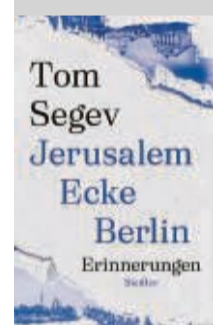


Christoph Schönberger:
Auf der Bank. Die Inszenierung der Regierung im Staatstheater des Parlaments.
C.H. Beck Verlag, München 2022; 282 S., 29,95 €

KURZ REZENSIIERT

Henry Kissinger:
Staatskunst. Sechs Lektionen für das 21. Jahrhundert.
C. Bertelsmann, München 2022; 602 S., 38 €

Im Mai 2023 wird Henry Kissinger 100 Jahre alt. Seine jüdischen Eltern flohen mit ihm 1938 gerade noch rechtzeitig aus Nazi-Deutschland in die USA. Dort avancierte der Historiker Kissinger zu einem der jüngsten Harvard-Professoren und machte unter Präsident Richard Nixon Karriere: Zunächst als Nationaler Sicherheitsberater, dann als Außenminister. Er organisierte den strategischen Kurswechsel der USA durch eine Annäherung an Maos Volksrepublik China. Diese Kehrtwende zwang die Sowjetunion auf den Weg der Entspannungspolitik und zur Teilnahme an der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Auch wenn Kissingers Votum für die Kriege in Laos, Kambodscha und Vietnam bis heute kritisiert wird, so bekam er dennoch 1973 den Friedensnobelpreis. Unbestritten bleibt seine Rolle als Friedensstifter im Nahen Osten. Dank seiner „Pendeldiplomatie“ kam es zur Annäherung zwischen Ägypten, Jordanien und Israel. Den außerordentlichen Persönlichkeiten, denen er als Diplomat begegnen durfte, widmete Kissinger sein aktuelles Buch. Nach seinen Memoiren in drei Bänden und einigen opulenten Standardwerken über Diplomatie, zeigt sich in „Staatskunst“ erneut der aktive und produktive Verstand des pragmatischen Realpolitikers Kissinger. Anhand von sechs Politikerporträts beleuchtet er die Geschichte seit dem Zweiten Weltkrieg. Er beginnt mit Konrad Adenauer, es folgen Charles de Gaulle, Richard Nixon, Anwar el-Sadat, Lee Kuan Yew und als einzige Frau Margaret Thatcher. In seinen „Lektionen“ vermittelt Kissinger das Wesen politischer Entscheidungen anhand der von ihm exemplarisch ausgewählten Entscheidungsträger. Sie alle seien „Architekten der Entwicklung ihrer Gesellschaften und der internationalen Ordnung“. Als Weihnachtsgeschenk wird dieses lesenswerte Geschichtsbuch allen politisch Interessierten eine Freude bereiten. **manu**



Tom Segev:
Jerusalem Ecke Berlin. Erinnerungen.
Siedler Verlag, München 2022; 416 S., 32 €

„Meine Mutter sprach nicht viel über den Holocaust, und ich fragte nicht nach. Kein Mensch wusste damals, was auf dem Gebiet des öffentlichen Gedenkens erlaubt oder verboten war.“ Der Holocaust „war weitgehend ein Tabu“. Am meisten interessierte den jungen Tom Segev jedoch, „ob alle Deutschen davon gewusst hatten“. Später sollte sich der international bekannte Historiker als Autor bahnbrechender Studien zur Entstehung des Staates Israel und seine Kriege hervortun. Außerdem brillierte er als Biograf von David Ben Gurion und Simon Wiesenthal. Mit seinen „Erinnerungen“ ist Tom Segev erneut ein wunderbares Buch gelungen; die Geschichte eines Jungen, der 1945 in Israel geboren wurde und der sich früh für Politik interessierte. Er beschreibt biografische Stationen seiner Eltern, die als junge Kommunisten die Bauhaus-Schule verlassen mussten und 1935 aus Nazi-Deutschland nach Palästina geflohen waren. Im Unabhängigkeitskrieg fiel sein jüdischer Vater, während seine nicht-jüdische Mutter, die zudem kein Hebräisch sprach, als Alleinerziehende in Jerusalem zurückblieb. In seiner Militärzeit änderte Segev seinen „verhassten“ Vornamen Thomas in Tom; später legte er auch den Familiennamen Schwerin ab und nannte sich fortan Segev. „Viele Israelis nahmen damals hebräische Namen an, um die Vergangenheit abzustreifen und in die neue hebräische Kultur in Israel einzutauchen.“ Während seines Militärdienstes als Bibliothekar im National Defense College begann Segev für die Nachrichtenredaktion eines Radiosenders zu arbeiten. Neben seiner journalistischen Tätigkeit reüssierte Segev auch als Historiker. In seinen Erinnerungen beschreibt er jeden Lebensabschnitt so lebendig und interessant, dass man sein Buch literarisch auf eine Stufe mit den autobiografischen Romanen Leo Tolstojs stellen möchte. Allerdings schreibt Segev unter der warmen Sonne Jerusalems. **manu**

»Deutsche auf dem Thron, Deutsche neben dem Thron«

DEUTSCH-RUSSISCHE BEZIEHUNGEN Stefan Creuzberger erzählt die Geschichte zweier Völker zwischen Feindschaft und Freundschaft

Stefan Creuzbergers Monografie über die Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen ging kurz vor Beginn des Putin'schen Angriffskrieges gegen die Ukraine am 24. Februar 2022 in Druck. Das erklärt Creuzbergers letzten Satz: „So bleibt am Ende des Rückblickes nur die Hoffnung, dass die politischen Akteure nicht auf Gewalt und weitere Abgrenzung setzen, sondern sich für Vertrauen, Verständigung und Kooperation engagieren, um möglichst in nicht allzu ferner Zukunft die positiven Traditionen der deutsch-russischen Beziehungen wieder zu beleben.“ Wer das quellenreiche und gut geschriebene Buch des Rostocker Historikers Stefan Creuzberger gelesen hat, wird seinen Wunsch nach einer Normalisierung der Beziehungen in „nicht allzu ferner Zukunft“ teilen. Schließlich war das 20. Jahrhundert geprägt von Revolutionen und Terror, Weltkriegen und Abgrenzungen. Der Autor beschreibt, wie Feindschaft und Furcht, Bewunderung und freundschaftliche Nähe die gegenseitige Wahrnehmung von Deutschen und Russen bestimmten. Die Hoffnungen des Historikers auf eine bessere Zukunft schienen sich zunächst zu erfüllen: Nach zwei grausamen Weltkriegen kam es tatsächlich zu Versöhnung und Verständigung zwischen den beiden Völkern. In ihrer wechselvollen Beziehung beeinflussten Deutschland und Russland die in-

ternationale Ordnung und die globale Weltpolitik nachhaltig. Creuzberger stellt die These auf, auch wenn das 20. Jahrhundert auf den ersten Blick und aus globaler Perspektive amerikanisch geprägt gewesen sei, so könne man mit guten Gründen auch von einem deutsch-russischen Jahrhundert sprechen. Das Buch ist für die deutsche Gesellschaft, die in Bezug auf Krieg und Frieden in der Ukraine nicht immer einer Meinung ist, ein sachlicher Wegweiser. So kritisiert Creuzberger, dass in der öffentlichen Debatte die „maßgeblichen historischen Bezugspunkte abhandengekommen“ seien. Nach der Annexion der Krim im Jahr 2014 sei das Verhältnis zwischen Berlin und Moskau extrem belastet gewesen. Ungeachtet der Schärfe des Konfliktes hätten es die politisch Verantwortlichen hierzulande versäumt, „die Motivlage, die Antriebsmomente, Erfahrungen, Prägungen und Befindlichkeiten der Kremelführung“ zu ergründen. Des Weiteren geht der Autor davon aus, dass nicht nur Wladimir Putin persönlich, sondern auch die russische Bevölkerung den „Verlust des eigenen Imperiums und des Supermacht-Status“ schmerzhaft empfinde und beklage. Unerwähnt bleibt allerdings, dass es sich hierbei um bloße Behauptungen der staatlichen russischen Umfrageinstitute handelte, die unreflektiert von westlichen Politikern, Geschäftsleuten und Journalisten weiterverbreitet wurden.

Auswanderer „Deutsche auf dem Thron, Deutsche neben dem Thron, die Feldherren Deutsche, die Außenminister Deutsche“, kritisierte 1859 der Urvater der Russischen Revolution, Alexander Herzen, die zaristische Elite. Ob er bei den vielen Deutschen „bis zum Überdruß“ auch an seine deutsche Mutter gedacht hat, ist nicht bekannt. Aber nicht nur enge dynastische Verbindungen, sondern vor allem die nach Russland ausgewanderten deutschen Bauern, Handwerker, Pädagogen, Soldaten und Gelehrten prägten über Jahrhunderte die deutsch-russischen Beziehungen. Mit keinem anderen Volk ging Russland so enge wirtschaftliche, politische, kulturelle und wissenschaftliche Kontakte ein – dies galt auch noch nach den furchtbaren Gräueltaten in zwei Weltkriegen. Creuzberger erzählt von der deutschen Russophilie beziehungsweise Russophobie und verweist auf die deutsche Geburtshilfe bei der Machtübernahme der Bolschewiki im Oktober 1917. Angesichts des umfangreichen Quellenmaterials kann der Autor nur die wichtigsten Stationen der wechselseitigen Beziehungen anhand von zentralen Wegmarken darlegen: Der Brest-Litowsker Vertrag, Rapallo, die „Schwarze Reichswehr“, der Hitler-Stalin-Pakt 1939, Konrad Adenauers Moskau-Besuch, Willy Brandts Ostpolitik und Michael Gorbatschows Perestrojka, an die sich die deutsche Einheit und der Zerfall der Sowjetunion anschließen. In jedem Kapitel, das sowohl chronologisch wie auch problemorientiert aufgebaut ist, wird der Leser viel Interessantes entdecken. Im Kapitel „Wirkungsmacht der Ideologien?“ schildert Creuzberger beispielsweise den Terror und die Gewalt in beiden Staaten sowie den

Respekt der beiden Diktatoren Hitler und Stalin voreinander, die „mitunter sogar gegenseitig fasziniert auf die von ihnen geschaffene Ordnung blickten“.

Bedrohungsängste Im letzten umfangreichen Kapitel beschreibt der Creuzberger die autoritäre Politik Präsident Putins, der die leidvolle Geschichte des „Großen Vaterländischen Krieges“ aus der Opferperspektive gegen Deutschland instrumentalisieren: Putin schüre gezielt Bedrohungsängste und Kriegshysterie, um dem eigenen Volk die Annexion der Krim als Schutzmaßnahme gegen den „kollektiven Westen“ zu verkaufen. Aber auch in den Jahrzehnten davor schon nutzte die staatliche russische Propaganda die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg als Instrument der Herrschaftslegitimation. **Aschot Manutscharjan**



Kanzler Gerhard Schröder und Russlands Präsident Wladimir Putin im Jahr 2005.



Stefan Creuzberger:
Das deutsch-russische Jahrhundert. Geschichte einer besonderen Beziehung.
Rowohlt Verlag, Hamburg 2022; 670 S., 36 €

KURZ REZENSIIERT



Sergej Gerassimow:
Feuerpanorama. Ein ukrainisches Kriegstagebuch.
 dtv, München 2022; 249 S., 22 €

„Dies ist ein sehr schnell geschriebenes Buch“, räumt Sergej Gerassimow ein. Nur einen Monat nach dem russischen Angriff auf die Ukraine beendete er sein Kriegstagebuch – als es Bomben auf Charkiw regnete. Wer seine Aufzeichnungen gelesen hat, versteht, warum die Behauptung des russischen Präsidenten Wladimir Putin, Ukrainer und Russen seien ein Volk, falsch ist. Der Autor gehört selbst zur russischsprachigen Minderheit in der Ukraine und teilt seinen Familiennamen mit dem Generalstabschef der russischen Armee. Der Schriftsteller erblickte in einem Dorf nahe des russischen Kursk das Licht der Welt. Dennoch ist er Ukrainer und erzählt von den „Russen“, die sein Land überfallen haben. Am 24. Februar überquerten russische Truppen die ukrainische Grenze und näherten sich Charkiw. Sie hatten wohl gehofft, dass „die Ukrainer aus ihren Häusern kommen, um ihre Ankunft zu begrüßen. Damit lagen sie völlig falsch.“ Lesenswert sind die Gedanken Gerassimows über den ukrainischen Nationalismus: Für ihr „Kokettieren“ damit kritisiert er die Präsidenten von Wiktor Juschtschenko bis Petro Poroschenko. „Glücklicherweise ist das nicht die Art unseres derzeitigen Präsidenten, der ein russischsprachiger Jude ist. Er ist entweder zu klug oder zu ehrlich, um mit dem Nationalismus zu flirtieren.“ Vom ersten Tag des Krieges vernahm der Schriftsteller „keine nationalistischen Slogans“ mehr. Im Gegenteil: „Es stört niemanden, wenn ich Russisch spreche.“ Gerassimow ehrt die Militäreinheit Asow, „die tatsächlich als nazistische Vereinigung bekannt ist“, jetzt aber „die russischsprachigen Menschen in Mariupol“ verteidigt und bereit sei, „ihr Leben für sie zu lassen“. Die detaillierte Beobachtungen über den Alltag in Charkiw während der ersten Kriegsmomente machen das Tagebuch als Augenzeugenbericht so wertvoll. Es ist schon jetzt ein Dokument der Zeitgeschichte. *Aschot Manutscharjan*



Dmitry Glukhovskij:
Geschichten aus der Heimat.
 Heyne Verlag, München 2022; 445 S., 24 €

Die sowjetischen Nachkriegsgenerationen wuchsen auf mit der Geschichte von der heroischen Verteidigung der Bresteser Festung im Juni 1941 gegen die Wehrmacht. Wochenlang kämpften die Soldaten der Roten Armee tapfer gegen die Deutschen. Nun vergleicht einer der populärsten russischen Schriftsteller diese Heldentat mit der Verteidigung Mariupols durch die ukrainische Armee nach dem russischen Überfall im Frühjahr 2022. Wegen seiner Stellungnahmen gegen den Angriff Russlands auf die Ukraine wurde Dmitrij Glukhovskij von einem Moskauer Gericht zur Fahndung ausgeschrieben und musste aus seiner Heimat fliehen. Jetzt sind auch Glukhovskijs „Geschichten aus der Heimat“ auf Deutsch erhältlich, die 2010 in Russland erschienen, ergänzt um einige neuere Erzählungen. Die Geschichten sind ein Versuch, die russische Krankheit, die der Autor als „Mythomanie“ diagnostiziert, zu benennen und zu therapieren. Glukhovskij gehört zu den wenigen russischen Schriftstellern, die Russlands Präsident Wladimir Putin von Anfang an kritisch begleiteten. Russland sei unter Putin nie eine Demokratie gewesen, sondern eine korrupte Bananenrepublik – mit Öl und Gas anstelle von Bananen. In den vergangenen 30 Jahren habe es „eine unendliche Geschichte von Betrug und Selbstbetrug“ gegeben. Die „Geschichten aus der Heimat“ sind literarische Metaphern, eine Mischung aus Daniil Charms und Anton Tschechow. Glukhovskij bezeichnet sein Buch als „Meta-Roman“ mit der russischen Existenz als Hauptdarsteller. Die Geschichten ergänzen einander und überschneiden sich. In seinem Vorwort betont der Autor, dass er seinem Land in dessen sinnlosem Kampf gegen den Rest der Welt, „Heilung, Austreibung der Dämonen, die von ihm Besitz ergriffen haben, Buße für das, was es der Ukraine angetan hat und antut, und Aussöhnung mit sich selbst“ wünscht. *manu*

Frau Gerster, neue, junge Abgeordnete hat es schon früher gegeben. Was ist nun so anders am aktuellen Bundestag?
 Ganz einfach – es hat noch nie zuvor so viele Junge im Bundestag gegeben. Zum ersten Mal in der Geschichte des Hauses ist ein Viertel seiner Mitglieder unter vierzig. 50 Abgeordnete waren nicht einmal 30 Jahre alt, als sie ins Parlament kamen.

Es gibt auch mehr Abgeordnete mit Migrationshintergrund, mehr Frauen, erstmals zwei bekennende transgeschlechtliche Frauen. Was verbindet „die Neuen“ in ihrer Unterschiedlichkeit?
 Was die jungen MdBs parteiübergreifend antreibt, ist, dass sie für ihre Generation streiten wollen. Bei den Jüngeren im Land hat sich in den letzten Jahren viel Frust angestaut: Sei es in Sachen Klimaschutz, in der Corona-Politik oder angesichts unseres maroden Rentensystems – viele junge Menschen hatten das Gefühl, das sie nicht genügend von der Politik gesehen werden, weil die immer nur an die Boomer denkt...

... die Generation, die in der Zeit steigender Geburtenraten zwischen Mitte der 1950er und Mitte der 1960er Jahre geboren wurde...
 ...genau, eine sehr dominante Generation, die ob ihrer zahlenmäßigen Stärke eine viel wichtigere Wählergruppe ist als die Generation der Millennials, zu der die neuen, jungen Abgeordneten gehören. Dass Fridays for Future durch die Straßen zieht, reicht ihnen nicht. Es braucht einen Marsch durch die Institutionen – dieses Bewusstsein findet man nicht nur bei jungen Grünen, sondern bei allen jungen Abgeordneten.

Sie haben aber noch eine weitere Gemeinsamkeit ausgemacht: Junge machten anders Politik, schreiben Sie in Ihrem Buch. Inwiefern?
 Junge Abgeordnete eint der Ansatz, Politik über soziale Medien zu erklären und auch zu machen. Sie tun das sehr nahbar und unterhaltsam, sodass es junge Menschen interessiert.

Wenn Emilia Fester von den Grünen, die mit 24 Jahren eine der jüngsten Abgeordneten ist, Tanzvideos auf TikTok postet, ihr Fraktionskollege Bruno Hänel seine Depression auf Twitter öffentlich macht – ist das ein neuer Politikstil?
 Das ist eine andere politische Kultur, würde ich sagen. Es gibt da eine neue Offenheit, auch über eigene Schwächen und Zweifel zu sprechen. Den Jungen ist es wichtig zu zeigen, dass Politik nicht von Maschinen oder Workaholics gemacht wird, die keine Freunde und kein Familienleben haben und denen der Bezug zur Wirklichkeit fehlt, sondern von Menschen. Menschen, die nicht immer 200 Prozent geben können, die auch mal krank werden und eine Auszeit nehmen müssen.

Früher haben Politiker ihre Krankheiten sorgsam verheimlicht.
 Ja, Willy Brandts Depressionen wurden als „Herbstgrippe“ heruntergespielt, Helmut Schmidts Ohnmachtsanfälle während seiner Amtszeit erfolgreich vertuscht. Erst lange nach seiner Amtszeit als Kanzler hat er stolz davon erzählt – als Ausweis seines Pflichtgefühls und eisernen Willens. Da ist mir die Offenheit der Jungen lieber.

Warum?
 Offenheit macht Politiker nahbarer, die Politik menschlicher und damit auch attraktiver. Viele Junge schreckt der Politikbetrieb, so wie er ist, ab: Da ist die hohe Arbeitsbelastung, die Mandat und Familienleben vernachlässigt.

Offener Brief an Scholz Der Fernsehphilosoph Richard David Precht und der Sozialpsychologe Harald Welzer gehören zu den Unterzeichnern eines Offenen Briefs an Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD). Den Anstoß zu der Initiative, die auf eine Verhandlungslösung zwischen Russland und der Ukraine drängt und den Kanzler für sein vorsichtiges Agieren lobt, gab die „Emma“-Herausgeberin Alice Schwarzer. Der Intellektuellen-Aufruf, an dem sich sogar hochrangige Militärs beteiligten, stieß sofort auf heftigen Widerspruch und löste eine in der „Zeit“ veröffentlichte Gegenpetition aus. Die keineswegs von bösen Kräften gelenkte und manipulierte Mehrheitsmeinung – so distanzieren sich die Autoren von Verschwörungstheorien – stellt sich seit Monaten vorbehaltlos auf die Seite der Ukraine. Sie habe aber, kon-



Junge Abgeordnete wie Emilia Fester (Grüne), hier bei einem Interview mit Funke Medien auf TikTok, nutzen soziale Medien intensiv, um Politik zu machen. © Bildschirmsfoto

»Sehr nahbar«

BUNDESTAG Die Journalistin Livia Gerster über junge Abgeordnete, TikTok und eine veränderte politische Kultur

erleben schwer vereinbar macht, dazu kommen brutale Machtkämpfe, in denen sich nur die Hartgesotteten durchsetzen können. Im Gegensatz dazu betonen etwa die beiden Grünen-Politikerinnen Ricarda Lang und Jamila Schäfer ganz bewusst ihre Freundschaft. Wie weit das trägt, wird man sehen. Aber es ist ein ernsthafter Versuch, zu verhindern, dass der politische Wettbewerb destruktiv wird.

Wir erleben einen Generationenwechsel im Bundestag. Die Jungen haben schnell Verantwortung übernommen.
 Ja, tatsächlich sind selten zuvor Junge so schnell in einflussreiche Posten und Ämter gekommen wie jetzt. Sie sind Sprecherinnen, Obmänner, Staatssekretärinnen oder sitzen in prestigeträchtigen Ausschüssen wie dem Auswärtigen Ausschuss. Mit Ricarda Lang wurde eine 28-Jährige Co-Partei-

vorsitzende der Grünen. Das zeigt, dass die Älteren verstanden haben, dass es wichtig war, die Jüngeren schnell einzubinden.

Ob Klimawende oder mehr Gerechtigkeit – viele der Neuen hatten große Pläne. Dann kam der Ukrainekrieg. Wie haben sie auf den Realitätschock reagiert?



Livia Gerster:
Die Neuen. Eine Generation will an die Macht.
 C.H. Beck Verlag, München 2022; 335 S., 24 €

Sie waren natürlich – wie alle – erst einmal überfordert. Dann aber sie haben sich erstaunlich schnell und flexibel auf die neue Situation eingestellt. Anders als die älteren Friedenspolitiker bei SPD und Grünen, die sich deutlich schwerer taten, haben die Jungen von Anfang an bei Waffenlieferungen und Sanktionen Druck gemacht.

Wie erklären Sie sich das?
 Die Jungen hatten es sicher leichter, weil sie unbelastet vom Erbe der verfehlten Russland-Politik sind. Sie waren aber auch eher bereit, dazuzulernen als manche störrischen älteren Fraktionskollegen.

Waren Sie auch eher bereit, Ideale über Bord zu werfen?
 Das würde ich nicht so sehen. Die Auswirkungen des Krieges auf unsere Energieversorgung zu bewältigen, verlangt den Jun-

gen viel ab. Für die Klimaaktivistin Kathrin Henneberger, die jahrelang gegen den Braunkohle-Abbau protestiert hat, ist es heute als Abgeordnete sehr bitter, ihren Anhängern den Abriss des Dorfes Lützerath vermitteln zu müssen. Solche Entscheidungen werden das Verhältnis von Fridays for Future zu den jungen Grünen sicher noch belasten. Schon jetzt sind Zeichen der Enttäuschung und Entzauberung erkennbar.

Entzaubert wirkt auch Kevin Kühnert. Der einstige GroKo-Rebell ist heute loyaler SPD-Generalsekretär. Ist diese schnelle Anpassung typisch für die neuen Jungen im Bundestag?

Ja, die Jungen zeigen, dass sie pragmatisch sind und auch mal Abstand von früheren Positionen nehmen. Aber nicht unbedingt aus Karrieregründen, sondern eher weil sich die Perspektive ändert. Kevin Kühnert ist ein Sonderfall, weil bei ihm die Entwicklung so rasant verlief. Dass er innerhalb weniger Jahre vom Scholz-Verhinderer zu einer Art obersten Regierungssprecher geworden ist, verstehen viele nicht. Aber eigentlich ist es ihm doch hoch anzurechnen, dass er nicht nur vom Rand aus kritisiert, sondern versucht, für seine Partei zu kämpfen – auch wenn er dafür Populartät einbüßt.

Eine Anpassung im Amt – ist das nicht der normale Gang der Dinge?
 Ja, aber ich finde, die Älteren machen es sich zu einfach, wenn sie nur auf die üblichen Zähmungprozesse verweisen und meinen, irgendwann würden die Jüngeren doch genauso wie sie selbst. Die Jungen sind ernsthaft angetreten, um etwas zu verändern. Sie haben zwar einen harten Anpassungsprozess durchlaufen, mit bitteren Kompromissen und selten sofort erkennbaren Erfolgen, trotzdem halten sie an ihren Zielen fest – zum Beispiel, den politischen Betrieb verändern zu wollen.

Wie fällt die Bilanz nach einem Jahr Bundestag aus? Haben die Jungen die Politik verändert?

Ich finde, dass sich einiges verändert hat. Es macht einen Unterschied, wenn bei der Debatte über das Staatsangehörigkeitsrecht plötzlich junge Leute mitreden, die selbst erst vor wenigen Jahren den deutschen Pass bekommen haben. Oder wenn MdBs wie Emilia Fester von den Grünen oder Muhanad Al-Halal von der FDP Tausende junge Menschen über Instagram und TikTok für Politik begeistern, die damit bisher wenig zu tun hatten. So erreichen für die Demokratie im Zweifel mehr als der Bundespräsident mit seinen Reden

Der frühere Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble mahnte auch mit Blick auf die Jungen, Abgeordneten seien Vertreter des ganzen Volkes, nicht nur ihrer eigenen gesellschaftlichen Gruppe.

Das ist ein wichtiges Prinzip, dem sich auch sicher die jungen Abgeordneten verpflichtet fühlen. Doch sie halten es nicht nur hoch, sie füllen es auch mit Leben und beweisen, dass es nicht immer der 60-jährige Ostwestfale sein muss, der das Volk vertritt, sondern es genauso gut eine 30-jährige Dresdnerin mit syrischen Wurzeln sein kann.

Das Gespräch führte Sandra Schmid

Livia Gerster, Jahrgang 1990, studierte Arabistik und Geschichte in Leipzig und Berlin. Sie ist seit 2016 Redakteurin bei der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, seit 2018 schreibt sie für den Politikteil der Sonntagszeitung.

Ein unbequemer Weckruf

MEDIENKRITIK Richard David Precht und Harald Welzer ecken an mit ihrer Sicht

Ein Buch wird in nahezu allen Besprechungen verrissen und klettert dennoch sofort nach Erscheinen auf Platz eins der Bestsellerliste. Dieser Zwiespalt zeigt, wie tief der Graben zwischen Meinungsführern und Publikum in Deutschland inzwischen geworden ist. Wenn Autoren, und seien sie noch so prominent, Journalismusschelte üben, führt das selten zu positiven Rezensionen in den Leitmedien – erst recht nicht, wenn es um so umstrittene Themen wie die Corona-Politik oder gar den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine geht.

Offener Brief an Scholz Der Fernsehphilosoph Richard David Precht und der Sozialpsychologe Harald Welzer gehören zu den Unterzeichnern eines Offenen Briefs an Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD). Den Anstoß zu der Initiative, die auf eine Verhandlungslösung zwischen Russland und der Ukraine drängt und den Kanzler für sein vorsichtiges Agieren lobt, gab die „Emma“-Herausgeberin Alice Schwarzer. Der Intellektuellen-Aufruf, an dem sich sogar hochrangige Militärs beteiligten, stieß sofort auf heftigen Widerspruch und löste eine in der „Zeit“ veröffentlichte Gegenpetition aus. Die keineswegs von bösen Kräften gelenkte und manipulierte Mehrheitsmeinung – so distanzieren sich die Autoren von Verschwörungstheorien – stellt sich seit Monaten vorbehaltlos auf die Seite der Ukraine. Sie habe aber, kon-

statieren die Verfasser, laut Umfragen keineswegs eine Mehrheit in der Bevölkerung hinter sich. Eindeutige mediale Parteinahme charakterisierte man einst im Irak-Krieg als „embedded journalism“. Gemeint war, dass Reporter auf Einladung und oft auch Kosten einer Kriegspartei unterwegs waren und entsprechend interessengeleitet berichteten. Im aktuellen Konflikt erhält man schon deswegen fast nur Informationen von einer Seite der Front, weil die Reise nach und die Berichterstattung aus Russland für Medienschaffende schwierig geworden ist. Die Gegenperspektive stammt daher, wenn sie überhaupt eingenommen wird, von festen Korrespondenten aus Moskau, weit entfernt vom Geschehen. Und auch in den deutschen Fernseh-Diskussionsrunden zum Ukraine-Krieg sind die Rollen meist



Richard David Precht, Harald Welzer:
Die vierte Gewalt. Wie Mehrheitsmeinung gemacht wird, auch wenn sie keine ist.
 S. Fischer Verlag, Frankfurt/M. 2022; 288 S., 22 €

klar verteilt: Ein einsamer Gegner der vorherrschenden Politik, so monieren Richard David Precht und Harald Welzer aus eigener Erfahrung, müsse sich dort meist mit drei oder vier stromlinienförmig argumentierenden Kontrahenten und mitunter auch noch einer wenig neutralen Moderation auseinandersetzen.

Rolle der Direktmedien Prechts und Welzers Buch ist ein unbequemer Weckruf an eine Profession, die ihr in der eigenen Aus- und Weiterbildung gern bemühtes Selbstverständnis als „Vierte Gewalt“ im Staate derzeit unzureichend ausfüllt. Die zugespitzten Thesen der Verfasser beschränken sich dabei nicht auf das Anprangern der aus ihrer Sicht weitgehend geschlossenen Einheitsfront von Medien und Politik in Krisenzeiten. Breiten Raum nimmt auch der wachsende Einfluss der von ihnen als „Direktmedien“ bezeichneten Nachrichtenkanäle im Internet ein. Twitter, TikTok oder Facebook untergraben seit Jahren schleichend die traditionelle Funktion des „Gatekeeping“, eines Journalismus, der die Informationsflut qualifiziert vorsortiert und gewichtet, ohne sich dabei „gemein zu machen mit einer Sache, auch nicht mit einer guten“. So beschrieb Hans-Joachim Friedrichs, viel zitiertes Vorbild und langjähriger Moderator der ARD-Tagesthemen, einst das Ethos seines Berufsstandes. *Thomas Gesterkamp*

Anzeige

Schon gehört?
 Die APuZ gibt es auch als Podcast!

bpb.de/apuz-podcast

APuZ
 AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

Geldpolitik
 APuZ – Der Podcast

AUFGEKEHRT

Aktentaschen und E-Bikes

Das Jahr ist fast rum, und wieder sind uns die Spitzenpolitiker privat ein Stück näher gerückt. Nicht dass uns Gesetzentwürfe, Verordnungen oder Befehle völlig egal wären, aber die private Anekdote schmückt den Weihnachtsbaum doch viel reichhaltiger als der blasse Aktenordner. Und so wissen wir nun, dass Kanzler Scholz nie ohne seine speckige Ledertasche aus Studentenzeiten vor die Tür geht und vor eilbedürftigen Entscheidungen erst einmal in Ruhe ein Sachbuch liest.

Der belesene Lauterbach spielt nachts Tischtennis mit dem Bundestrainer. Der Gewinner (Rofskopf) darf sich einen länglichen Vortrag über die jüngste Covid-19-Substanz anhören. Frau Lambricht hat die gepflegtesten Fingernägel im Kabinett und lernt im Hubschrauber heimlich die Dienstgrade der Soldaten auswendig. Oberstabsgef...? Ministerin Baerbock hat sich einen Jugendtraum erfüllt und ist barfuß durch Indien gelaufen. Grünen-Kumpel Özdemir fährt dafür mit E-Bike zur Arbeit und hält neuerdings sogar bei Rot.

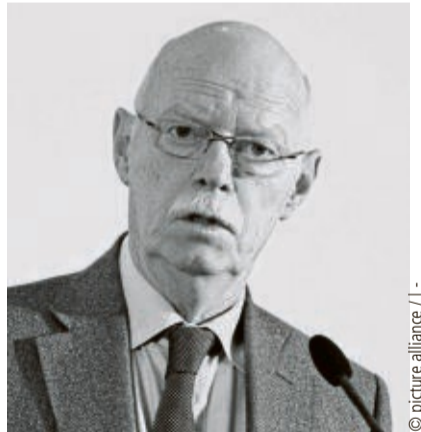
Frau Spiegel sitzt zu Hause und fragt ihren Wandspiegel: „Wer war die Schönste im Kabinett?“ Der Spiegel antwortet: „Du bist die Schönste hier, aber der Lindner ist noch tausendmal schöner als Du.“ Besagter Lindner fordert von seiner neuen Frau tägliche TV-Präsenz, damit er sie hin und wieder mal sieht. Vizekanzler Habeck guckt derweil zu Hause „Weihnachten bei Hoppenstedts: Wir bauen uns ein Atomkraftwerk.“ Noch lieber würde er sich aus Protest irgendwo ankleben.

Ach ja, was macht eigentlich Angela Merkel so? Sie wurde unlängst mit dem Journalisten Alexander Osang in der einsamen Uckermark gesichtet. Sie sollen sich schnell einig gewesen sein: Schuld an allem ist Putin. *Claus Peter Kosfeld*

VOR 10 JAHREN...

Das Zitat vom Hindukusch

19.12.2012: Peter Struck ist tot. Im Alter von 69 Jahren starb am 19. Dezember 2012 der frühere Verteidigungsminister und SPD-Fraktionschef Peter Struck. Tags zuvor war er nach einem schweren Herzinfarkt in die Berliner Charité eingeliefert worden. Nur rund



SPD-Politiker Peter Struck verstarb im Dezember 2012 überraschend.

eine Woche zuvor war er noch als Vorsitzender der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung wiedergewählt worden. Zum plötzlichen Tod seines Parteifreundes erklärte SPD-Chef Sigmar Gabriel: „Mit ihm verlieren wir einen großen Sozialdemokraten aus unseren Reihen.“ Strucks Nachfolger als Verteidigungsminister, Thomas de Maizière (CDU), trauerte um einen „authentischen Charakter, der wie kaum ein anderer die Verteidigungspolitik des Landes verkörpert hat. Er hat die Soldaten gemocht und sie ihn“. SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier nannte Struck „einen Mann voller Herzenswärme, Humor und Lebensklugheit“, den die Menschen „für seine klaren Ansagen“ gemocht hätten.

Am bekanntesten ist wohl sein Satz: „Die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland wird heute auch am Hindukusch verteidigt“, mit dem Struck 2002 die veränderte Bedrohungslage durch den internationalen Terrorismus einordnete. Auch im Gedächtnis blieben Aussagen wie: „Wir trinken einen zusammen – öfter, als Sie denken“ (über die Zusammenarbeit mit Unionsfraktionschef Volker Kauder) oder „Mir hat manchmal schon ein Basta à la Schröder gefehlt“ (über den Regierungsstil von Angela Merkel). Und dann ist da noch das sogenannte Struck'sche Gesetz, wonach kein Entwurf den Bundestag so verlässt, wie er ins Parlament eingebracht worden ist. So stellte Struck die Macht der Abgeordneten gegenüber der Regierung klar. *Benjamin Stahl*

ORTSTERMIN: WEIHNACHTSRÄTSEL 2022



Es weihnachtet im Parlamentsviertel: Dieses Jahr kommt der über 20 Meter hohe Weihnachtsbaum vor dem Reichstagsgebäude aus Altenau im Harz. © DBT/photothek/Joerg Carstensen

Lesen, mitraten und gewinnen

Auch in diesem Jahr findet es wieder statt: Das Weihnachtsrätsel von „Das Parlament“. Auf die Gewinner warten spannende Überraschungspakete. Gewinnen können Sie, indem Sie das tun, was Sie auch sonst immer tun: Aufmerksam lesen! Denn auf den zwölf Seiten dieser Ausgabe verstecken sich die Antworten auf die Fragen.

Ihre Antworten inklusive Ihrer Kontaktdaten senden Sie bitte per E-Mail oder Post bis zum 4. Januar 2023 an: Redaktion „Das Parlament“ Platz der Republik 1 11011 Berlin oder an redaktion.das-parlament@bundestag.de unter dem Stichwort „Weihnachtsrätsel 2022“. Barauszahlungen sind nicht möglich. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

1. Wann wurde Annemarie Renger zur Bundestagspräsidentin gewählt?
 2. Wie heißt der Vorsitzende des Parlamentarischen Kontrollgremiums?
 3. Wie heißt der Generalbundesanwalt?
 4. Wann ist Wolfgang Schäuble in den Deutschen Bundestag eingezogen?
 5. Wofür steht bei Viren die Abkürzung RSV?
 6. Um wie viele Jahre will die Unionsfraktion den Start des deutschen Lieferkettengesetzes verschieben?
 7. Mit welchem Tier soll das Gesetz zur Tierhaltungskennzeichnung starten und wann soll es Inkrafttreten?
 8. Wann fand die Petersberger Konferenz statt?
 9. Wie heißt die Ex-Vize-Präsidentin des EU-Parlaments, der vorgeworfen wird, bestechlich gewesen zu sein?
 10. Wie hieß der spanische Offizier, der 1981 mit anderen Angehörigen der Militärpolizei das spanische Parlament stürmte?
 11. Wie heißt der Autor des Buches „Geschichten aus der Heimat“?
 12. Was wird laut Peter Strucks bekanntem Zitat aus dem Jahr 2002 am Hindukusch verteidigt?
- Die Redaktion wünscht viel Spaß beim Lesen, Rätseln und Gewinnen! *DP*

PERSONALIA

>Bernhard Brinkmann † Bundestagsabgeordneter 1998-2013, SPD

Am 7. Dezember starb Bernhard Brinkmann im Alter von 70 Jahren. Der Versicherungsdirektor aus Schellerten/Kreis Hildesheim wurde 1973 Mitglied der SPD und amtierte von 2002 bis 2014 als Vorsitzender des dortigen Unterbezirks. Brinkmann war 47 Jahre Ratscherr in Schellerten und gehörte seit 1986 dem Kreistag an. Im Bundestag wirkte er im Haushalts-, im Rechts- sowie im Rechnungsprüfungsausschuss mit, dessen Vorsitz er von 2005 bis 2009 innehatte.

>Jann-Peter Janssen † Bundestagsabgeordneter 1994-2005, SPD

Gleichfalls am 7. Dezember starb Jann-Peter Janssen im Alter von 77 Jahren. Der Schiffbauer und Betriebsratsvorsitzende aus Norden, SPD-Mitglied seit 1969, war von 1972 bis 1986 sowie von 2001 bis 2005 Ratscherr seiner Heimatstadt. Janssen, Direktkandidat des Wahlkreises Aurich-Emden, engagierte sich im Tourismusausschuss und war dessen stellv. Vorsitzender von 1998 bis 2005.

>Wolfgang Weng Bundestagsabgeordneter 1983-1998, FDP

Am 21. Dezember vollendet Wolfgang Weng sein 80. Lebensjahr. Der Apotheker aus Gerlingen trat 1970 der FDP bei, war von 1982 bis 1999 sowie von 2002 bis 2008 Mitglied des Landesvorstands in Baden-Württemberg und gehörte von 1990 bis 1993 dem FDP-Bundesvorstand an. Von 1980 bis 1983 saß er im Landtag in Stuttgart. Weng amtierte von 1987 bis 1998 als stellv. Vorsitzender sowie von 1985 bis 1998 als haushaltspolitischer Sprecher seiner Bundestagsfraktion.

>Manfred Such Bundestagsabgeordneter 1989/90, 1994-1998, Bündnis 90/Die Grünen

Manfred Such wird am 21. Dezember 80 Jahre alt. Der Kriminalbeamte aus Werl schloss sich 1984 den „Grünen“ an und gehörte von 1991 bis 1994 dem NRW-Landesvorstand an. Such war Mitglied des Innenausschusses. 2002 trat er der PDS bei.

>Josef Bugl Bundestagsabgeordneter 1980-1987, CDU

Am 24. Dezember vollendet Josef Bugl sein 90. Lebensjahr. Der Physiker aus Mannheim, CDU-Mitglied seit 1975, war von 1976 bis 1988 Vorsitzender des dortigen Kreisverbands. Von 1976 bis 1980 gehörte er dem Landtag von Baden-Württemberg an. Im Bundestag wirkte Bugl im Forschungsausschuss mit.

>Christian Müller Bundestagsabgeordneter 1990-2005, SPD

Christian Müller begeht am 24. Dezember seinen 75. Geburtstag. Der Diplom-Ingenieur aus Zittau trat Anfang 1990 der SPD bei und übernahm 1991 den Vorsitz des Unterbezirks Neiß. Müller betätigte sich im Wirtschaftsausschuss und war dessen stellv. Vorsitzender von 1995 bis 2002.

>Antje Blumenthal Bundestagsabgeordnete 2001-2009, CDU

Am 25. Dezember wird Antje Blumenthal 75 Jahre alt. Die Finanzbeamtin aus Hamburg, CDU-Mitglied seit 1965, war von 1992 bis 2008 stellv. Landesvorsitzende und von 1989 bis 2003 stellv. CDA-Bundesvorsitzende. 1986/87 sowie von 1989 bis 2001 gehörte sie der Bürgerschaft an. Blumenthal wirkte im Familienausschuss mit.

>Ortwin Lowack Bundestagsabgeordneter 1980-1994, CSU, seit 1991 fraktionslos

Ortwin Lowack begeht am 25. Dezember seinen 80. Geburtstag. Der Rechtsanwalt aus Bayreuth schloss sich 1962 der CSU an und war von 1972 bis 1980 sowie von 1996 bis 2008 Stadtrat in Bayreuth. Im Bundestag wirkte Lowack im Rechtsausschuss sowie im Auswärtigen Ausschuss mit. 1991 verließ er seine Partei.

>Christine Lehder Bundestagsabgeordnete 1998-2005, SPD

Am 25. Dezember wird Christine Lehder 70 Jahre alt. Die Diplom-Ingenieurin aus Saalfeld trat 1990 der SPD bei, war Mitbegründerin des dortigen Ortsvereins und wurde Stadträtin. Diesem gehört sie auch aktuell an. Im Bundestag wirkte Lehder im Familien- sowie im Sportausschuss mit.

>Rainer Offergeld Bundestagsabgeordneter 1969-1984, SPD

Rainer Offergeld vollendet am 26. Dezember sein 85. Lebensjahr. Der Rechtsanwalt aus Lörrach, SPD-Mitglied seit 1963, war 1972 sowie von 1975 bis 1978 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesfinanzminister und von 1978 bis 1982 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit. In Offergelds Amtszeit vollzog sich die Abkehr von der wirtschaftspolitischen Ausrichtung der Entwicklungshilfe hin zur friedensfördernden Entwicklungszusammenarbeit. Von 1984 bis 1995 amtierte er als Oberbürgermeister von Lörrach. *bmh*

PERSONALIA

>Rudolf Purps Bundestagsabgeordneter 1980-1998, SPD

Am 26. Dezember wird Rudolf Purps 80 Jahre alt. Der Realschullehrer aus Lenestadt wurde 1968 SPD-Mitglied, war von 1977 bis 1987 Vorsitzender des Unterbezirks Olpe und gehörte von 1969 bis 1989 dem dortigen Kreistag an. Im Bundestag engagierte sich Purps überwiegend im Haushaltsausschuss.

>Bertram Hönicke Bundestagsabgeordneter 1990, CDU

Bertram Hönicke begeht am 27. Dezember seinen 80. Geburtstag. Der Forstingenieur aus Viesen/Kreis Potsdam-Mittelmark gehörte 1990 der ersten frei gewählten Volkskammer und von Oktober bis Dezember dem Bundestag an.

>Gerlinde Kaupa Bundestagsabgeordnete 2002-2005, CSU

Am 27. Dezember wird Gerlinde Kaupa 70 Jahre alt. Die Bürokauffrau aus Pocking/Kreis Passau trat 1989 in die CSU ein, gehört seit 1990 dem dortigen Stadtrat und seit 1996 dem Kreistag in Passau an. Kaupa wirkte im Sportausschuss mit.

>Uta Titze-Stecher Bundestagsabgeordnete 1990-2002, SPD

Am 28. Dezember wird Uta Titze-Stecher 80 Jahre alt. Die Sonderschullehrerin aus Eichenau/Kreis Fürstentfeldbruck wurde 1971 SPD-Mitglied, gehörte von 1992 bis 1994 dem Bezirksvorstand Oberbayern und von 1992 bis 1996 dem SPD-Landesvorstand an. Titze-Stecher arbeitete vor-

wiegend im Haushaltsausschuss mit und war von 1998 bis 2002 Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses.

>Rolf Olderog Bundestagsabgeordneter 1980-1998, CDU

Am 29. Dezember begeht Rolf Olderog seinen 85. Geburtstag. Der Jurist aus Oldenburg/Kreis Ostholstein, CDU-Mitglied seit 1962, war von 1970 bis 1980 Landtagsabgeordneter in Kiel. Im Bundestag wirkte er im Innenausschuss mit und war von 1983 bis 1998 Vorsitzender der Arbeitsgruppe Tourismus seiner Fraktion. Auf Olderog geht wesentlich die Gründung des Tourismusausschusses 1998 zurück.

>Sylvia Kotting-Uhl Bundestagsabgeordnete 2005-2021, Bündnis 90/Die Grünen

Am 29. Dezember wird Sylvia Kotting-Uhl 70 Jahre alt. Die Dozentin aus Karlsruhe schloss sich 1989 den „Grünen“ an und gehörte von 1995 bis 1999 sowie von 2001 bis 2013 dem baden-württembergischen Landesvorstand an. Von 2003 bis 2005 stand sie an dessen Spitze. Kotting-Uhl, von 2009 bis 2018 atompolitische Sprecherin ihrer Fraktion, wirkte im Umweltausschuss mit und war von 2018 bis 2021 dessen Vorsitzende.

>Clemens Schwalbe Bundestagsabgeordneter 1990-2002, CDU

Clemens Schwalbe wird am 31. Dezember 75 Jahre alt. Der Dipl.-Ingenieur aus Weißenfels trat 1986 der CDU bei und gehörte 1990 der ersten frei gewählten Volkskammer an. Schwalbe war von 1990 bis 1998 Parlamentarischer Geschäftsführer seiner Fraktion.

>Klaus Hagemann Bundestagsabgeordneter 1994-2013, SPD

Klaus Hagemann begeht am 31. Dezember seinen 75. Geburtstag. Der Lehrer aus Osthofen/Kreis Alzey-Worms, SPD-Mitglied seit 1966, war von 1974 bis 1994 und von 2005 bis 2010 dort Stadtrat sowie von 1980 bis 2018 Mitglied des Kreistags Alzey-Worms. Von 1987 bis 1994 amtierte er als Bürgermeister von Osthofen. Hagemann wirkte im Haushalts- sowie im Petitionsausschuss mit, dessen stellv. Vorsitz er von 2002 bis 2005 innehatte. *bmh*

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament Platz der Republik 1 11011 Berlin redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 2. Januar.

SEITENBLICKE



- KRANKENHAUS - REFORM -

Olaf Scholz, Bundeskanzler:

Wir stehen zusammen, wir lassen niemanden allein



Olaf Scholz (*1958)
Wahlkreis 61

Wer die Bilder und Berichte wahrnimmt, die uns seit dem 24. Februar Tag für Tag aus der Ukraine erreichen, kann nur zu einem Ergebnis kommen: In diesen Wochen geht ein besonders schweres Jahr zu Ende. Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine ist ein entsetzlicher Einschnitt. Er trifft zuallererst die Ukrainerinnen und Ukrainer. Sie ertragen seit fast zehn Monaten Vertreibung und Verschleppung, Verwundung und Tod.

Aber einen Einschnitt – eine Zeitenwende – bedeutet Russlands Krieg auch für ganz Europa und die Welt. Die Themen des Europäischen Rates morgen in Brüssel spiegeln den Ernst der Lage wider, in die Putin unseren Kontinent gestürzt hat. Sie belegen aber noch etwas – und vor allem darüber will ich heute sprechen: Sie belegen, wie fundamental Putin sich verrechnet hat. Putin glaubte, seine Truppen würden die Ukraine innerhalb von Tagen überrennen. Er glaubte, wir in Europa und im demokratischen Westen seien zu uneinig, um der Ukraine wirksam zu helfen. Er glaubte, er könne Europas Solidarität austrocknen, indem er uns den Gashahn zudreht. Aber kein einziger von Putins Plänen ist aufgegangen, weil Putin sich getäuscht hat über den Mut der Ukrainerinnen und Ukrainer, über Europa, über uns, über den Charakter unserer Demokratien, über unseren Willen, uns zu widersetzen gegen Großmachtwahn und Imperialismus.

Meine Damen und Herren, das ist die wirkliche Geschichte dieses

Jahres 2022: Die Ukraine widersteht der russischen Aggression; aber auch wir haben die Herausforderung angenommen. Gemeinsam mit unseren Freunden und Partnern haben wir die Ukraine entschlossen unterstützt – finanziell, humanitär und auch mit Waffen. Diese Unterstützung setzen wir fort, und zwar genau so lange, wie sie benötigt wird. Auch deshalb kämpfen die tapferen Streitkräfte der Ukraine immer erfolgreicher. Und weil das so ist, geht Russland dazu über, die ukrainische Infrastruktur zu zerstören, wehrlose Kinder, Frauen und Alte mit Raketen zu beschleßen. Was für eine furchtbare und zugleich völlig verzweifelte Strategie der verbrannten Erde! Aber auch damit kommt Putin nicht durch, weil die Ukrainerinnen und Ukrainer zusammenstehen und standhalten und weil wir die Ukraine umso mehr unterstützen, mit allem, was sie braucht, um auch dieser niederträchtigen Art der Kriegsführung zu widerstehen.

Dazu gehören jetzt Stromgeneratoren und Transformatoren genauso wie die Artillerie und Flugabwehrsysteme, die wir liefern. Es sind ja nicht zuletzt die Gepard-Flakpanzer aus Deutschland, die hochwirksam dazu beitragen, dass ziemlich viele russische Flugkörper abgeschossen werden. Gerade jetzt geht es dazu auch um konkrete Maßnahmen zur Versorgung der Ukraine mit Wärme, Wasser und Strom. Deshalb bin ich unseren französischen Freunden, besonders Emmanuel Macron, sehr dankbar für die gestern in Paris veranstaltete Solidaritätskonferenz. Dabei ging es gezielt darum, wie die Widerstandskraft der Ukraine in diesem Winter mit Blick auf die Instandsetzung der Energieinfrastruktur gestärkt werden kann. Auch im Europäischen Rat werden wir uns darüber weiter abstimmen.

Zugleich sorgen wir dafür, dass

die Ukraine auch 2023 die finanziellen Mittel bekommt, die sie braucht. Zusammen mit den internationalen Partnern hat Europa der ukrainischen Regierung seit Kriegsbeginn bereits umfangreiche Finanzhilfen geleistet. Für 2023 stellt die EU der Ukraine weitere 18 Milliarden Euro an außerordentlicher Finanzhilfe planbar und zielgerecht zur Verfügung. Denn die Ukraine muss jetzt in die Lage versetzt werden, diesen Winter zu überstehen.

Mit Blick auf die Zukunft will ich hier aber auch anmerken: Wer immer glaubt, er könne die Grundwerte der EU, zu denen sich alle Mitgliedstaaten verpflichtet haben, ausspielen gegen die außen- und sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit der Union, der wird damit scheitern.

In diesen Wochen geht ein besonders schweres Jahr zu Ende.

Meine Damen und Herren, auch die Arbeit am Marshallplan für den langfristigen Wiederaufbau der Ukraine kommt voran. Im Oktober haben wir führende Expertinnen und Experten der Welt hier in Berlin zusammengebracht, um dafür Konzepte zu entwickeln. Jetzt treiben wir die Bildung einer internationalen Geberplattform voran, die den Wiederaufbau koordinieren wird. Erst vorgestern haben wir uns mit unseren Partnern in der G 7 und mit der EU auf Eckpfeiler dieser Plattform geeinigt. Zugleich werden wir in der G 7 weiter zusammenarbeiten, um die Schwächsten in der Welt vor den Folgen dieses Krieges zu schützen, in dem Russland auch Ernährung und Energie gezielt als Waffe einsetzt.

Parallel dazu erhöhen wir den Sanktionsdruck auf Putins Regime. Das Embargo der EU für Öl aus Russland ist in Kraft. Seit vorletzter Woche gilt in Europa, in den G 7 und darüber hinaus der vereinbarte Ölpreisdeckel. Die Sanktionen gegen Russland werden wir so lange aufrechterhalten und weiter verschärfen, wie Putin seinen brutalen Angriffskrieg fort-

setzt.

Meine Damen und Herren, der russische Angriffskrieg bedeutet eine Herausforderung für den Zusammenhalt der Europäischen Union. Aber auch diese Herausforderung haben wir angenommen – gemeinsam und stark. Europa steht seit dem 24. Februar fest zusammen. Dafür hat die Bundesregierung von Anfang an gearbeitet. Wir haben unsere Partner unterstützt und umgekehrt ihre Unterstützung erfahren. Das ist gelebte europäische Solidarität.

Auch im Hinblick auf die Verteidigung unserer Freiheit und Sicherheit in Europa haben wir die vergangenen Monate intensiv genutzt. Hier in Deutschland, in Europa und in der NATO haben wir uns verteidigungspolitisch neu ausgerichtet. Unsere Bündnispartner wissen genau: Sie können sich auf uns verlassen. Sie wissen: Wir werden, falls nötig, jeden einzelnen Quadratmeter des Bündnisgebiets verteidigen.

Dafür haben wir das Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro beschlossen – die größte Investition in unsere Bundeswehr seit ihrem Bestehen wird damit möglich. Dafür rüsten wir unsere Streitkräfte nach Jahren der Vernachlässigung endlich angemessen aus. Dafür beschaffen wir moderne F-35-Kampffjets und leisten weiter unseren deutschen Beitrag zur nuklearen Teilhabe in der Allianz. Dafür halten wir in diesem Jahr und in den nächsten beiden Jahren bis zu 17 000 Soldaten für die NATO Response Force vor. Dafür übernehmen wir 2023 erneut die Führung der Schnellen NATO-Eingreiftruppe. Dafür werden wir ab 2025 für die NATO-Streitkräftestruktur dauerhaft 30 000 Soldaten bereitstellen. Dafür sind wir mit Kräften des Heeres und der Luftwaffe in der Slowakei präsent. Dafür sichern wir mit unserer Luftwaffe den Luftraum über Estland und erhöhen die Präsenz unserer Marine in der Ostsee. Dafür haben wir den NATO-Gefechtsverband in Litauen dauerhaft verstärkt und verbessern so die Verteidigung des ganzen Baltikums.

Dafür verstärken wir gemeinsam mit Norwegen und anderen Küstenstaaten aus NATO und EU den Schutz von Pipelines und anderer kritischer Offshore-Infrastruktur.

Und dafür habe ich vor drei Monaten in Prag auch den Vorschlag gemacht, einen Raketenschutzschirm aufzubauen, um so die europäischen Fähigkeiten innerhalb der NATO zu stärken. Es ist gut, dass sich schon 15 Partner unserer Initiative angeschlossen haben. Und es ist gut, dass wir in der EU beschlossen haben, unsere Partner weltweit, allen voran die Ukraine, mit neuen Mitteln der Europäischen Friedensfazilität weiter zu unterstützen.

Mit allen diesen Maßnahmen stärken wir nicht nur die Sicherheit unserer Freunde und Alliierten, sondern zugleich auch unsere eigene Sicherheit. Mit allen diesen Maßnahmen stärken wir das Vertrauen aller Partner in unsere Bereitschaft, im Bündnis Verantwortung zu übernehmen. Diesen Kurs haben wir seit dem 24. Februar entschlossen eingeschlagen. Diesen Kurs halten wir.

Meine Damen und Herren, Europas Sicherheit – das bedeutet auch Europas Energiesicherheit. Auf keinem anderen Gebiet haben wir in so kurzer Zeit so großen Fortschritt erzielt. Nichts beweist das so deutlich wie die Eröffnung des ersten schwimmenden Terminals für Flüssiggas, die wir am Sonnabend in Wilhelmshaven feiern werden. Im Juli war Baubeginn, und jetzt ist dieses erste deutsche LNG-Terminal fertig.

Schon in dieser Woche wird das erste Schiff mit Flüssiggas in Wilhelmshaven anlegen. Seit Monaten habe ich das angekündigt. Und seit Monaten haben mich Leute ungläubig angeguckt und gesagt: „Noch in diesem Jahr? Das wird doch nie was.“ Das hat vermutlich auch Wladimir Putin gedacht. Aber es ist was geworden. Die nächsten Terminals folgen in Kürze: in Lubmin, in Brunsbüttel

Wir haben unsere Partner unterstützt und umgekehrt ihre Unterstützung erfahren.

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung. www.bundestag.de/live/tv/index.html

und in Stade. Ich glaube, ich spreche im Namen von allen oder fast allen in diesem Haus, wenn ich sage: Herzlichen Dank an alle Arbeiterinnen und Arbeiter, an alle Ingenieurinnen und Ingenieure, die im Rekordtempo diese großartige Leistung vollbracht haben! Auch ihnen verdanken wir, dass wir in diesem Jahr gut durch den Winter kommen. Sie stehen für viele Millionen Bürgerinnen und Bürger in unserem Land, die in dieser schwierigen Zeit einfach anpacken, die mit ihrem Zusammenhalt und mit ihrer guten Arbeit dafür sorgen, dass wir über die Runden kommen. Auf jede und jeden von ihnen kommt es an.

Mit unseren Entlastungspaketen und dem 200-Milliarden-Abwehrschirm gegen die Folgen des russischen Angriffskriegs tut die Bundesregierung alles nur Mögliche, um die Lage der Bürgerinnen und Bürger und der Unternehmen zu erleichtern. So – und nur so – kommen wir gemeinsam durch diese Zeit.

Meine Damen und Herren, „gemeinsam“ – das bedeutet vor allem „gemeinsam in Europa“. Nie zuvor haben wir in Energiefragen so eng zusammengearbeitet. Wir haben uns auf gemeinsame Energiesparziele geeinigt, und wir haben uns darauf verständigt, dass wir die hohen Strompreise abfedern. Wir arbeiten am gemeinsamen Einkauf von Gas, sodass wir auch nächstes Jahr unsere Speicher gut füllen können. Dabei ist klar: Einfache Sofortlösungen gibt es nicht. Zum Beispiel können wir nicht so in Preise eingreifen, dass zu wenig Gas nach Europa geliefert wird. Diese Einsicht ist auch für die Verständigung wichtig, an der der Energierat der EU gestern weitergearbeitet hat. Ich bin sicher: Wir werden eine gute, pragmatische Verständigung erzielen.

Meine Damen und Herren, in einer weiteren Hinsicht erweist sich Putins Krieg als Beschleuniger notwendiger Veränderungen. Für den Umstieg auf erneuerbare Energie steht diese Bundesregierung von Anfang an. Aber jetzt ist klar: Die Erneuerbaren brauchen wir nicht nur wegen der Klimakrise. Wir brauchen sie auch zu unserer Sicherheit, damit wir nie wieder zu abhängig sind von einzelnen Lieferanten. Aus beiden Gründen arbeiten wir daran, dass Europa zum ersten klimaneutralen Kontinent wird, und auch dabei kommen wir schnell voran. Viele Elemente des Pakets „Fit for 55“ der EU werden gegenwärtig noch verhandelt. Wir setzen uns dabei ein für ehrgeizige Ziele, für den mutigen Einstieg in die nächste große Epoche unserer europäischen Industriegeschichte, in der wir mit klimaneutraler Technologie sichere neue Arbeit und

neuen Wohlstand schaffen.

Meine Damen und Herren, auch in den Prozess der EU-Erweiterung hat Putins Krieg neuen Schwung gebracht. Der Ukraine, Moldau und perspektivisch Georgien haben wir im Juni den Weg zur EU-Mitgliedschaft eröffnet. Aber wir haben endlich auch den Beitrittsprozess der sechs Staaten des westlichen Balkans wieder unter Dampf gesetzt. Das ist mir ein besonderes Anliegen.

Das Gipfeltreffen des Berlin-Prozesses am 3. November im Kanzleramt hat gezeigt: Konflikte der Vergangenheit sind, wie wir wieder spüren, nicht vorüber, aber überwindbar. Fortschritt in Richtung EU-Mitgliedschaft ist möglich. Diese Einschätzung habe ich letzte Woche beim EU-Westbalkan-Gipfel in Tirana ausdrücklich bekräftigt. Dafür setze ich mich auch weiter energisch ein, morgen beim Europäischen Rat und auch im kommenden Jahr. Darum ist es richtig, dass in dieser Woche auch Bosnien-Herzegowina zum EU-Beitrittskandidaten wird. Es liegt in unserem deutschen und in unserem europäischen Interesse, dass der westliche Balkan Teil der Europäischen Union wird.

Genauso liegt es in unserem Interesse, dass Kroatien ab 2023 zum Schengenraum gehören wird. Und es liegt in unserem Interesse, dass Rumänien und Bulgarien bald folgen. Das ist noch nicht gemacht; aber wir müssen auf diesem Weg weiter vorankommen.

Meine Damen und Herren, Putins Krieg hat auch bei vielen Fragen nach der Zukunft der Globalisierung und nach Europas Rolle in der Welt des 21. Jahrhunderts neue Klarheit geschaffen. Heute Mittag reise ich ja zuerst zum EU-ASEAN-Gipfel in Brüssel. Das wird das erste Gipfeltreffen überhaupt, das die Regierungschefs der EU und des südasiatischen Staatenverbandes so zusammenbringt. Gemeinsam haben die zehn ASEAN-Staaten 670 Millionen Einwohner; wir in der EU sind 450 Millionen. Schon diese enormen Zahlen zeigen: Die Vorstellung einer bipolaren Ära, in der sich alles um die USA und China dreht, geht an der globalen Wirklichkeit vorbei.

Natürlich, an der herausgehobenen Rolle der USA besteht kein Zweifel, auch nicht an der Rivalität zwischen den USA und China. Mit unserem wichtigsten globalen Partner, den USA, verbinden uns Europäer dabei vielfältige gemeinsame Werte und Interessen. Gerade dieses Jahr hat wieder gezeigt, wie unverzichtbar das transatlanti-

sche Bündnis ist. Das schließt Differenzen in Einzelfragen nicht aus.

Die amerikanischen Investitionen in den Klimaschutz sind ein beeindruckender Beitrag zur Transformation der US-Wirtschaft, und – auch das muss an dieser Stelle und hier gesagt werden – lange haben wir uns gewünscht, dass eine solche Zielrichtung in den USA verfolgt wird. Aber sie dürfen – auch das ist klar – nicht den fairen Wettbewerb verhindern. Darum unterstütze ich sehr, dass die Europäische Kommission intensive Gespräche mit den USA führt. Ich habe mit dem amerikanischen Präsidenten gesprochen; der französische Präsident hat das auch getan. Denn wir dürfen uns im transatlantischen Verhältnis nicht auseinanderdividieren lassen. Im Gegenteil: Statt einer großen Auseinandersetzung sollten wir noch enger zusammenarbeiten und den gemeinsamen und fairen Handel mit den USA stärken.

Meine Damen und Herren, Chinas Aufstieg zur Weltmacht ist eine Tatsache, mit der wir zurechtkommen müssen. Dabei wäre es falsch, „zurechtkommen“ mit „abkoppeln“ zu übersetzen, mit „decoupling“ oder „Deglobalisierung“. Das wäre nicht der richtige Weg. Als Wirtschafts- und Handelspartner bleibt China für uns wichtig, und über viele globale Fragen wollen und müssen wir mit China sprechen, auch da, wo wir unter-

schiedlich auf Sachverhalte blicken.

Bei meinem Besuch in China habe ich klar zum Ausdruck gebracht, dass Deutschland und Europa für eine regelbasierte internationale Ordnung eintreten, fest verankert in der Charta der Vereinten Nationen. Unsere Sorgen über die wachsende Unsicherheit im Südchinesischen Meer und in der Straße von Taiwan habe ich sehr deutlich formuliert. Das war wichtig. Aber wichtig war zugleich, dass Präsident Xi und ich in einer entscheidenden Frage einig waren: einig darüber,

dass bereits die Drohung mit dem Einsatz von Atomwaffen unzulässig ist; einig darüber, dass der Einsatz von Atomwaffen eine rote Linie überschreiten würde, die die Menschheit zu Recht gezogen hat. Ich hoffe sehr, dass diese klare und gemeinsame Botschaft auch in Moskau angekommen ist. Mit seinem gewalttätigen Großmachtwahn steht Russland heute so alleine da wie nie zuvor; auf dem G-20-Gipfel kürzlich auf Bali war das für alle Welt zu sehen.

Meine Damen und Herren, die Welt des 21. Jahrhunderts wird eine multipolare Welt sein. Wenn es um Lösungen für die großen globalen Themen geht – Klimaschutz, Pandemien, Biodiversität oder Digitalisierung –, dann müssen wir unsere Netze weiter auswerfen, dann müssen wir nicht nur unsere Lieferketten diversifizieren, sondern auch unsere Verhandlungen und Verbindungen in alle Teile der Welt, dann brauchen wir enge und vertrauensvolle Partnerschaften, besonders mit den aufstrebenden Nationen in Asien, in Afrika, in Lateinamerika und in

der Karibik. Darum haben wir zum diesjährigen G-7-Gipfel in Elmau auch die Regierungschefs wichtiger demokratischer Staaten des Globalen Südens eingeladen. Darum bin ich in diesem Jahr gezielt in Länder wie Vietnam und Singapur, Japan und Indonesien, Südafrika, Senegal oder Niger gereist. Darum habe ich Premierminister Modi zu deutsch-indischen Regierungskonsultationen empfangen. Und darum haben wir unsere gesamte deutsche G-7-Präsidentschaft genutzt, um für die Gründung eines offenen, kooperativen internationalen Klimaklubs zu werben, um so den globalen Klimaschutz voranzubringen. Es ist ein erfreulicher Abschluss unserer Präsidentschaft, dass die G 7 Anfang dieser Woche den Rahmen dieses Klubs förmlich beschlossen hat. Wir werden jetzt schnell auf weitere Staaten zugehen, damit der Klimaklub zu vereinten Anstrengungen gegen den Klimawandel führt.

Meine Damen und Herren, niemand leidet so sehr unter Russlands Angriffskrieg wie die Ukrainerinnen und Ukrainer. Wir stehen fest an ihrer Seite. Aber auch uns Deutsche, unsere Freunde und Partner hat Putins Krieg vor enorme Herausforderungen gestellt. Diese Herausforderungen haben wir angenommen; an diesen Herausforderungen sind wir gemeinsam gewachsen. Diejenigen, die nicht geglaubt haben, dass wir das können, die haben sich gewaltig geirrt. Das ist die gute Nachricht, die am Ende dieses so bitteren Jahres zuversichtlich stimmt: Wir in Deutschland haben gemeinsam den richtigen Weg eingeschlagen. Wir stehen zusammen, wir lassen niemanden allein.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, die Welt des 21. Jahrhunderts wird eine multipolare Welt sein.

Gerade dieses Jahr hat wieder gezeigt, wie unverzichtbar das transatlantische Bündnis ist.



Die Regierungserklärung durch den Bundeskanzler in der letzten Sitzungswoche des Jahres sorgt für rege Diskussionen im Hohen Haus. © picture alliance/dpa | Kay Nietfeld

Friedrich Merz, CDU:

Je mehr wir helfen, desto schneller ist dieser Krieg vorüber



Friedrich Merz (*1955)
Wahlkreis Hochsauerlandkreis

Wir begrüßen ausdrücklich, dass Sie, Herr Bundeskanzler, vor dem letzten Europäischen Rat in diesem Jahr und auch vor dem ersten EU-ASEAN-Gipfel heute eine Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag abgeben.

Wir teilen Ihre Einschätzung des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine und vor allem Ihre Bewertung der Entwicklung dieses Krieges in den letzten Wochen. Das russische Regime unter Präsident Putin verübt mit den gezielten Angriffen gegen die Infrastruktur des Landes, gegen die Wohnbezirke, gegen Kinderheime, gegen Krankenhäuser und Altenheime schwerste Kriegsverbrechen, für die Putin und seine Schergen eines Tages von der Weltgemeinschaft zur Rechenschaft gezogen werden müssen. Wir stimmen Ihnen zu, Herr Bundeskanzler, dass die Europäische Union und die NATO in den Wochen und Monaten seit dem Beginn dieses Krieges am 24. Februar zusammengewachsen sind und sich als handlungsfähig erwiesen haben.

Putin und sein verbrecherisches Regime haben vor allem die Widerstandsfähigkeit der Ukraine, die Standhaftigkeit ihrer Regierung unter Präsident Selenskyj, die Opferbereitschaft und die Leidensfähigkeit ihrer Bevölkerung und auch die Einsatzfähigkeit und Kampfkraft der Armee vollkommen unterschätzt.

Wir können zum Ende dieses, wie Sie es gesagt haben, Herr Bundeskanzler, besonders schweren Jahres dem ukrainischen Volk nur mit größtem Respekt unsere Anerkennung und auch unsere Anteilnahme an seinem Schicksal aussprechen.

Zum Ende des Jahres trauern die Familien in der Ukraine um viele Tausend gefallene und verwundete

Soldaten, um viele Tausend getötete Kinder, junge und ältere Menschen, unschuldige Männer und Frauen, die diesen Kriegsverbrechen zum Opfer gefallen sind. Wenn wir, meine Damen und Herren, in wenigen Tagen unser Weihnachtsfest feiern, in unserem Land, in dem wir doch das große Glück haben, in Frieden und Freiheit zu leben, dann sind unsere Gedanken auch bei den Menschen in der Ukraine, die unvorstellbares Leid und unvorstellbare Not in diesen Tagen aushalten müssen.

Dem Land stehen im Winter weiterhin schwere Wochen und Monate bevor. Es ist deshalb wichtig, dass wir unsere Unterstützung und Hilfsbereitschaft erneut unterstreichen und darin nicht nachlassen. Das gilt für die humanitäre und finanzielle Hilfe; das gilt aber auch für die militärische Hilfe. Anders als der ein oder andere in diesem Haus und außerhalb meint, sagen und denken zu müssen, verlängert unsere Hilfe diesen Krieg nicht. Das Gegenteil ist richtig: Je mehr wir helfen, desto schneller ist dieser Krieg vorüber.

Deshalb, Herr Bundeskanzler, bleiben wir dabei: Ja, Deutschland hat nach langem Zögern einiges an wichtigem militärischen Gerät geliefert. Aber nach wie vor fehlen der ukrainischen Armee Schützenpanzer und Kampfpanzer, die wir aus unseren Beständen und aus Beständen der Industrie liefern könnten.

Fast zehn Monate nach Beginn dieses Krieges verstecken Sie, Herr Bundeskanzler, sich immer noch hinter den NATO-Partnern, die angeblich auch nicht liefern wollen. Wir wissen mittlerweile, dass dies falsch ist. Es liegt vor allem an Ihnen ganz persönlich, dass die Ukraine diese Hilfe nicht bekommt.

Sie haben in Ihrer Rede gesagt: Wir haben hier in Deutschland unsere Verteidigungspolitik neu ausgerichtet. – Herr Bundeskanzler, das nehmen die NATO-Partner und die Europäische Union anders wahr. Sie bleiben weit hinter den Zusagen zurück, die Sie von dieser Stelle aus am 27. Februar in Ihrer Regierungserklärung gegeben haben. Der Verteidigungsetat der Bundesrepublik Deutschland sinkt. Wenn wir viel Glück haben, dann wird heute im Laufe des Tages der Beschluss des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages gefasst, von die-

sen 100 Milliarden Euro nun die ersten Mittel freizugeben – zehn Monate nach dem Beginn des Krieges, mehr als ein halbes Jahr, nachdem wir hier unter großem Zeitdruck, unter den Sie uns gesetzt haben, die Änderung des Grundgesetzes beschlossen haben. Diese Einschätzung, die Sie hier abgegeben haben, stimmt nicht mit der Wirklichkeit überein.

Sie haben in Ihrer Regierungserklärung, Herr Bundeskanzler, die wichtige Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Union angesprochen. Natürlich teilen wir diese Einschätzung in dieser Frage mit Ihnen. Aber so wortreich Sie diese Zusammenarbeit als gut funktionierend dargestellt haben: Es ist doch nicht zu übersehen, dass wir zurzeit eine tiefe Störung des deutsch-französischen Verhältnisses erleben. Sehr viele Beobachter in Berlin und vor allem in Paris sprechen von einem Tiefpunkt der Beziehungen. Und es war der französische Staatspräsident, der Ihnen am Rande des letzten Gipfels in Brüssel gesagt hat – wörtlich -: Es ist nicht gut, „wenn Deutschland sich isoliert“. – „Der Tagesspiegel“ titelt heute: „Einzeltäter in der EU-Politik“. Herr Bundeskanzler, das ist die Wahrnehmung anderer außerhalb Ihrer Regierung.

Ich füge eine Bemerkung hinzu, da Sie noch einmal auf die Rede Bezug genommen haben, die Sie im Sommer, im August an der Karlsuniversität in Prag gehalten haben. Sie haben in dieser Rede Frankreich, die deutsch-französischen Beziehungen, die gemeinsame Gründungsgeschichte in der Europäischen Union und die deutsch-französische Freundschaft als einen der wichtigsten Pfeiler der EU-Politik mit keinem einzigen Wort erwähnt. Das mag vielleicht in Ihrer Regierung niemand bemerkt haben. Aber in Paris ist das mit größter Aufmerksamkeit wahrgenommen worden. Das ist die Realität Ihrer Europapolitik.

Wir haben von Ihnen heute hier eine ganze Liste von Themen gehört, was jetzt in den nächsten Tagen weiter zu geschehen hat. Ich will es einmal so sagen: Sie listen wie ein guter Anwalt akribisch das Inventar auf, das sich in dem Haus befindet, das wir gemeinsam bewohnen. Aber Ihnen fehlt fast völlig der Blick für die Statik dieses Hau-



Oppositionsführer Merz wirft Kanzler Scholz (m.) vor, die Bundeswehr nicht ausreichend zu unterstützen. © picture alliance/dpa | Moritz Frankenberg

ses, für das Fundament dieses Hauses, und Ihnen fehlen die Fantasie eines Architekten und der entschlossene Wille eines Baumeisters, dieses Haus in Europa jetzt wetterfest und zukunftsfähig zu machen und vielleicht in diesem Haus in Europa sogar einen neuen Teil zu bauen. Wenn Sie jetzt so dazwischenrufen, dann will ich Ihnen drei konkrete Beispiele nennen, über die wir heute Morgen eigentlich auch sprechen müssten.

Sie haben über die deutsch-amerikanischen und die europäisch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen gesprochen. Was folgt denn aus dieser Beschreibung, die Sie heute Morgen abgegeben haben? Heißt das im Klartext, dass Sie, die SPD und die Grünen, jetzt dafür sind, dass mit Amerika ein neues Freihandelsabkommen ausverhandelt wird? Ja oder nein?

Sie haben hier über China gesprochen und über die Notwendigkeit, uns etwas unabhängiger von China zu machen. Sie treffen sich jetzt richtigerweise mit den ASEAN-Staaten in Brüssel. Was heißt das denn konkret, etwa im Hinblick auf die Handelsbeziehungen zu Südamerika? Sind Sie jetzt dafür, dass das Mercosur-Abkommen, das ausverhandelt ist mit den südamerikanischen Staaten, ratifiziert und verabschiedet wird als ein neues Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den Mercosur-Staaten?

Und dann muss ich Ihnen, Herr Bundeskanzler, sagen – das hat mich nun wirklich fast entsetzt -: ich bin gespannt, ob Sie gleich immer noch so reagiere: – Ist Ihnen eigentlich aufgefallen, dass der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung nicht ein einziges Wort zu den Vorgängen im Iran gesagt hat, meine Damen und Herren? In die-

sem Land werden seit drei Monaten auf offener Straße Demonstranten erschossen. Dieses Land versorgt die Hisbollah und die Hamas mit den finanziellen Mitteln, die diesen Terror überhaupt erst möglich machen. Dieses Land finanziert die Drohnen, die Russland gegen die Zivilbevölkerung in der Ukraine einsetzt. Und Sie erwähnen dieses Land mit keinem einzigen Wort!

Herr Bundeskanzler, es wäre doch richtig gewesen, am heutigen Morgen zu sagen, dass Sie sich dafür einsetzen, dass dieses Land jetzt vollkommen isoliert wird und dass von Deutschland eine Initiative ausgeht, das Land Iran jetzt so zu isolieren, dass es keine Chance mehr hat, den internationalen Terrorismus zu finanzieren.

Warum geben Sie uns in der Befragung Ihrer Regierung keine Antwort auf die Frage, ob Sie sich bei diesem Gipfel, der jetzt in Brüssel stattfindet, dafür einsetzen, diese sogenannten Revolutionsgarden, die die Stütze des Regimes sind, als eine Terrororganisation einzustufen? Warum bekommen wir noch nicht einmal eine Antwort von Ihrer Regierung, wenn wir Ihnen diese Frage stellen? Ja oder nein, Herr Bundeskanzler?

Ihre Regierungserklärung enthält viel Richtiges – keine Frage -, mit dem wir einverstanden sind und was wir selbstverständlich aus Überzeugung auch mitverantworten wollen. Aber es fällt doch auf, dass ganz wesentliche Teile fehlen und dass Sie vor allem den Fragen gezielt aus dem Wege gehen, die in Ihrer Regierung offenkundig streitig sind, auf die das stärkste und bevölkerungsreichste Land der Europäischen Union aber eigentlich gerade zum Abschluss des Jahres 2022 eine Antwort geben müsste. Herr Bundeskanzler, diese Antworten bleiben Sie uns schuldig.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU)

Es liegt vor allem an Ihnen ganz persönlich, dass die Ukraine diese Hilfe nicht bekommt.

Wir haben eine tiefe Störung des deutsch-französischen Verhältnisses.

Katharina Dröge, Bündnis 90/Die Grünen:

Europa zum Leitmarkt für Zukunftstechnologien machen



© Grüne im Bundestag, S. Kaminski

Katharina Dröge (*1984)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Ja, gerade in diesen Tagen zeigt sich, wie wichtig die Europäische Union ist, dass wir die EU dringlicher denn je brauchen. Sie, Herr Merz, haben ja gerade große Worte dazu gefunden, dass wir an einem Europa der Zukunft bauen müssen. Aber wenn man auf die Politik der CDU und CSU in Europa in den letzten Jahren zurückschaut, dann stellt man fest: Es war gerade der Kurs von Wolfgang Schäuble, der Europa so gespalten hat, der beserwischerische, belehrende Ton, den Wolfgang Schäuble, den die Union insbesondere gegenüber den Ländern Südeuropas an den Tag legten, dieser elende Kurs der Austeritätspolitik, mit dem Sie viele südeuropäische Länder zur Privatisierung gezwungen haben, wichtige Investitionen verhindert haben. Das ist Ihr Erbe, und das hat Deutschlands Ruf bei unseren europäischen Nachbarländern schwer belastet; das ist Ihr Erbe in der Europapolitik.

Ja, wir arbeiten an einem Europa der Zukunft. Das ist wirklich harte Arbeit: 27 Mitgliedstaaten mit vielen unterschiedlichen Perspektiven, die jeden Tag miteinander um den besten Weg ringen, aber auch zeigen, dass sie handeln können.

Wir haben hart um harte Sanktionen gegen den Iran gerungen – ein Regime, das auf furchtbare Weise Terror gegen seine eigene Bevölkerung ausübt, das junge Menschen einsperrt, foltert und hinrichtet, nur weil sie es wagen, eine eigene Meinung zu haben, nur weil sie es wagen, von einem Leben in Freiheit zu träumen. Das auszuhalten, ist extrem schwer. Wir arbeiten jeden Tag daran, dafür zu sorgen, dass die Welt hin-

schauf. Wir arbeiten jeden Tag daran, es diesem Regime schwerer zu machen. Insbesondere die deutsche Außenministerin war es doch, die dafür gesorgt hat, dass am Montag weitere Sanktionen in der Europäischen Union beschlossen wurden. Ganz persönlich: Herzlichen Dank, Annalena, dafür. Ich weiß, wie hart das ist, was du da gerade leistest.

Herr Merz, wenn Sie den Iran hier zu Recht ansprechen, dann muss ich Ihnen sagen: Ich werde Ihnen persönlich nicht vergessen, dass Sie hier im Plenum gelacht haben, als die deutsche Außenministerin über feministische Außenpolitik gesprochen hat. Sie haben sich breitbeinig zurückgelehnt und haben das Thema nicht ernst genommen, als wir das auf die Tagesordnung gesetzt haben. Fangen Sie erst mal mit Ihrer eigenen Wertehaltung an, bevor Sie hier andere kritisieren.

Dieser Reflex, einfach nur alles doof zu finden, ist im Kern populistisch.

Ja, wir ringen in Europa um die besten Antworten, zum Beispiel auch zum Umgang mit Orban. Es war schäbig, dass Orban ausgerechnet die Hilfen für die Ukraine genutzt hat, um die Europäische Union zu erpressen. Gut, dass sich eine Mehrheit der Mitgliedstaaten nicht davon hat beeindruckt lassen. Ja, es hätten noch mehr sein müssen, aber dass der Rechtsstaatlichkeitsmechanismus jetzt angewendet wird, das ist ein historisches Signal und zeigt, wozu die Europäische Union in diesen Zeiten fähig ist.

Wozu die Europäische Union fähig ist, hat sie insbesondere angesichts des furchtbaren Angriffskriegs, den Russland gegen die Ukraine führt, gezeigt. Wir haben zusammengestanden. Wir haben schnelle und harte Sanktionspakete auf den Weg gebracht, und gerade jetzt, in diesem Winter, der lang, dunkel und kalt wird für die Menschen in der Ukraine, ist es so wichtig, dass wir weiterhin mehr helfen, beim Thema „zivile Infrastruktur“ etwa mit Hilfsgütern, mit Generatoren, mit Heizgeräten, mit Containern. All das, was wir liefern können, um den Menschen in der Ukraine jetzt durch diese Zeit zu helfen, müssen wir liefern. Das heißt auch: Unterstützung mit Waffen. Das heißt auch: Unterstützung mit mehr Waffen. Das ist in dieser Zeit wichtig.

Herr Merz, angesichts Ihrer Worte über die Ukraine – sie waren am Anfang angemessen und empathisch – sage ich Ihnen auch: Solidarität mit der Ukraine zeigt sich auch im Umgang mit Geflüchteten, mit den Menschen, die hierher kommen, die unsere Hilfe brauchen. Dass die Union in dieser Zeit, in der so viele Menschen auf unsere Unterstützung angewiesen sind, immer wieder Kampagnen gegen Geflüchtete fährt, immer wieder Sharepics erstellt, immer wieder Sharepics erstellt, wie es die CSU in dieser Woche gegen Geflüchtete gemacht hat, über Sozialtourismus spricht, über Pull-Effekte spricht, das ist unsolidarisch, auch gegenüber den Menschen aus der Ukraine. Das macht das Leben dieser Menschen hier schwieriger, und Sie haben hier auch Verantwortung.

Ja, wir brauchen die EU auch, um Antworten auf die großen geopolitischen Herausforderungen dieser Zeit zu geben, etwa den Umgang mit China und auch

mit den USA. Der Inflation Reduction Act der USA ist eine krasse Ansage. Auf der einen Seite zeigen sie, wie man beim Klimaschutz Ernst machen kann, und auf der anderen Seite ist es eine Herausforderung für uns, weil diese Politik im Kern protektionistisch ist. Darauf müssen wir in der Europäischen Union eine Antwort geben. Unser Ziel ist hierbei klar: Wir müssen Europa zum Leitmarkt für Zukunftstechnologien, für grüne Technologien machen. Das zu fördern, ist die beste Antwort, die wir auf den Inflation Reduction Act geben können. Dazu gehört übrigens auch, unserer Industrie hier vor Ort zu helfen, fit zu werden für den klimaneutralen Markt der Zukunft.

Herr Merz, dieser Reflex, immer alles zu kritisieren, was die Regierung macht, und immer alles doof zu finden, nur weil es von der Regierung kommt, hat genau an dieser Stelle nicht funktioniert. Sie haben Herrn Habeck dafür kritisiert, dass wir jetzt Verträge mit der Industrie auflegen, damit sie auf Grünen Wasserstoff, auf eine klimaneutrale Stahlproduktion umstellen können. Sie haben das kritisiert und schlecht gefunden und dabei sogar vergessen, dass es in Ihrem eigenen Bundestagswahlprogramm stand. Dieser Reflex, einfach nur alles doof zu

finden, ist im Kern populistisch. Wer so handelt, ist im Kern nicht ernsthaft. Und ich wundere mich wirklich: Ich habe in den letzten Wochen von der Union mehr Sharepics gefunden zu irgendwelchen Leuten, die sich auf Straßen festkleben, als eine zukunftsgerichtete Antwort für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Sie hatten mal vor, eine Wirtschaftspartei zu sein. Im Kern haben Sie keine Antworten für die Zukunft unseres Landes, weder bei der klimaneutralen Wirtschaft noch beim Thema Fachkräftestrategie, wo Sie auch einfach gegen alles sind, was der Wirtschaft helfen würde, den Fachkräftemangel in diesem Land zu bekämpfen. Das ist keine ernsthafte Oppositionspolitik.

Die CDU hatte mal den Anspruch, eine staatstragende Partei zu sein. Momentan haben Sie sich in eine Populismusopposition zurückgezogen. Ich hoffe, Sie kriegen das in Zukunft wieder besser hin.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP – Thorsten Frei (CDU/CSU): Was für eine peinliche Rede! – Dorothee Bär (CDU/CSU): So peinlich, wirklich! Eine so peinliche Rede! Da würde ich mich schämen!)

Tino Chrupalla, AfD:

Machen Sie endlich Politik für Deutschland und für die Bürger



© DBT/Achim Weide

Tino Chrupalla (*1975)
Wahlkreis Görlitz

Herr Merz, Sie haben auf die Rede vom Herrn Bundeskanzler erwidert, Sie seien entsetzt, weil Teile gefehlt haben. Was ich bei allen meinen Vorrednern, auch in Ihrer Rede, eben nicht gehört habe und was mich entsetzt hat, ist, dass Sie kaum ein Wort über das eigene Land verloren haben, dass Sie kaum ein Wort über die Sorgen und Nöte der deutschen Bevölkerung verloren haben. Das sagt eigentlich alles aus.

Bereits die vergangenen EU-ASEAN-Gipfeltreffen haben uns nämlich auch eines gezeigt: Die Staaten wollen sich nicht zwischen zwei Verhandlungspartnern entscheiden. Darin haben sie uns und Europa mittlerweile einiges voraus. Sie wägen die Zusammenarbeit nämlich interessengeleitet ab, anstelle sich durch Sanktionen zu separieren.

China, meine Damen und Herren, gehört zu Asien: geografisch, kulturell und wirtschaftlich. Differenzen gibt es auch dort überall. Die kann man jedoch nur gemeinsam beraten, ohne die komplette Öffentlichkeit in die eine oder die andere Richtung zu instrumentalisieren. So kann jeder sein Gesicht wahren, und Missverständnisse werden so auch vermieden. Diese sind in den letzten Monaten schon oft genug als Konfrontation wahrgenommen worden. Genau das, werde Kollegen, gilt es auch zu vermeiden. Wir brauchen Zusammenarbeit auf Augenhöhe. Niemand möchte sich zuerst mit ideologischen Denkanätzen sei-

nes Gegenübers beschäftigen. Für eine friedliche Welt ist der respektvolle Umgang miteinander der erste Schritt.

Gerade die aktuelle Situation in Deutschland zeigt, dass wir als ein Land ohne Rohstoffe und mit hoher Inflation es uns überhaupt nicht erlauben können, ständig wirtschaftliche Sanktionen im Namen der sogenannten – wir haben es ja heute wieder gehört – feministischen Außenpolitik zu erlassen. Dieses Instrument schadet Deutschland ebenso nachhaltig wie seinen Bürgern, und genau das muss ein Ende haben.

Schon längst reden wir nicht mehr nur über Russland. Mittels Berichterstattung zur innenpolitischen Auseinandersetzung sendet die Bundesregierung Signale an unliebsam gewordene Länder aus; wir haben es heute auch gehört. Diese sorgen dort zumindest für Erstaunen bis hin zu Unverständnis; denn über Jahrzehnte – das muss man ja auch mal sagen – hat man vernünftig kommuniziert, diplomatische Standards gewahrt

und wirtschaftlichen Austausch gepflegt. Das waren die Leitlinien deutscher Außenpolitik der letzten Jahrzehnte.

Spätestens seit dieser Ampelregierung stehen ideologische Lehrstunden gegenüber anderen Nationen und Kulturen mittlerweile auf der Tagesordnung. Man unterscheidet nur noch zwischen gut und schlecht, zwischen schwarz und weiß. Da frage ich Sie: Können Sie sich, meine Damen und Herren, eigentlich noch vorstellen, dass diese Stimmung mittlerweile als feindselig aufgenommen wird? Ich frage Sie: Wem nutzt das? Meinen Sie, das hilft den Menschen vor Ort in den Ländern?

Ja, die geführten Auseinandersetzungen sind in Teilen auch gewalttätig, was wir als Alternative für Deutschland auch nicht verteidigen. Ist man aber ein besserer und vertrauensvollerer Partner, wenn man von außen einen vielleicht gewaltsamen Regimewechsel aktiv herbeiführen möchte? Natürlich nicht. Sie stellen sich – und damit Deutschland – dauerhaft vollkommen ins Abseits. Das trägt weder zu Frieden in der Region oder der Welt bei, noch nutzt es den deutschen Bürgern. Mit Ihrer Politik teilen Sie die Welt in zwei Hälften, schotten Deutschland einseitig ab und treiben so auch die Deindustrialisierung weiter vor-

ran. Sie setzen den mittlerweile längst eingeschlagenen Kurs der Merkel-Regierung fort. Dass der Wirtschaftsstandort Deutschland schon seit Jahren immer weniger attraktiv ist, zeigt die steigende Zahl der Firmen, die bereits abgewandert sind oder die es planen. Diese Zahlen sind alarmierend und müssten mittlerweile auch im Wirtschaftsministerium angekommen sein. So konnte man in der „FAZ“ am 30. November dieses Jahres nachlesen, dass laut einer Umfrage des Statistischen Bundesamtes unter 600 mittelständischen Unternehmen mittlerweile 20 Prozent bereits konkrete Pläne haben, Deutschland zu verlassen. Und das ist nicht der Anfang: Von 2018 bis 2020 gingen bereits 1,6 Prozent der deutschen Firmen diesen Weg – also lange vor den Ereignissen des Jahres 2022.

Sehr bedenklich sind zudem die Geschäftsbereiche, die vorrangig ausgelagert wurden, darunter die Warenproduktion und deren Vertrieb, aber auch die Forschung und Entwicklung. Das letzte Know-how, der letzte Rohstoff – Forschung und Entwicklung – wandert also mittlerweile ab.

Verstehen Sie da wirklich die Signale? Ich weiß es nicht. Zuerst wurden Produktionsprozesse aus Deutschland ausgelagert, und die Politik sagte: Wir werden eine Dienstleistungsgesellschaft; das war hier die Ansage. Aber das gehört mittlerweile auch der Vergangenheit an. Auch Dienstleistungen werden mehr und mehr ausgelagert. Da frage ich Sie: Warum sollte sich überhaupt noch ein Unternehmen in Deutschland ansiedeln? Diese Frage können Sie überhaupt nicht mehr beantworten. Die Ursachen sind nämlich klar – die benennen Sie kaum noch -: Hohe Sozialabgaben, die Steuerlast, die zu hoch ist, Bürokratie und natürlich nicht zuletzt die hohen Energiepreise tragen genau dazu bei, dass dieser Wirtschaftssektor bald auch nicht mehr existiert und dass Deutschland keine Wirtschaftsnation in dem Umfang mehr sein wird.

Beispiele sehen wir gerade auch hier in Berlin tagtäglich.

Man unterscheidet nur noch zwischen gut und schlecht; schwarz und weiß.

Sie haben kaum ein Wort über die Sorgen und Nöte der Deutschen verloren.

Handwerksbetriebe wie Bäckereien schließen, und die Gastronomie kann keine Angebote mehr machen, weil die Arbeitskräfte fehlen – und das in einer Bundeshauptstadt. Gehen Sie mal in Ihren Wahlkreis, sofern Sie überhaupt einen haben, und schauen sich die Lage mal vor Ort an. Können Sie Ihren Wählern diesen Niedergang eigentlich überhaupt noch vermitteln? Wenn man die Abwanderung, die ja auch in keinen Kontext mehr gesetzt wird, mal betrachtet, sieht man: Seit 2014 verlassen jährlich fast 250 000 Deutsche dieses Land. Das waren bis zum Jahr 2020 2 Millionen deutsche Leistungsträger, die dieses Land verlassen haben. Und Sie reden immer wieder von Zuwanderung. Die Gründe dafür sollten Sie mal ermitteln; denn das ist ein Skandal.

Sie dürfen mir glauben, dass die Bürger Tag für Tag die Folgen Ihrer destruktiven Politik sehen und erleben; denn diese Politik führt unser Land auch in die energiepolitische Sackgasse. Mit Ihrer Entscheidung, die grundlastfähigen Energieträger wie Kohle, Gas, aber auch Kernkraft aus Deutschland zu verbannen, enthalten Sie

Bürgern und Unternehmen die kontinuierliche Energieversorgung vor. Und nein, aktuelle Dunkelflauten können Sie eben nicht beeinflussen, wohl aber einen vernünftigen Energiemix, wie wir von der AfD ihn immer wieder gefordert haben. Sie als Bundesregierung werden mehr und mehr zum Treiber der Inflation. Sie sind die Hauptursache der Inflation in Deutschland.

Deshalb: Machen Sie die energiepolitische Kehrtwende! Machen Sie endlich Politik für Deutschland und für die Bürger! Sie haben die Aufgabe, auch in schwierigen Zeiten realpolitische Lösungsansätze zu erarbeiten. Hören Sie auf, stattdessen Ihre Ideologie mit immer wieder neuen Bedrohungsszenarien durchsetzen zu wollen. Wir, die Opposition, werden Sie immer wieder in die Pflicht nehmen, Politik zum Wohle des deutschen Volkes zu machen. Wir, die Opposition dieses Hohen Hauses, haben die Aufgabe, Ihre Regierungspolitik kritisch zu begleiten. Das ist der Kern unserer demokratischen parlamentarischen Ordnung, und nicht, Ihnen auf der Regierungsbank mit warmen Worten zu schmeicheln. Das machen Sie jeden Tag schon selbst genug.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Christian Dürr, FDP:

Deutschland gemeinsam stärker machen



Christian Dürr (*1977)
Landesliste Niedersachsen

Als wir im Februar nach Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine hier zu einer Sondersitzung des Deutschen Bundestages zusammengekommen sind, haben wir uns gegenseitig versprochen, dazu beizutragen, dass die demokratische Welt in dieser schwierigen Zeit zusammensteht, dass die Europäische Union zusammensteht und dass die Demo-

kratien der Welt die Ukraine unterstützen. Wir können jetzt, nach zehn fürchterlichen Monaten des Krieges – die Vorredner, bis auf den letzten, sind darauf eingegangen, welch fürchterliches Leid die Menschen in der Ukraine dieser Tage immer noch erfahren –, feststellen, dass die Demokratien der Welt zusammenstehen. Meine Damen und Herren, das ist ein ganz wichtiges Signal: Die Demokratien der Welt stehen gegen den russischen Aggressor zusammen. Das ist auch für die Menschen in der Ukraine ein ganz wichtiges Signal.

Jetzt tagt der EU-Rat. Herr Bundeskanzler, Sie sind heute auf dem Weg zum ASEAN-Gipfel; ich komme gleich noch einmal darauf zu sprechen. Insbesondere die Europäische Union spielt allein wegen der geografischen Nähe eine ganz wichtige geopolitische Rolle. Das, was dort ganz konkret besprochen wird – beispielsweise der Ölpreisschub, um die russischen Staatseinnahmen zu drosseln, oder die

Ausweitung der personenbezogenen Sanktionen –, findet breite Unterstützung, die Sie von hier mit auf den Weg nehmen können. Gleichzeitig ist wichtig, was wir schon geleistet haben und weiter leisten werden. Ich denke an die finanziellen Hilfen für die Ukraine, die der Bundesfinanzminister im Rahmen der G 7 und der Europäischen Union zugesichert hat, oder an die Justizhilfen, die der Bundesjustizminister auch im Rahmen der G 7 und der Europäischen Union diskutiert hat und die Sie als Bundeskanzler im EU-Rat heute und in den nächsten Tagen besprechen werden.

Meine Damen und Herren, wir alle stehen, obgleich sich dieses Volk mitten im anhaltenden Krieg befindet, in dauerndem Austausch mit den Menschen und den Führungspersonlichkeiten in der Ukraine. Die Demokratien der Welt – Deutschland, die Europäische Union – senden jeden Tag das klare Signal an die Menschen

in der Ukraine: Wir stehen an eurer Seite und unterstützen euch, wo immer es geht. Das ist ein ganz wichtiges Signal diese Woche, liebe Kolleginnen und Kollegen.

An der Stelle will ich auch ganz kurz auf die Europäische Union selbst zu sprechen kommen. Die Einführung des Rechtsstaatsmechanismus war ein ganz großer Schritt nach vorne. Denn ja, wir als Europäer müssen offen sagen, dass hier und da die Rechtsstaatlichkeit auch innerhalb der EU infrage gestellt wird.

Ich will es in aller Klarheit unterstreichen: Herr Orban, die Finanzhilfen für die Ukraine sind keine Pokerchips in diesem Spiel. Meine Damen und Herren, wir wollen auch Rechtsstaatlichkeit innerhalb der EU durchsetzen. Es geht um starke Demokraten, starke Rechtsstaatlichkeit innerhalb der Europäischen Union.

Dann müssen wir auch darüber diskutieren – der Oppositionsführer Friedrich Merz hat es angesprochen –, wie wir uns als viertgrößte Volkswirtschaft in der Welt aufstellen. Meine Damen und Herren,

der Inflation Reduction Act der US-Regierung macht uns natürlich große Sorgen, keine Frage. Herr Merz, Sie haben hier ganz viele Fragen gestellt. Die Fragen bezüglich des Freihandels hat der Deutsche Bundestag in der letzten Sitzungswoche aber längst beantwortet: Wir wollen mit Südamerika, mit Merco sur, mit Chile, mit Mexiko vorangehen, wir wollen einen Neustart des Freihandelsabkommens mit den Vereinigten Staaten. Herr Merz, ich weiß, da ist immer noch viel aufzuarbeiten,

offensichtlich auch in Ihrer politischen Geschichte gegenüber der eigenen Partei und der eigenen Regierungsverantwortung. Das sind alles Punkte, Herr Merz, die unter einer unionsgeführten Bundesregierung nicht möglich waren.

Wir sind eine Freihandelsnation innerhalb Europas, und wir wollen den Freihandel vorantreiben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

An der Stelle will ich auch ansprechen – der Herr Bundeskanz-

Die Demokratien der Welt stehen gegen den russischen Aggressor zusammen.

Fortsetzung auf nächster Seite

ler sprach darüber in Bezug auf den kommenden Samstag -, was wir in Deutschland als konkrete Antwort auf diesen Angriffskrieg, auf diese Krise gerade im Bereich der Energiepolitik leisten konnten. Angesichts der Tatsache, dass Deutschland als langsam galt, als ein Land, das hundertmal nachgedacht hat, das über ein Jahrzehnt braucht, um einen Flughafen in seiner Hauptstadt zu bauen: Wer hätte uns denn ernsthaft zugetraut, dass wir innerhalb weniger Monate ein LNG-Terminal in Deutschland planen, genehmigen, bauen und am Samstag in Betrieb nehmen werden, meine Damen und Herren? Das ist die Beschleunigung, die Deutschland braucht. Das macht diese Koalition, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Gleichzeitig schreiten wir bei

den Modernisierungsprojekten weiter voran. Ich denke an die Digitalstrategie. Über Planungsbeschleunigung sprach ich gerade. Ich denke auch an die Sozialstaatsreform; das Bürgergeld wird zum 1. Januar 2023 in Kraft treten. Ich denke an Dinge wie die Absicherung der gesetzlichen Rentenversicherung über die Aktienrente und an eine BAföG-Reform.

Über die Handelsagenda sprach ich gerade.

Meine Damen und Herren, zu den Zukunftsprojekten dieser Koalition gehört auch, Deutschland endlich zu einem modernen Einwanderungsland zu machen. Wir

sind weltoffen. Gleichzeitig machen wir das im besten Interesse unseres Landes und unserer Volkswirtschaft, liebe Kollegen. Diesen Fortschritt tragen wir nach

Europa. Wir wollen gemeinsam mit unseren europäischen Partnern gerade in diesen harten geopolitischen Zeiten zusammenarbeiten.

Zu guter Letzt, Herr Merz, da ja viel Kritik – jedenfalls zu zwei Drittel Ihrer Rede – gegen

über dem Bundeskanzler und der Bundesregierung dabei war: Wenn ich mir die Zeitungsüberschriften der letzten Monate anschau, dann sehe ich im April: „Bundeswehr: Merz droht mit Blockade des Milliardenpakets.“,

Wir sind eine Freihandelsnation innerhalb Europas.

Dr. Dietmar Bartsch, Die Linke:

Deutschland ist unter der Ampel die Klimadreckschleuder Europas



Dietmar Bartsch (*1958)
Landesliste Mecklenburg-Vorpommern

In den Wochen nach dem furchtbaren völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine hat Europa, hat die EU, etwas erlebt, was ihr in den letzten Jahren jedoch sehr selten widerfahren ist. Es gab Hoffnung, es gab Sehnsüchte, die sich mit der EU verbunden haben. Ja, es war ein Einschnitt. Ja, es war eine Zeitenwende, unbestritten. Aber Fakt ist auch: Vor dem jetzigen erneuten Treffen des Europäischen Rats sind diese Hoffnungen vielfach verpufft.

Und, meine Damen und Herren, ich will hier mal feststellen, dass die Fraktion der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament aktuell in einem Korruptionssumpf versinkt. Ich hätte mir gewünscht, dass das zumindest mal erwähnt wird. Das ist einer der größten Skandale, die wir in der letzten Zeit hatten. Das ist doch unfassbar! Kein Wort dazu!

Meine Damen und Herren, die Krisenlösungsfähigkeit der Euro-

päischen Union entpuppt sich immer mehr als eine Luftnummer. Ja, ich weiß, es ist viel getan worden. Und ich will auch deutlich sagen: Wir als Linke unterstützen alle humanitäre Hilfe für die Ukraine. Ja, ich sage deutlich: Danke an die Hilfsbereitschaft vieler Menschen in unserem Land, die Geflüchtete aufnehmen, ohne Wenn und Aber. Aber es stimmt eben auch: 254-mal taucht das Wort „Europa“ in Ihrem Koalitionsvertrag auf, aber für die Menschen in Deutschland gilt leider – und täglich grüßt das Murmeltier; die Tagesordnung ist wie immer -: Was europäische Lösungen für die Inflation und für die Energiekrise betrifft, da ist weitgehend Fehlanzeige. Das hat eben viel mit Ihnen zu tun, mit der Bundesregierung.

Zum Beispiel die Gaseinkäufe: Erst wollten Sie nicht, und nun doch. Dann die Übergewinnsteuer: Wollten Sie nicht. Und während andere in Europa diese Übergewinnsteuer schon längst gemacht haben, haben Sie das sehr lange unter einem anderen Namen und eine Nummer kleiner getan. Und was ist eigentlich mit der europäischen Gaspreiskontrolle? Auch da: keine Antwort. Da ist das US-Investitionsprogramm. Sie haben Fragen gestellt. Sie haben nach Antworten gesucht. Ich hätte mir gewünscht, dass außer intensiven Gesprächen hier klar gesagt wird, was da getan wird. – Das ist mir alles viel zu wenig. Ich sehe nur ein Maximum an Selbstgerechtigkeit,

viele verprellte Partner in der Europäischen Union und vor allen Dingen unzufriedene Bürgerinnen und Bürger in Deutschland, meine Damen und Herren.

Herr Bundeskanzler, Sie haben Ihre Energiepolitik gelobt und den schnellen Ausbau der Terminals. Aber zur Wahrheit gehört doch auch: Seit Wochen herrschen Temperaturen um den Gefrierpunkt, und Millionen Haushalte und Betriebe haben in den letzten Wochen astronomische Preiserhöhungen

im Oktober: „Streit um Bürgergeld – CDU droht mit Blockade.“, im November: Merz droht mit Blockade der Preisbremsen. – Das ist zurzeit keine konstruktive Oppositionspolitik. Und ehrlicherweise ist es nicht einmal eine Politik der Alternativen zu der Politik dieser Bundesregierung. Die Sprachbilder, die Sie gerade in Ihrer Rede genutzt haben, Herr Merz, die Sprachbilder von „Bob der Baumeister“ sind kein Beweis dafür, dass Sie es an irgendeiner Stelle besser könnten, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ganz im Gegenteil!

Wir dagegen handeln: Noch diese Woche setzen wir das Gesetz über die Strom- und Gaspreisbremse in Kraft, die zum 1. Januar nächsten Jahres gelten wird. Niemand in Deutschland wird allein gelassen, und natür-

für Strom und Gas im Briefkasten vorgefunden. Keine dieser Preiserhöhungen wurde vom Wirtschaftsminister kontrolliert. Nun erklärt Herr Habeck zwar, Preiserhöhungen wären null und nichtig, außer sie können durch die Beschaffungskosten begründet werden. Aber wann beginnen denn nun endlich die Kontrollen? In zwei Wochen ändern sich die Tarife. Müssen die Leute zahlen oder nicht? Das ist unklar.

Die Menschen haben Existenzängste, und Sie kommen viel zu spät, meine Damen und Herren.

Ich will auf einen weiteren Punkt aufmerksam machen: Die Erneuerbaren haben Sie hier gelobt. Es ist ja völlig richtig, sie verbal zu loben. Aber Ihre Energiepolitik, die ist teuer, und die ist klimaschädlich, und vor allen Dingen gibt es dort eine

lich wollen wir gemeinsam Deutschland stärker machen in der Zukunft.

Ich würde mir – und das zum Schluss als Weihnachtsgruß in Richtung der Union – eine Opposition wünschen, die nicht nur ganz laut fordert: „Preisdeckel bei Strom und Gas“ und dann über Monate im Deutschen Bundestag dagegen ist; eine Opposition, die nicht nur fordert: „Freihandel“ und dann die Bundesregierung fragt, warum sie keinen Freihandel macht, obwohl wir es beschlossen und erklärt haben. Schauen Sie hin, was wir machen, und gehen Sie gemeinsam mit uns in ein gutes neues Jahr 2023.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Endlich weniger Selbstzufriedenheit und mehr Engagement!

erhebliche Doppelmoral. Der Ausbau der Windenergie geht seit 2017 stetig zurück. Und in diesem Jahr stagniert er auf dem Niveau des Vorjahres der Großen Koalition. Das ist die Wahrheit! Fast die Hälfte des produzierten Stroms in Deutschland stammt phasenweise aus der Kohle. Deutschland ist unter der Ampel die

Klimadreckschleuder Europas. Das ist die Wahrheit! Es ist schlicht wahr. Die gute Nachricht ist, dass ein Jahr schon vorbei ist. Aber ich kann nur eins raten: Korrigieren Sie Ihre Selbstzufriedenheit auch bezüglich Europas. Die Bürgerinnen und Bürger haben Besseres verdient als dieses: „Wir lassen niemanden allein“ und lauwarmer Ankündigungen aus Brüssel. Endlich weniger Selbstzufriedenheit und mehr Engagement, meine Damen und Herren!

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)



Teilnehmer eines Klimastreiks von DresdenZero und Fridays for Future fordern die Einhaltung der Klimaneutralität 2035.

© picture alliance/dpa | Sebastian Kahmert

Achim Post, SPD:

Es war und ist ein Jahr wie kaum ein anderes



Achim Post (*1959)
Wahlkreis Minden-Lübbecke I

Wenn man auf das Jahr 2022 zurückblickt, muss man, glaube ich, sagen: Es war und ist ein Jahr wie kaum ein anderes. Es ist ein Jahr, das durch Putins aggressiven Angriffskrieg wieder Krieg auf diesen Kontinent gebracht hat. Es ist ein Jahr, das vermeintliche Gewissheiten beschädigt oder sogar zerstört hat. Aber: Es ist auch ein Jahr, das uns in Deutschland und Europa angespornt hat, entschlossener und geschlossener zu handeln. Und es ist ein Jahr, das nachdrücklich und eindrücklich zeigt: Eine souveräne, soziale, starke Europäische Union ist unverzichtbar, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wenn ich zur Regierungsbank blicke und zum Bundeskanzler, kann ich für meine Fraktion, für die SPD-Bundestagsfraktion, gerade zum Ende dieses Jahres erklären: Wir bedanken uns für die Entschlossenheit und Besonnenheit der gesamten Bundesregierung und des Bundeskanzlers Olaf Scholz.

Diese Bundesregierung handelt in Deutschland mit dem „Sondervermögen Bundeswehr“, mit drei Entlastungspaketen, mit dem 200-Milliarden-Paket, das wir in dieser Woche beschließen werden zur Deckelung von explodierenden Energiepreisen. Diese Bundesregierung handelt in Europa, außenpolitisch, gegenüber Russland, mittlerweile mit neun Sanktionspaketen – Sanktionspakete, die es so noch nie gegeben hat in der Geschichte der Europäischen Union. Sie handelt gegenüber dem Iran mit einer Klarheit und Entschlossenheit, wie sie von Annalena Baerbock und vom Bundeskanzler vorgetragen wird, wie ich sie noch nie erlebt habe in den letzten 20 oder 30 Jahren, um das mal ganz klar zu sagen!

Und sie handelt mit Blick auf die nächsten notwendigen Erwei-

terungsschritte fast 20 Jahre nach dem Gipfel in Kopenhagen, wo die bislang größte Erweiterung beschlossen wurde. Mit klaren Kriterien, wann man beitreten darf und wann nicht, haben wir uns jetzt, nachdem jahrelang nichts passiert ist, auf den Weg gemacht, unter der Führung dieses Bundeskanzlers die nächsten Schritte zur Erweiterung der Europäischen Union um den westlichen Balkan zu machen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Diese Bundesregierung handelt auch sicherheitspolitisch und verteidigungspolitisch in einer Art und Weise, wie wir uns das wahrscheinlich alle vor zehn Monaten noch nicht vorstellen konnten: mit dem „Sondervermögen Bundeswehr“ und auch mit deutsch-französischen Projekten, die jahrelang in der Großen Koalition verhakt waren und wo nichts weiterging, als Sie die Verteidigungsminister gestellt haben, nämlich mit dem Waffensystem, dem neuen FCAS, ein deutsch-französisches Großprojekt für die nächsten Jahre und Jahrzehnte, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir handeln – das gehört nämlich dazu – auch entwicklungs- politisch, wir leisten humanitäre Hilfe. Das, was Deutschland in den letzten zehn Monaten für die Ukraine geleistet hat, ist wirklich vorbildlich, und es ist ganz billig, das eine oder andere herauszusuchen, was einem gerade nicht passt, lieber Kollege Merz. Und wenn ich schon mal bei Ihnen bin: Das Einzige, was mich bei Ihren Reden immer irritiert, ist der Anfangsteil. Der Anfangsteil ist immer staatsmännisch, kooperativ. Es stellt sich am Schluss Ihrer Rede immer heraus: Das ist nur gespielt. Es reicht nur zum Reclam-Staatsmann, Herr Merz.

Zu dem, was Sie, Herr Bartsch, angesprochen haben: Natürlich muss man auch bei einer solchen Regierungserklärung – an einem solchen Tag, vor zwei wichtigen Gipfeln – darüber reden, was in der Europäischen Union nicht klappt oder wo es Missstände gibt. Ich fange mal an. Es gibt keinen Skandal der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament. Es gibt einen Skandal von einzelnen Sozialdemokraten im Europäischen Parlament. Das ist richtig, und das sprechen wir ganz offen an. Ich hätte mich gefreut, wenn Sie das bei den Maskenskandalen und anderen Sa-

chen genauso gemacht hätten.

Das, was sich da zeigt, ist zweierlei: ein Abgrund an Habgier und ein Abgrund an Korruption. Aber es zeigt sich auch: innerhalb von fünf Tagen Ausschluss aus der Partei, Ausschluss aus der Fraktion und ein Beschluss des Europäischen Parlaments zur Absetzung als Vizepräsidentin. Das ist schnelles Handeln. In fünf Tagen ist hier bei uns mehr passiert als bei anderen in fünf Jahren.

Und es gibt noch etwas, worüber man reden muss; der Kollege Dürr hat das zu Recht angesprochen: Natürlich ist es in der Euro-

päischen Union mit 27 Staaten nicht so, dass alle so sind wie wir oder alle so sind wie Frankreich oder alle so sind wie die Niederlande; nein. Das liegt in der Natur der Sache, wenn ich nach und nach versuche, die Europäische Union zu erweitern.

Es liegt nicht in der Natur der Sache, dass einige Länder meinen, sie müssten sich nicht an Rechtsstaatlichkeit, Freiheit, Demokratie und Pressefreiheit halten, zum Beispiel Ungarn. Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist es richtig, dass mit dem Vorgehen der Europäischen Union gegenüber Ungarn und Orban ein Meilenstein gesetzt wurde. Geld scheint doch eine wichtige Waffe zu sein, um solchen Leuten ans Leder zu gehen. Er ist jedenfalls kein Gewinner der letzten Woche. Er ist der große Verlierer in Europa. Der große Verlierer in Europa heißt Viktor Orban, liebe Kolle-

ginnen und Kollegen.

Zusammengefasst: Wir haben für 2023, ausgehend von dem morgigen Gipfel, viel vor in Europa. Wir werden in der Wirtschafts- und Industriepolitik mit diesem Wirtschaftsminister die industriepolitische Agenda in Europa neu schreiben, wir werden bei den Beihilfen deutlich mehr machen als bisher, und wir werden auf der Höhe der Zeit sein, wenn es darum geht, uns neu aufzustellen, was die Wirtschafts- und Industriepolitik in Europa angeht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Der letzte Punkt: Ich bin sicher, dass der Fahrplan für einen realistischen Fortschritt in der Europäischen Union Schritt für Schritt umgesetzt wird, wie es der Bundeskanzler in Prag erklärt hat. Der erste Schritt dafür wird auf diesem Gipfel passieren, die nächsten werden folgen.

Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Eine souveräne, soziale, starke Europäische Union ist unverzichtbar.

Alexander Dobrindt, CSU:

Sie haben den Menschen Respekt versprochen



Alexander Dobrindt (*1970)
Wahlkreis Weilheim

Herr Bundeskanzler, Sie haben den Vernichtungskrieg Putins gegen die Zivilbevölkerung in der Ukraine angesprochen. Sie haben noch einmal deutlich bekräftigt, dass Sie an der Seite der Ukraine stehen. Wir unterstützen Sie bei diesem Anliegen ausdrücklich, immer und immer wieder.

Aber was Sie heute erneut nicht gesagt haben, und das muss das Leitmotiv all unserer Handlungen sein: Die Ukraine muss diesen Krieg gewinnen! Was ist so schwer daran?

Sie haben darüber gesprochen, dass Sie Europa zusammenhalten wollen. In Ihrer ersten Regierungserklärung, Herr Bundeskanzler,

haben Sie gesagt, dass Sie in Europa Brücken bauen wollen. Die Bilanz allerdings im ersten Jahr Ihrer Regierung ist doch eher, dass Sie Deutschland in Europa zunehmend isoliert haben.

Es ist Ihre Verteidigungsministerin, die Polen vor den Kopf gestoßen hat, weil sie Patriot-Vereinbarungen nicht geheim halten konnte. Es ist Ihr Wirtschaftsminister, der Schweden vor den Kopf gestoßen hat, weil er aus ideologischen Gründen die Kernenergieversorgung Schwedens gefährdet. Sie selber liegen mit dem französischen Präsidenten im Streit. Herr Bundeskanzler, der deutsch-französische Motor in Europa, er stottert. Sie bauen keine Brücken, Sie reißen sie ein. Das ist die Wahrheit in Europa.

Sie haben hier heute intensiv über Ihre Neuausrichtung der Verteidigungspolitik gesprochen. Sie haben in Ihrer Zeitenwende-Rede ja auch von einer Aufrüstungs-offensive gesprochen und diese versprochen. Aber wie schaut denn die Bilanz am Ende dieses Jahres aus? 2 Prozent für die Verteidi-

gung: Sie halten sie nicht ein. 10 Milliarden Euro für die Munitionsbeschaffung: Sie halten sie nicht ein. 100 Milliarden Euro Sondervermögen ausgeben für Beschaffung: Sie halten es nicht ein. Ihre Verteidigungsministerin organisiert anstatt der Zeitenwende die Zeitverschwendung. Das hat mit Fortschritt nichts zu tun.

Sie haben auch von der Energiesicherheit gesprochen. In Ihrer Rede hier im Deutschen Bundestag am 1. Juni haben Sie gesagt:

Energie muss immer verfügbar sein, 24 Stunden am Tag, 365 Tage im Jahr.

Die Realität heute ist eine andere. Erst hat Ihr Wirtschaftsminister das Stromproblem grundsätzlich gelehnet. Dann haben die Grünen ein Stromsonderproblem für Bayern erfunden. Jetzt erklärt das grüne Ministerpräsidentenland Baden-Württemberg – hören Sie einfach zu –, dass Abschaltungen der Stromversorgung nicht mehr auszuschließen sind.

Ihre Verteidigungsministerin organisiert statt der Zeitenwende die Zeitverschwendung.

Fortsetzung auf nächster Seite

Ja, Herr Habeck, Sie schalten die Kernkraftwerke ab anstatt den Verstand ein. Ich sage Ihnen: Das hat mit Blackout nichts zu tun. Es ist ein Greenout, den wir hier erwarten können.

Weil wir hier über Ihre Bilanz reden: Der Bundesfinanzminister hat noch im letzten Monat gesagt, dass Sie als Koalition nicht beabsichtigten, Steuern zu erhöhen. Letzte Woche haben Sie hier im Deutschen Bundestag eine massive Erhöhung der Erbschaftsteuer beschlossen. Vielleicht haben Sie das etwas spät bemerkt. Und weil Sie, Herr Dürr von der FDP, hier wieder

den Namen „Horst Seehofer“ zwischenrufen, will ich Ihnen schon mal sagen: Wir haben uns ja daran gewöhnt, dass Sie von Ihrer Mitverantwortung in den letzten 20 Jahren in der deutschen Politik nichts mehr hören wollen, aber dass Sie jetzt schon von Ihrer Mitverantwortung bei den Entscheidungen von letzter Woche nichts mehr wissen wollen, das ist in der Tat eine ganz neue Dimension.

Auch wenn Ihnen das möglicherweise spät aufgefallen ist: Sie haben in der letzten Woche die Freibeträge nicht erhöht. Jetzt kommen Sie darauf – ges-

tern ganz offensichtlich -, dass man Freibeträge erhöhen muss, und schieben die Verantwortung den Ländern zu.

Ich sage Ihnen: Wenn Sie bereit sind, die Freibeträge zu erhöhen, dann liegt der Ball immer noch im Finanzministerium. Dann machen Sie doch einen Gesetzentwurf, dass die Freibeträge erhöht werden und die Erbschaftsteuer nicht steigt. Wir sind sofort dabei, dies mitzumachen.

Zum Schluss nur der Hinweis: Herr Bundeskanzler, Sie haben den Menschen Respekt versprochen. In Ihrer ersten Rede als Bundeskanzler kommt dieses Wort 30-mal vor. In Ihrer letzten Rede und auch heute, Herr Bundeskanzler, ist davon keine Rede mehr. Ich wünsche mir für Ihr zweites Jahr in Ihrer Amtszeit, dass Sie wieder mehr über Respekt reden und übrigens auch danach handeln:

Respekt gegenüber unseren europäischen Partnern, Respekt gegenüber der nächsten Generation, Respekt gegenüber der Leistung der Menschen in unserem Land und – übrigens auch als Weihnachtsgruß, Herr Dürr – Respekt auch gegenüber der Opposition.

Ich kann sagen: Ich habe selten eine so destruktive Rede hier im Deutschen Bundestag von einer Regierungskoalition gehört wie von Ihnen, Frau Dröge.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Herr Habeck,
Sie schalten die
Kernkraftwerke
ab anstatt
den Verstand
ein.**

Jürgen Trittin, Bündnis 90/Die Grünen:

Solidarität mit der Ukraine heißt Solidarität mit den Menschen



Jürgen Trittin (*1954)
Landesliste Niedersachsen

Lieber Herr Dobrindt, ich glaube, Sie haben hier gleich mehrere Chancen verpasst. Die erste Chance wäre gewesen, dass Sie sich hier für das unselige Sharepic entschuldigen, das ukrainische Flüchtlinge im Ankunfts-zentrum in Tegel zeigt. Solidarität mit der Ukraine heißt Solidarität mit den Menschen und heißt nicht, Politik zulasten von Geflüchteten aus der Ukraine zu machen.

Die zweite Gelegenheit, die Sie verpasst haben: Sie hätten sich hier endlich mal für den Begriff der „Klima-RAF“ entschuldigen können. Wissen Sie, warum ich das in dieser Woche sage? Weil wir gerade damit konfrontiert worden sind, was die wahre terroristische Herausforderung in diesem Lande ist, nämlich der bewaffnete Arm der Reichsbürger mit den Beziehungen zur AfD. Dazu gab es kein Wort von Ihnen, kein Sharepic, gar nichts! Das ist ein Messen mit doppelter Moral.

Vielleicht sollten Sie, wenn wir über Europa sprechen, sich der Ernsthaftigkeit der Delegation infolge dieses jüngsten Korruptionsskandals stellen. Ich hätte mir gewünscht, dass die CSU an der

Stelle sagt: Ja, wir überdenken unsere Position noch mal. – Denn weiterhin dagegen zu sein, dass es eine Obergrenze für Bargeldzahlungen gibt, ist angesichts der Bargeldhaufen, die da gefunden worden sind, meines Erachtens genau die falsche Konsequenz aus diesem Skandal.

Wenn Sie mir schon den Gefallen tun, als CSU-Mitglied über Energiepolitik zu sprechen, dann erlaube ich mir die freundliche Frage: Wer hat die Situation herbeigeführt, dass, wie die deutschen Netzbetreiber festgestellt haben, wir zwar in Norddeutschland eine Überkapazität von Strom haben, wir nicht wissen, wohin damit, wir zum Teil dort Windparks abschalten müssen, aber in Bayern eine Mangellage droht? Ich kann Ihnen beantworten, wer dafür verantwortlich ist: Das ist der esoterische Einzelgang der CSU gewesen, die gewollt hat, dass dort keine Windenergie produziert wird und die jede Stromleitung aus dem Norden in den Süden blockiert hat. Wenn jemand ein energiepolitischer Geisterfahrer ist, dann ist es die CSU in Deutschland.

Letzte Bemerkung. Meine Damen und Herren, das ist die traurige Wirklichkeit, die wir gelegentlich vorgefunden haben, als wir die Regierung übernommen haben. Auf die Frage, wie wir in Europa mit dieser Situation umgehen, hat diese Bundesregierung eine Antwort gefunden. Wir sind diejenigen, die zum Beispiel mit dem Global Gateway es vorantreiben, dass in Namibia, in Chile im großen Stil die Erzeugung von erneuerbaren Energien und Wasserstoff ausgebaut wird. Aber wir gehen nicht nur hin und sagen: Wir machen dieses Neue. – Wir si-

chern auch die Energieversorgung für morgen. Das ist übrigens, wenn ich das sagen darf, nicht nur

eine gute Nachricht für die Energieunabhängigkeit Deutschlands. Das zeigt an dieser Stelle auch und gerade ein partnerschaftliches Verständnis im Umgang mit Ländern wie Namibia. Das ist eine riesige Entwicklungschance für diese Länder.

Aber wir nehmen als G-7-Länder auch viel Geld in die Hand, um gemeinsam mit anderen Ländern, beispielsweise Südafrika, de-

ren Abhängigkeit von Kohle zu überwinden. Das ist unsere Antwort auf die Herausforderung, vor der dieses gemeinsame Europa angesichts einer drohenden Bipolarität der USA und Chinas steht. Diese Antwort gibt diese Bundesregierung. Dafür danke ich.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Alexander Graf Lambsdorff, FDP:

Wir danken den Soldatinnen und Soldaten für ihren Einsatz



Alexander Graf Lambsdorff (*1966)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Was für ein Jahr neigt sich dem Ende zu, ein Jahr wirklich großer, dramatischer Zäsuren. Der größte Landkrieg in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg ist ausgebrochen. Gleichzeitig ist es auch eine Zäsur, die zeigt, wie fest der Westen zusammensteht. Wer hätte zu Beginn dieses Jahres, zu Beginn der Invasion und der schrecklichen Entwicklungen gedacht, dass der Versuch von Russlands Totaleroberung der Ukraine so umfassend scheitern würde, wie wir das jetzt beobachten?

Putins außenpolitischer Handlungsspielraum ist deutlich geschrumpft; aber auch im Inne-

ren scheint die russische Regierung ihre eigene Legitimität infrage gestellt zu sehen. Zum ersten Mal seit zehn Jahren fällt die Jahrespressekonferenz des russischen Präsidenten aus. Meine Damen und Herren, das ist eine bemerkenswerte Entwicklung. Ganz offensichtlich sieht sich Präsidentin Putin nach der Mobilisierung auch im Inland in zwischen dem Druck seiner Bevölkerung ausgesetzt, diesen schrecklichen Krieg zu beenden. Wir können nur hoffen, dass dieser Druck sich auch dahin gehend auswirkt, dass der Krieg eines Tages endet.

Zurzeit – das muss man auch so deutlich sagen – gibt es aber keinen Anlass zur Entspannung. In der Ukraine verfolgt Russland zurzeit eine Politik der verbrannten Erde, und diese Art der Kriegsführung birgt auch für uns in Zukunft Risiken und Gefahren, für die wir in Deutschland und Europa gewappnet sein müssen. Was bedeutet das: „gewappnet sein“? Es bedeutet das, was wir im Koalitionsvertrag festgehalten haben.

Erstens: das transatlantische Bündnis ist zentraler Pfeiler, und zweitens, Die NATO bleibt unverzichtbare Grundlage unserer

Sicherheit.

Drittens – so haben wir es im Koalitionsvertrag festgehalten -: Unsere Soldatinnen und Soldaten leisten einen unentbehrlichen Beitrag zum Schutz unseres Landes, für Frieden und internationale Sicherheit.

Sie stehen in Ämari mit der Luftwaffe, in Rukla mit dem Heer. Die NATO-Luftabwehr in der Slowakei wird gestärkt, und in dieser Woche wird auch in Polen die Luftabwehr verstärkt. Meine Damen und Herren, wir hier können genau wie unsere Wählerinnen und Wähler Advent und Weihnachten voraussichtlich zu Hause, in der Heimat bei unseren Lieben feiern. Für viele Soldatinnen und Soldaten gilt das nicht. Sie leisten ihren Dienst fern der Heimat, ob in Mali oder Estland, Litauen oder dem Libanon, Südsudan oder der Slowakei. Wir denken an sie. Wir danken ihnen für ihren Einsatz und wünschen ihnen friedliche und fröhliche Weihnachten fern der Heimat.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Robert Farle, fraktionslos:

Selenskyj verteidigt keine westlichen Werte



Robert Farle (*1950)
Wahlkreis Mansfeld

Die Bundesregierung tritt jetzt mit der zugesagten Ausbildung von 5 000 Mann ukrainischer Kampftruppen auf deutschem Territorium ganz bewusst in den ukrainischen Krieg gegen Russland ein mit dem Ziel, eine militärische Niederlage Russlands zu ermöglichen, was offensichtlich durch die immer schärfere Sanktionspolitik der EU im Wirtschaftskrieg gegen Russland nicht erreicht werden kann. Für diese ständig weiter gehende Eskalati-

on der Beteiligung Deutschlands an dem Krieg gegen Russland gibt es keine völkerrechtliche Grundlage, und sie verstößt eindeutig gegen das Aggressionsverbot unseres Grundgesetzes nach Artikel 26 Absatz 1.

Spätestens seit Selenskyjs Dekret Nummer 117 vom März 2021 zur Eroberung der Krim steht zweifelsfrei fest, dass die Ukraine, gestützt auf die USA und Teile der EU, einen Angriffskrieg gegen Russland vorbereitet hat. Selenskyj verteidigt keine westlichen Werte. Er ist korrupt. Er hat die Opposition in seinem Land verboten, die Medien gleichgeschaltet, Kriegsverbrechen zu verantworten, Friedensverhandlungen mit Russland per Dekret verboten, lässt Kollaborateure foltern und ermorden, führt Terroraktionen durch und versucht, durch gezielte Provokationen immer mehr westliche Länder in seinen Krieg hineinzuziehen. Das ist alles belegt durch Zeitungsmeldungen im „Focus“ und in der „Welt“.

Sehr geehrter Herr Bundes-

kanzler, ich appelliere an Sie: Reichen Sie dem französischen Präsidenten Macron die Hand, und unterstützen Sie seinen Vorschlag, sofortige Waffenstill-

standsverhandlungen und die Schaffung einer europäischen Sicherheitsarchitektur unter Wahrung der Sicherheitsinteressen aller Beteiligten, unter Einschluss der Russischen Föderation, nach Kräften voranzutreiben! Und nein, Herr Dobrindt, die Ukraine muss nicht gewinnen. Der Frieden muss gewinnen. Wir brauchen keinen nuklearen Winter, niemals – nicht in Europa, auch nicht in Deutschland und nicht in der ganzen Welt. Machen Sie

endlich eine Friedensoffensive! Das ist die Aufgabe dieser Regierung, wenn Sie Ihren Amtseid nicht brechen wollen. Wenn Sie ihn brechen wollen, werden Sie Ihre Quittung bei den nächsten Wahlen bekommen.

(Timon Gremmels (SPD): Selbst für die AfD zu rechts! Das soll was heißen! – Abg. Robert Farle (fraktionslos) verlässt das Rednerpult und ruft in Richtung Regierungsbank: Frieden, das habe ich vermisst!)



Aus Sicht von CDU/CSU-Fraktionschef Friedrich Merz versteckt sich Kanzler Scholz hinter der Nato, um keine Schützen- und Kampfpanzer an die Ukraine zu liefern.

© picture alliance / AA | Abdulhamid Hosbas

Axel Schäfer, SPD:

Wir haben bewiesen, dass wir handlungsfähig sind



Axel Schäfer (*1952)
Wahlkreis Bochum I

Nach der letzten Rede muss man feststellen: Es kann sein, wenn man lebenslang Stalinist ist und im Alter dann rechtsextrem wird, dass das beides sehr, sehr nahe beieinanderliegt. Trotzdem ist das tragisch und dramatisch. Wir müssen gemeinsam aufs Schärfste zurückweisen, was Herr Farle gerade gesagt hat.

Reden wir über Europa, und

reden wir darüber, was getan werden muss, damit es gelingt! Olaf Scholz hat in seiner Prager Rede zu Recht gesagt: Damit Europa gelingt, brauchen wir Mehrheitsentscheidungen. Was Einstimmigkeit in der Praxis bedeutet, haben wir ja gesehen: Orban war in der Lage, die Ukraine in Bezug auf die Hilfen in Geiselnhaft zu nehmen. Es war gut, dass wir es jetzt geschafft haben, zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen.

Es war übrigens auch gut, dass in diesem Hause ganz viele zehn Jahre lang auf die Union eingeredet haben, Herrn Orban aus der christdemokratischen Familie auszuschließen; irgendwann ist er dann freiwillig gegangen. Ich erinnere mich sehr gut daran, wie viele Pilger-

züge es von München aus nach Budapest gegeben hat, um Orban zu unterstützen. Ich hoffe, das ist bei der Union ein für alle Mal vorbei.

Reden wir auch über die Praxis des Bundeskanzlers! Er hat schon als Finanzminister zusammen mit dem französischen Finanzminister Bruno Le Maire für globale Mindeststeuern bei Unternehmen gekämpft. Dafür hat es dann eine Mehrheit gegeben, und jetzt haben wir das – auch wieder gegen die Blockade Ungarns – innerhalb der Europäischen Union erreicht. Das ist ein großer Erfolg

Wir müssen gemeinsam aufs Schärfste zurückweisen, was Herr Farle gerade gesagt hat.

in der Europapolitik für diese Bundesregierung und für diesen Bundeskanzler.

Kollege Merz, es ist ja leicht, zu behaupten, man wisse, wie in

anderen Ländern zurzeit über die Bundesregierung bzw. über angebliche Unzuverlässigkeiten geredet wird. Ich habe in diesem Haus als Einziger das Privileg, sowohl in der Zukunftskonferenz Europas mit Parlamentarierinnen und Parlamentariern der EU als auch in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats – dort sind 46 Staaten vertreten – zu wirken. Ich weiß sehr wohl, wie Parlamentarierinnen und Parlamentarier in den Mitgliedsländern über uns denken, was sie von Deutschland halten und erwarten. Das, was Sie gesagt haben, ist pauschal, oberflächlich und in der Konsequenz auch falsch.

Bleiben wir genau bei diesem Punkt. Wir haben in der Zukunftskonferenz gesagt: Wir müssen die Bürgerinnen und Bürger stärker beteiligen. Ein zentraler Punkt, um die Demokratie zu entwickeln, ist das Wahlalter, das heißt die Einbeziehung jüngerer Menschen. In Deutschland ist es gelungen, das Wahlalter für die Bundestagswahl von 25 über 21 auf 18 Jahre zu senken. Die CDU/CSU verweigert sich einer weiteren Absenkung. Das heißt, sie gibt vielen Millionen jüngerer Menschen nicht die Chance auf poli-

tische Partizipation. Wir haben in Europa die Forderung, dass eine weitere Absenkung realisiert wird. Wir haben deshalb hier im Bundestag dafür gestimmt, dass an der nächsten Direktwahl des Europäischen Parlaments im Jahr 2024 auch 16-Jährige teilnehmen dürfen. Das haben wir in der Zukunftskonferenz gemeinsam so gefordert und hier im Bundestag beschlossen, und die Union hat geschlossen gegen diese Forderung gestimmt. Hier kann man ganz genau sehen, inwieweit Europa von Ihnen getragen und vorangebracht wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist wichtig, an dieser Stelle deutlich zu machen: Wir haben in diesem Jahr, im Jahr der größten Herausforderung Europas seit 1945, bewiesen, dass wir handlungsfähig sind. Wir haben bewiesen, dass wir dieses Europa zusammenhalten. Deshalb war es in diesem Jahr so entscheidend, eine Koalition aus Freien Demokraten, Grünen und Sozialdemokraten zu haben, und so soll es auch bleiben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Patricia Lips, CDU:

Europa steht mehr denn je an einem Scheideweg



Patricia Lips (*1963)
Landesliste Hessen

Die Welt sortiert sich neu – wir haben es heute mehrfach gehört –, aber nicht erst seit heute, nur mit einer sichtbar neuen Dynamik. Die Entwicklung liegt schonungslos offen.

Wir sind das größte Land in der Europäischen Union. Auch deshalb richten sich viele Augen nach Deutschland, in Zeiten wie diesen

umso mehr. Europa braucht ein starkes Deutschland. Aber um das zu sein, brauchen wir ein starkes, funktionierendes Europa. Deshalb bleibt die Frage wichtig: Wie wird unser Land aktuell innerhalb der europäischen Familie wahrgenommen? Sind wir als starker, verlässlicher, berechenbarer Partner in der Manege? Wir haben da so unsere Zweifel. Was noch wichtiger ist: Was ist eigentlich die Vorstellung der Bundesregierung von Europa? Was ist der Kompass über den Tag hinaus, der sie leitet?

Manches wurde am heutigen Tag bereits genannt. Aber wenn wir es mit der Zeitenwende ernst meinen, dann müssen weitere Taten folgen. Europa steht mehr denn je an einem

Scheideweg. Lassen Sie es uns deshalb auch mit einem Belastungsmoratorium ernst meinen – ein Begriff, der heute noch gar nicht gefallen ist –, wenigstens mit einem Regulierungs- oder Bürokratiestopp, wenn schon der Abbau nicht hinreichend gelingt. Das gilt für Maßnahmen im eigenen Land,

Unser Ziel muss zwingend bleiben, die Wettbewerbsfähigkeit Europas zu stärken.

aber aktuell umso mehr für Maßnahmen auf europäischer Ebene. Wir tun an dieser Stelle oft so, als sei in diesem Jahr gar nichts geschehen. Setzen Sie sich dafür ein! Erfüllen Sie Ihren eigenen Anspruch an die Zeitenwende, auch an dieser Stelle!

Kolleginnen und Kollegen, nicht nur Deutschland, auch Europa lebt vor allem von der Ak-



Olaf Scholz bei seiner Regierungserklärung. © picture alliance / Geisler-Fotopress

zeptanz und dem Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger sowie der Planungssicherheit für unsere Betriebe. Unser Ziel muss zwingend bleiben, die Wettbewerbsfähigkeit Europas zu stärken. Das allein sichert unseren Wohlstand. Die Zeit allein wohlfeiler Worte jedenfalls ist vorbei.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. In der Debatte sprach zudem der Abgeordnete Timo Gremmels (SPD).

Bundestag würdigt Annemarie Renger und Wolfgang Schäuble / 76. Sitzung des 20. Deutschen Bundestages

Bärbel Bas, Präsidentin des Deutschen Bundestags:

Der Weg zu echter Gleichstellung ist noch weit



Bärbel Bas (*1968)
Wahlkreis Duisburg I

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der 13. Dezember 1972 list ein besonderes Datum in unserer Geschichte. An diesem Tag hat der Deutsche Bundestag zum ersten Mal eine Frau zur Präsidentin gewählt. Die Zeitung „Das Parlament“ titelte damals: „Der zweite Mann im Staat – eine Frau!“ Nicht nur im geteilten Deutsch-

land war dies eine Premiere: Annemarie Renger war weltweit die erste Frau an der Spitze eines frei gewählten Parlaments.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Wahlbeteiligung lag 1972 bei traumhaften 91,1 Prozent. Der Frauenanteil im Parlament allerdings war so niedrig wie nie zuvor und übrigens auch danach. Zu Beginn der 7. Wahlperiode gehörten nur 30 Frauen dem Bundestag an – 5,8 Prozent der Abgeordneten.

In ihrer Antrittsrede sagte Annemarie Renger:

Die Wahl einer Frau ... für dieses Amt hat verständlicherweise einig Aufsehen erregt. Das Erstmalige und mithin Ungewohnte gerät in die Gefahr, zum Einmaligen und Besonderen erhoben zu werden.

In der Tat dauerte es 12 Jahre, bis mit Rita Süßmuth wiederum eine Frau an der Spitze des Bundestags war. Und nach Rita Süß-

muth dauerte es sogar 23 Jahre bis zur dritten Bundestagspräsidentin.

Heute nehmen Frauen selbstverständlich ihren Platz in Politik und in der Gesellschaft ein. Das verdanken wir auch der parlamentarischen Pionierarbeit von Annemarie Renger. Sie ebnete Frauen den Weg in die Politik und in der Politik. Annemarie Renger nutzte ihre Stellung als Bundestagspräsidentin, um, wie sie selbst sagte, „der Sache der Frauen zu dienen“. Sie wusste: Politisches Engagement und Familienleben lassen sich nur vereinbaren, wenn die Rahmenbedingungen passen. Das gilt noch heute, und nicht nur im Parlament. Für Annemarie Renger gehörte dazu, den Frauen der Bundestagsverwaltung die Verein-

barkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen. Die Eröffnung der Bundestagskita im Jahr 1970 geht auch auf ihre Initiative zurück.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Frauenanteil ist mit knapp 35 Prozent auch im aktuellen 20. Bundestag zu niedrig. Frauen sind in Führungspositionen unterrepräsentiert. Sie verdienen oft weniger. Sie leisten mehrheitlich die Carearbeit, mit allen Folgen. Der Weg zu echter Gleichstellung ist noch weit. Annemarie Renger kann uns aber mit ihrer Beharrlichkeit Vorbild sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Annemarie Renger wurde 1919 geboren – im Jahr der Einführung des Frauenwahlrechts. Ihr sozialdemokratisches Elternhaus stand in Opposition zum Nationalsozialismus. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Kurt Schumacher ihr politischer Mentor und Vertrauter. 37 Jahre gehörte sie dem Deutschen Bundestag ununterbrochen an. Sie war die erste Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion,

vier Jahre Bundestagspräsidentin und 14 Jahre Vizepräsidentin.

Ihr half dabei, dass sie „eine gehörige Portion Selbstbewusstsein“ besaß, wie sie sagte. Als Abgeordnete behielt sie immer ihren eigenen Kopf – nicht immer zur Freude ihrer Fraktion. Den Deutschen Bundestag führte sie souverän mit natürlicher Autorität und mit Charme.

Annemarie Renger hat nicht nur bewiesen, dass Frauen es können – sie prägte die damalige Politik in vielen Fragen: Sie führte Bürgergespräche im ganzen Land, sie trieb die Parlamentsreform voran, sie etablierte den Wissenschaftlichen Dienst des Deutschen Bundestages, sie stärkte das Petitionswesen und intensivierte die Arbeit der Enquete-Kommissionen.

Ihre Herzensangelegenheit war die Aussöhnung mit Polen und Israel; 14 Jahre lang leitete sie die Deutsch-Israelische Parlamentariergruppe. Der glücklichste Augenblick ihres politischen Lebens war für sie aber der 9. November 1989. Als sich die Nachricht vom Fall der Mauer verbreitete, leitete sie gerade als Vizepräsidentin die Beratungen im Bundestag in Bonn.

Liebe Kolleginnen und Kolle-

Die Zeitung »Das Parlament« titelte damals: »Der zweite Mann im Staat – eine Frau!«

gen, Annemarie Renger war als Bundestagspräsidentin auch deshalb so erfolgreich, weil sie einen feinen Humor besaß. In ihrer Antrittsrede würdigte sie die jungen Abgeordneten mit folgenden Worten – ich zitiere -:

In unserer Mitte begrüße ich die neuen Mitglieder dieses Hauses, die mit ihrer großen Anzahl jüngerer Abgeordneter zum ersten Mal das Durchschnittsalter des Bundestages unter die 50-Jahres-Grenze gedrückt haben.

Und damit begrüße Annemarie Renger auch Sie, lieber Herr Kollege Schäuble. Sie waren gerade 30 Jahre alt, ein promovierter Jurist und Finanzbeamter. Wenn ich auf Ihr Lebenswerk blicke, kann ich eines kaum glauben: Nach eigener Auskunft waren Sie eigentlich ein Verlegenheitskandidat der CDU in Ihrem Wahlkreis. Seit einem halben Jahrhundert gehören Sie nun ununterbrochen dem Deutschen Bundestag an. Das ist einmalig in der gesamten Geschichte des deutschen Parlamentarismus. Das ist eine Ära. Sie haben sogar August Bebel übertroffen, der „nur“ 44 Jahre Reichstagsabgeordneter war. Lieber Herr Schäuble, Ihre Wählerinnen und Wähler haben Sie 14-mal in Folge mit einem Direktmandat betraut und Ihnen damit ihr Vertrauen geschenkt – das wichtigste Kapital in einer parlamentarischen Demokratie. Sie haben die Geschicke unseres Landes in den vergangenen Jahrzehnten wie nur wenige geprägt. Als Kanzleramtsminister haben Sie maßgeblich die deutsch-deutschen Beziehungen gestaltet. Als Innenminister unter Helmut Kohl haben Sie den Einigungsvertrag entworfen und den Wiedervereinigungsprozess entscheidend mitgelenkt. Sie sind zum Architekten der deutschen Einheit geworden.

Als Innenminister unter Angela Merkel haben Sie zum Beispiel die Islam-Konferenz ins Leben gerufen – einen Meilenstein in der Integrationspolitik. Als Finanzminister haben Sie Deutschland und Europa durch die Finanz- und Eurokrise navigiert. Christine Lagarde nannte Sie einmal einen „Felsen“, einen „Giganten“. Als Bundestagspräsident haben Sie beispielsweise die Deutsch-Französische Parlamentarische Versammlung etabliert und mit dem Bürgerrat ein neues Instrument zur Belebung unserer Demokratie auf den Weg gebracht.

Für mich sind Sie ganz besonders ein großer Europäer, der sich mit Leidenschaft und aus tiefster Überzeugung für die Einheit

Europas einsetzt. Dieses Engagement wurde übrigens auch im Jahr 2012 mit dem Karlspreis gewürdigt. Angela Merkel hat Ihre politischen Verdienste einmal so zusammengefasst: „Wolfgang Schäuble ist ein Glücksfall für die deutsche und europäische Politik.“

Wie Annemarie Renger haben Sie sich immer mit unglaublicher Disziplin und großem Pflicht- und Verantwortungsbeusstsein in den Dienst unseres Staates gestellt – und mit Freude an der Politik. In einer Festschrift wurden Sie einmal als „fröhlicher Sisyphos“ betitelt. Ich denke, mit dieser Beschreibung können Sie ganz gut leben.

Lieber Herr Schäuble, nicht ohne Grund gelten Sie als ein Mann der Exekutive. Ihre Gestaltungskraft und Ihr Gestaltungsdrang sind berühmt. Ich habe jetzt einige Wegmarken Ihres Wirkens erwähnt. Zugleich sind Sie aber bis heute Parlamentarier aus Leidenschaft. Sie kennen den Bundestag aus verschiedenen Perspektiven: als einfacher Abgeordneter, Parlamentarischer Geschäftsführer, Fraktionschef, Oppositionsführer, Alterspräsident und Bundestagspräsident. In jeder dieser Positionen waren Sie ein großer Verfech-

ter des demokratischen Streits im Respekt vor dem Gegenüber.

Als Fraktionsvorsitzender waren Sie ein gefürchteter Debattenredner. Ihr Wort hat Gewicht und Überzeugungskraft. Ihre mitreißende Rede in der Berlin-Bonn-Debatte am 20. Juni 1991 ist dafür ein starkes Beispiel. Ihre Plenarrede war eine der entscheidenden Reden, die am Ende zum Beschluss für Berlin als Parlaments- und Regierungssitz führte und Ihnen ganz nebenbei auch die Ehrenbürgerschaft der Hauptstadt einbrachte.

„Streit ist das Salz der Demo-

kratie“ – das war immer Ihre Devise. Zum konstruktiven Streit haben Sie uns Abgeordnete als Parlamentspräsident immer ermuntert, auch in herausfordernden Zeiten. Sie haben das Parlament immer angehalten, gegensätzliche Standpunkte auch auszuhalten. Den politischen Streit haben Sie nie als Selbstzweck verstanden, sondern als ein Instrument, um widerstreitende Interessen in Rede und Gegenrede zu artikulieren und bei drängenden Zukunftsfragen auch wirklich voranzukommen. Über den Bundestag haben Sie gesagt – ich zitiere -:

Hier ist der Ort, an dem wir streiten dürfen. An dem wir streiten sollen. Fair und nach Regeln. Leidenschaftlich, aber auch mit der Gelassenheit, die einer erregten Öffentlichkeit Beispiel geben kann.

Lieber Herr Schäuble, auch nach 50 Jahren dienen Sie dem Parlament mit Ihrer unvergleichlichen Erfahrung, mit Ihrer Weitsicht und Ihrem intellektuellen Scharfsinn. Wir sind jetzt gespannt auf Ihre Ausführungen. – Herr Schäuble, Sie haben das Wort.

(Beifall)

**Herr Schäuble,
Sie sind
zum Architekten
der deutschen
Einheit
geworden.**

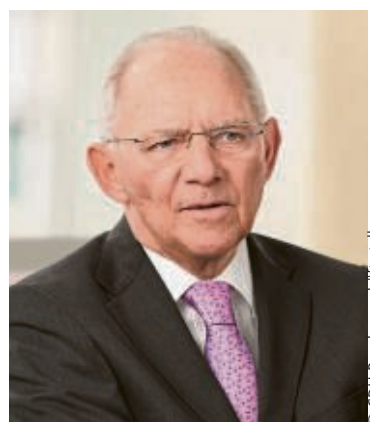


Christoph Bouet schuf das Portrait von Wolfgang Schäuble. Es reiht sich im Paul-Löbe-Haus in die Galerie früherer Bundestagspräsidentinnen und -präsidenten ein.

© picture alliance / epd-bild | Rolf Zoellner

Dr. Wolfgang Schäuble, CDU:

Die Lehre von Trial and Error: Krisen sind immer auch Chancen



Wolfgang Schäuble (*1942)
Wahlkreis Offenburg

Ich bedanke mich sehr für Ihre mich sehr ehrende Würdigung und auch für Ihr Angebot, hier einige Worte sagen zu dürfen.

Annemarie Renger war eine allseits respektierte Bundestagspräsidentin. Sie haben sie zu Recht eben gewürdigt. Annemarie Renger achtete streng auf die Würde des Hauses – so wie man sie damals verstand. Als einmal ein so-

zialdemokratischer Kollege ohne Krawatte im Plenum saß, da ließ sie ihm durch einen Parlamentsassistenten unauffällig einen Binder bringen, und er hat ihn auch widerspruchslos angelegt.

Ich kann mich nicht erinnern, dass die Tatsache, dass eine Frau das Amt innehatte, mir besonders bemerkenswert erschienen wäre. Vielleicht war manches vor 50 Jahren doch schon selbstverständlicher, als heute viele glauben. Gewöhnungsbedürftig für uns in der Union war allerdings, dass erstmals eine Sozialdemokratin das Amt ausübte. Aber das ist ja heute auch keine Besonderheit mehr.

Übrigens hatte 1972 der erste Bericht des Club of Rome zu den Grenzen des Wachstums schon die

Gefahren von exponentiell wachsendem Ressourcenverbrauch und Umweltbelastung aufgezeigt. Er hat viel Aufmerksamkeit erfahren – auch bei mir. Aber er hat leider zu wenig praktische Schlussfolgerungen gefunden. Auch deswegen

**Vielleicht war
manches vor 50
Jahren doch
schon selbstver-
ständlicher, als
viele glauben.**

verstehe ich, warum die junge Generation heute so drängt, und ich sehe die Herausforderung für die parlamentarische Demokratie, zu erklären, warum in der freiheitlichen Gesellschaft Prozesse oft langsam verlaufen.

1973 folgte übrigens schon die erste Energiekrise. Damals wurde die OPEC von den arabischen Staaten dominiert, und sie wollten mit einer Verknappung der Ölförderung den Westen zu einer weniger israelfreundlichen Politik zwingen. Wir hatten in der Ad-

ventszeit 1973 Fahrverbote. Wir sind auf der Autobahn Fahrrad gefahren und spazieren gegangen. Der Einspareffekt beim Ölverbrauch war übrigens auch damals gering.

Meine Partei hatte im Wahlkampf 1972 – Sie haben eben noch die Wahlbeteiligung zu Recht erwähnt – vor allem die ansteigende Inflation mit ihren Gefahren für Wachstum und Beschäftigung thematisiert. Und irgendwie hatten wir im Beifall unserer Anhänger im Wahlkampf gar nicht richtig mitbekommen, dass manche Reformen der sozialliberalen Koalition 1969 bis 1972 in einer Gesellschaft, die sich in der Nachkriegszeit zunächst vor allem auf das Wirtschaftswunder konzentriert hatte, nun Zustimmung fanden. Vor allem hatten wir nicht verstanden, dass die Fortschreibung der Westintegration mit der neuen Ost- und Deutschlandpolitik der begrenzten Zusammenarbeit unter der Überschrift „Wandel durch Annäherung“ nicht nur mit dem Friedensnobelpreis für Willy Brandt, sondern auch mit wachsender Zustimmung in der öffentlichen Meinung honoriert wurde.

Fortsetzung auf nächster Seite

Man sieht: Auch wenn heute alles ganz anders zu sein scheint als vor 50 Jahren, so ist doch nicht alles ganz neu. Nach meinen Erfahrungen bin ich mir übrigens auch nicht so sicher, ob aus anfangs idealistischem Protest, wenn er anfängt, zu strafbaren Mitteln zu greifen, nicht auch schlimme Entscheidungen und Entwicklungen entstehen können. Deswegen ist es gut, wenn unsere zuständigen Behörden auch hier den Anfängen wehren.

Auch wenn sich die Geschichte nicht wiederholt, lassen sich aus der distanzierten Betrachtung von Entwicklungen Entscheidungshilfen für Gegenwart und Zukunft gewinnen. Die Bereitschaft zur Zusammenarbeit und Partnerschaft darf nicht zum Verzicht auf Verteidigungs- und Abschreckungsfähigkeit führen. Das haben wir nach Putins Überfall auf die Ukraine wieder lernen müssen. Es stand so schon im Harmel-Bericht der NATO von 1967.

Wir hatten dann die gesellschaftliche Debatte Ende der 70er-, Anfang der 80er-Jahre, nachdem Helmut Schmidt 1979 in der NATO den sogenannten Doppelbeschluss durchgesetzt hatte. Der wollte eine Lücke in der Glaubwürdigkeit der Abschreckung schließen, weil die Sowjetunion mit Raketen mittlerer Reichweite, die nur Europa, aber nicht Amerika erreichen konnten, ein Bedrohungspotenzial geschaffen hatte, von dem Helmut Schmidt und dann auch die NATO überzeugt waren, dass es entweder beseitigt werden oder durch eine entsprechende Aufstellung von Waffensystem mit mittlerer Reichweite in Europa ausgeglichen werden müsse. An diesem Doppelbeschluss

hat Helmut Schmidt die Unterstützung seiner Partei verloren. Der Widerstand richtete sich bemerkenswerterweise nicht gegen die auf uns gerichteten sowjetischen Raketen, sondern gegen die zu unserem Schutz notfalls zu treffenden Maßnahmen.

Meines Erachtens gehört zu den großen Leistungen von Bundeskanzler Kohl nach dem Regierungswechsel 1982, dass er diesen NATO-Doppelbeschluss gegen heftigen öffentlichen Widerstand vollzogen hat. Vielleicht wäre die Geschichte mit Michail Gorbatschow ohne diese Entscheidung anders verlaufen. Jedenfalls hat uns Putin jetzt gezeigt, dass wir auch im 21. Jahrhundert den Frieden nur sichern können, wenn wir auch in der Lage sind, uns gegebenenfalls zu verteidigen. „Wir hätten es wissen können. Wir wollten es nicht sehen“, sagte die frühere Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer.

Dass es Bedrohungen durch terroristische, asymmetrische Kriegsführung auch nichtstaatlicher Akteure gibt, haben wir am 11. September 2001 mit den Anschlägen auf das World Trade Center erfahren. Die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland wurde danach, um Peter Struck zu zitieren, „am Hindukusch verteidigt“. Wir haben bis heute keine gute Antwort gefunden, wie wir auf solche Bedrohungen reagieren sollen – in Afghanistan nicht und jetzt in Mali auch wieder nicht.

Den Sieg der freiheitlich-rechts-

staatlichen Demokratie, den Francis Fukuyama nach 1990 in seinem Buch „Das Ende der Geschichte“ verkündete, hat Samuel Huntington schon in seinem Werk „Clash of Civilizations“ 1996 hinterfragt. Und noch immer suchen wir nach dem richtigen Maß zwischen dem Respekt vor unterschiedlichen

Kulturen, Traditionen und Wertvorstellungen einerseits und unserer universalen Verantwortung für Menschenrechte andererseits. Jedenfalls haben wir im Vergleich zu 1972, als für uns in Europa die Polarität des Ost-West-Konfliktes alles andere zu überlagern schien, die größere Vielfalt und zugleich die größere Vernetzung globaler Strukturen lernen müssen.

Wir sehen im Übrigen, dass wir uns in Deutschland und in Europa sehr anstrengen müssen, wenn wir unseren eigenen Ansprüchen im globalen Ranking auch nur einigermaßen gerecht werden wollen. Vielleicht müssen wir Deutsche auch aufpassen, dass wir nicht als Besserwisser, die ihren eigenen Ansprüchen selbst nicht gerecht werden, international zu viel Sympathie verlieren. Dafür könnte übrigens auch unser doch eher unbefriedigender Auftritt bei der Fußballweltmeisterschaft in Katar manchen Beleg liefern.

Verändert hat sich jedenfalls die öffentliche Kommunikation, die sich aus den Print- und den elektronischen Medien viel stärker in soziale Netzwerke verlagert hat, mit all den Gefahren für die Stabi-

lität unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung, die wir fast überall in der Welt, wo es solche Demokratien überhaupt gibt, beobachten müssen. Das Vertrauen in die Fähigkeit von Politik, Probleme zu lösen, sozialen Zusammenhalt zu gewähren, einen verlässlichen und ausgewogenen Rahmen für Freiheit und Sicherheit zu gewährleisten – das nimmt offenbar ab, je mehr wir uns bemühen, jedes einzelne Problem noch besser, noch perfekter zu lösen. Ich weiß nicht, wie viele Entbürokratisierungskommissionen und -initiativen wir in diesen 50 Jahren hatten. Besser geworden ist jedenfalls nichts.

Föderalismuskommissionen hatten wir zwei ganz groß angelegte, zwischen Bundestag und Bundesrat und Bundesregierung. Aber niemand behauptet ernsthaft, dass die föderale Ordnung unseres Landes, die ja im Grunde weitgehend unbestritten ist mit Bund, Ländern und kommunaler Selbstverwaltung, derzeit in guter Verfassung sei.

Ich will mich mit ungebetenem Ratschlägen wirklich zurückhalten; das habe ich mir, in meiner Alters- und Mandatszeit und in meiner Sonderrolle begründet, vorgenommen. Deshalb will ich Ihr freundliches Angebot, Frau Präsidentin, heute einige Worte zu der Entwicklung in diesen 50 Jahren zu sagen, nicht missbrauchen. Aber vielleicht ein Gedanke: Wie wäre es, wenn wir eine breite öffentliche Debatte anstoßen würden, wie wir unseren durch perfektionistische Überregulierung, ähnlich dem gefesselten Riesen Gulliver, in zu vielem fast schon handlungsunfähig gewordenen Staat durch eine grundlegende

Neuordnung der Aufgaben, auch zwischen Staat und Gesellschaft, und die Neuordnung der Zuständigkeiten einschließlich der Zuordnung von selbst zu bestimmenden Einnahmen von Bund, Ländern und Kommunen wieder effizienter machen könnten?

Die Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina und die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften haben vor Kurzem einen interessanten Anstoß gegeben; den könnten wir auf diesem Weg einer wieder als handlungsfähig wahrgenommenen Politik auch das Verständnis der Bürger fördern, dass Demokratie eben – wie kürzlich ein Autor geschrieben hat – eine Zumutung ist und nicht ein Supermarkt für Schnäppchenjäger, dass es neben Rechten auch Pflichten gibt und dass jeder nach seiner ganz eigenen unterschiedlichen Entscheidung auch seinen Beitrag für andere und damit für das Gemeinwohl leisten kann, leisten muss.

Wir sollten auch gerade in dem jetzt so oft beschriebenen Wettbewerb der Systeme bedenken, dass bei all unseren Schwächen die Grundwerte unserer freiheitlichen rechtsstaatlichen Ordnung sich fast überall da auf der Welt, wo diese Werte nicht verwirklicht sind, so großer Anziehungskraft erfreuen, dass die Unterdrückten sich danach sehnen und ihr Leben riskieren, um es sich vielleicht zu erkämpfen, und dass die Diktatoren genau diese Anziehungskraft fürchten. Also tragen wir Verantwortung, zu zeigen, dass diese Werte auch funktionieren, dass das besser geht.

Und obwohl wir uns, solange es uns gut zu gehen scheint, damit schwertun, für notwendige Änderungen ohne zu viel Perfektionismus politische Mehrheiten zu finden, bleibe ich auch in der gegenwärtigen Krise zuversichtlich. Denn je mehr wir begreifen, dass wir nicht einfach so weitermachen dürfen, umso eher wächst die Chance, für notwendige Änderungen stabile Mehrheiten zustande zu bringen. Das ist ja die Lehre von Karl Popper „offener Gesellschaft“, die im Prozess von Trial and Error noch immer wieder den Weg zu neuen Lösungen findet; deshalb sind Krisen immer auch Chancen.

Und so, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, haben wir Grund zur Zuversicht. Und das gilt heute genauso wie vor 50 Jahren.

Ich danke Ihnen.

(Langanhaltender Beifall – Die Anwesenden erheben sich – Abg. Friedrich Merz (CDU/CSU) überreicht Abg. Dr. Wolfgang Schäuble (CDU/CSU) einen Blumenstrauß – Abgeordnete aller Fraktionen gratulieren)

Wir haben Grund zur Zuversicht. Und das gilt heute genauso wie vor 50 Jahren.



Die Abgeordneten würdigen Wolfgang Schäuble für seine 50-jährige Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag.

leicht
erklärt!

Infos über Haltung von Nutz-Tieren

Ein neues Gesetz soll sie zur Pflicht machen



Thema im Bundestag



Letzte Woche hat der Bundestag über einen Gesetz-Vorschlag gesprochen.

Dabei geht es um Lebens-Mittel, die von Nutz-Tieren kommen.

Also zum Beispiel von Kühen, Schweinen oder Hühnern.

Auf diesen Lebens-Mitteln sollen in Zukunft bestimmte Infos stehen.

Und zwar Infos darüber, wie die Nutz-Tiere gehalten wurden.

Im folgenden Text gibt es mehr Infos dazu.

Folgende Fragen werden zum Beispiel beantwortet:

- Welche Infos genau sollen auf den Lebens-Mitteln stehen?
- Warum sollen diese Infos auf den Lebens-Mitteln stehen?
- Welche Meinungen gibt es zu dem Gesetz-Vorschlag?

Haltung von Nutz-Tieren

Viele Lebens-Mittel, die wir kaufen, stammen von Nutz-Tieren.



Zum Beispiel:

- Fleisch von Schweinen
- Milch von Kühen
- Eier von Hühnern

Die Tiere werden auf Bauern-Höfen oder in großen Zucht-Betrieben gehalten.

Schon seit vielen Jahren wird dabei immer wieder eine Frage gestellt:

Wie gut geht es den Tieren in diesen Betrieben?

Wie gut werden sie gehalten?

Das heißt also zum Beispiel:

- Welches Futter bekommen sie?
- Wie viel Platz haben sie im Stall?
- Wie ist der Stall ausgestattet?
- Haben die Tiere auch Auslauf?

Gesetze für die Haltung von Nutz-Tieren



In Deutschland gibt es Gesetze zur Haltung von Nutz-Tieren.

Darin steht, wie man Nutz-Tiere halten, füttern und pflegen muss.

Wichtig dabei ist:

Im Gesetz steht nur, wie man die Tiere mindestens halten muss.



Das heißt:

Ein Tier-Halter darf diese Regeln nicht unterschreiten.

Er darf den Tieren also zum Beispiel nicht weniger Platz geben. Oder weniger Futter.

Aber: Jeder Tier-Halter kann natürlich mehr machen, als im Gesetz steht.

Er kann jedem Tier zum Beispiel mehr Platz geben. Oder besseres Futter.

Infos über Haltungs-Art

Für Nutz-Tiere gibt es also verschiedene Haltungs-Arten.

Und manche Haltungs-Arten sind für die Tiere besser als andere.

Wenn man im Laden Lebens-Mittel kauft, hat man folgende Info aber meist nicht:

Wie wurde das Tier gehalten, von dem ein bestimmtes Lebens-Mittel stammt?

Viele Menschen wollen das aber gerne wissen.

Denn: Es ist ihnen wichtig, wie es den Tieren geht.

Sie wollen, dass es den Tieren gut geht.

Schon lange gibt es deswegen die Forderung:

Wenn man ein Lebens-Mittel kauft, muss man mit einem Blick sehen, wie das Tier gehalten wurde.

Die Info über die Haltungs-Art soll auf der Verpackung vom Lebens-Mittel stehen.



Pflicht für einen Info-Kasten

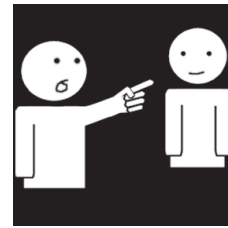
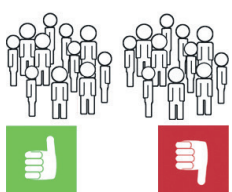
Seit dem Jahr 2019 stehen diese Infos schon auf vielen Lebens-Mitteln.

Viele Hersteller und Verkäufer von tierischen Lebens-Mitteln drucken einen Info-Kasten auf ihre Verpackungen.

Andere machen das aber nicht.

Denn dieser Info-Kasten ist freiwillig.

Außerdem können die Hersteller und Verkäufer selbst die Regeln für diesen Info-Kasten festlegen.



Viele Menschen sind deswegen mit diesem Info-Kasten unzufrieden.

Sie sagen:

Nicht die Hersteller und Verkäufer müssen festlegen, welche Infos auf die Verpackung kommen. Das muss der Staat machen.

Und die Hersteller und Verkäufer müssen die Pflicht haben, die Infos auf ihre Verpackungen zu schreiben.

Nur dann bringt so ein Info-Kasten wirklich etwas.

Deswegen hat die Bundes-Regierung dazu einen Gesetz-Vorschlag gemacht.

Und über den hat der Bundestag letzte Woche gesprochen.

Was steht im Gesetz-Vorschlag?

Im Gesetz-Vorschlag geht es also um Folgendes:

Hersteller und Verkäufer von tierischen Lebens-Mitteln müssen einen Info-Kasten auf ihre Verpackungen drucken.

In dem Kasten stehen Infos über die Haltungs-Art der Nutz-Tiere.

Im Kasten steht dann eine Liste mit 5 verschiedenen Haltungs-Arten.

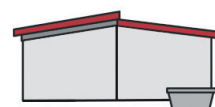
Und zwar:

- Stall
- Stall+Platz
- Frischluftstall
- Auslauf/Freiland
- Bio

Eine dieser Haltungs-Arten ist dann markiert.

Nach dieser Haltungs-Art wurde das Tier gehalten.

Im folgenden Abschnitt werden die 5 Haltungs-Arten kurz beschrieben.



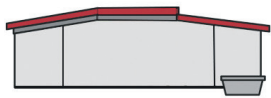
Haltungs-Art 1: Stall

Wenn im Info-Kasten der Begriff „Stall“ markiert ist, bedeutet das:

Das Tier wurde nach den Regeln gehalten, die das Gesetz mindestens vorschreibt.

Das heißt also: Schlechter darf man ein Tier in Deutschland gar nicht halten.

Haltungs-Art 2: Stall+Platz

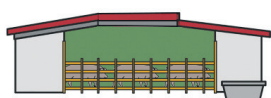


Wenn im Info-Kasten der Begriff „Stall+Platz“ markiert ist, bedeutet das:

Das Tier wurde nach den Regeln gehalten, die das Gesetz mindestens vorschreibt.

Außerdem hat es noch etwas mehr Platz in seinem Stall gehabt.

Haltungs-Art 3: Frischluftstall



Wenn im Info-Kasten der Begriff „Frischlufstall“ markiert ist, bedeutet das:

Das Tier war in einem Stall mit Zugang nach außen. Zum Beispiel ist beim Stall eine Wand offen.

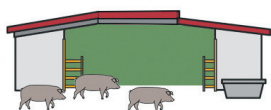
Das Tier hatte also Zugang zur frischen Luft.

Darum der Name: Frisch-Luft-Stall.

So konnte das Tier die Umwelt wahrnehmen.

Zum Beispiel Sonne, Wind oder Regen.

Haltungs-Art 4: Auslauf/Freiland

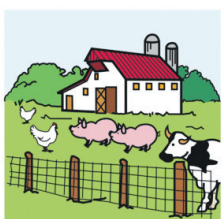


Wenn im Info-Kasten der Begriff „Auslauf/Freiland“ markiert ist, bedeutet das:

Das Tier wurde mindestens 8 Stunden am Tag im Freien gehalten.

Also nicht in einem Stall.

Haltungs-Art 5: Bio



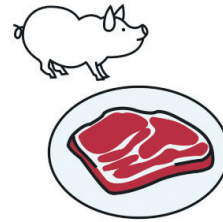
Wenn im Info-Kasten der Begriff „Bio“ markiert ist, bedeutet das:

Das Tier hat noch mehr Platz und noch mehr Auslauf als bei den anderen Haltungs-Arten.

Weitere Inhalte aus dem Gesetz-Vorschlag

Im Gesetz-Vorschlag stehen noch weitere Dinge.

Hier die Wichtigsten davon:



Erst mal nur Schweine

Das neue Gesetz soll im nächsten Jahr starten.

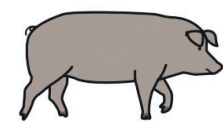
Dann soll es erst einmal nur für frisches Schweine-Fleisch gelten, das man im Laden kaufen kann.

Im Gesetz steht aber:

Der Info-Kasten soll möglichst schnell auch für andere Tier-Arten und Lebens-Mittel kommen.

Und auch Restaurants und Gast-Stätten sollen ihn nutzen müssen.

Haltung nur in bestimmtem Lebens-Abschnitt



Die Haltungs-Art im Info-Kasten muss nicht für die gesamte Haltung eines Tiers gelten.

Sondern nur für einen bestimmten Abschnitt davon.

Und zwar für die Zeit, in der das Tier gemästet wird.

Also die Zeit, in der das Schwein für die Schlachtung angefüttert wird.

Den Rest seines Lebens kann das Tier auch in einer anderen Haltungs-Art gehalten werden.

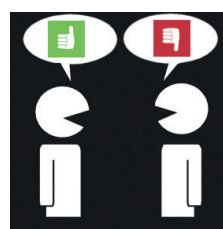
Nur in Deutschland



Erst mal müssen die Infos zur Haltungs-Art nur auf Lebens-Mitteln aus Deutschland stehen.

Auf Lebens-Mittel aus dem Ausland können die Hersteller und Verkäufer die Infos freiwillig drucken.

Sie müssen aber nicht.



Meinungen zum Gesetz-Vorschlag

Zum Gesetz-Vorschlag gibt es verschiedene Meinungen.

Hier ein paar Beispiele:



Bessere Infos sind gut

Eine Meinung ist:

Der neue Info-Kasten ist gut.

Kunden können dadurch leichter erkennen, wie ein Tier gehalten wurde.



Dann können sie selbst entscheiden, welche Haltungs-Art sie mit ihrem Kauf unterstützen wollen.

Dann kaufen vielleicht mehr Menschen Lebens-Mittel aus besserer Haltung.

Und dann werden vermutlich auch mehr Nutz-Tiere nach besseren Haltungs-Arten gehalten.

Denn die Hersteller wollen ihre Lebens-Mittel ja verkaufen.

Tier-Haltung nicht gleich Tier-Wohl

Eine Kritik ist aber:

Die Infos über die Haltungs-Art sorgen erst mal nicht für mehr Tier-Wohl.

Denn:

Tier-Halter können ihre Tiere ja nach der schlechtesten Haltungs-Art halten.

Und Kunden können Lebens-Mittel der schlechtesten Haltungs-Art kaufen.

Dann gibt es nur wenige Tiere, die nach den besseren Haltungs-Arten gehalten werden.

Man kann also nicht sagen, ob die Infos das Tier-Wohl wirklich verbessern werden.

Kritiker sagen darum: Die Gesetze für die Tier-Haltung müssen strenger werden.

Nur so kann man auf jeden Fall für eine bessere Tier-Haltung sorgen.

Wie geht es jetzt weiter?

Letzte Woche hat der Bundestag zum ersten Mal über den Gesetz-Vorschlag gesprochen.

Dann wurde der Vorschlag an eine Arbeits-Gruppe weitergegeben.



Die beschäftigt sich jetzt weiter mit dem Vorschlag.

Vielleicht macht sie auch noch mal Änderungs-Vorschläge.

Dann sprechen die Politiker vom Bundestag noch mal darüber.

Und dann müssen sie noch darüber abstimmen.

Wenn sie dem Gesetz-Vorschlag zustimmen, wird daraus ein Gesetz.

Dann kann der Info-Kasten für Haltungs-Arten nächstes Jahr kommen.

Kurz zusammengefasst

Der Bundestag hat letzte Woche über einen Gesetz-Vorschlag gesprochen.

Dabei geht es um Folgendes:

Auf tierischen Lebens-Mitteln sollen Infos über die Haltungs-Art stehen.

Der Käufer soll daran erkennen, auf welche Art das Nutz-Tier gehalten wurde.

Also wie viel Platz es zum Beispiel in seinem Stall hatte.

Oder ob es auch Auslauf hatte.

Die Idee ist:

Mehr Menschen sollen Lebens-Mittel aus besserer Haltung kaufen.

Dadurch soll es den Nutz-Tieren besser gehen.

Noch gilt das Gesetz nicht.

Der Bundestag muss erst noch darüber abstimmen.

Weitere Informationen

in Leichter Sprache gibt es unter:

www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde geschrieben vom

NachrichtenWerk

der Bürgerstiftung antonius : gemeinsam Mensch

An St. Kathrin 4, 36041 Fulda, www.antonius.de

Kontakt: Bastian Ludwig, info@nachrichtenwerk.de



Redaktion: Annika Klüh,
Bastian Ludwig, Victoria Tucker

Titelbild: © picture alliance / Fotostand / Fotostand / Gelhot. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukvve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative-Commons-Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, Nr. 51-52/2022

Die nächste Ausgabe erscheint am 2. Januar 2023.